



13. Heft | 10. Juli 1913

WILHELM KOLB · DIE BEDEUTUNG DES BADISCHEN GROSSBLOCKS

S ist kein Zufall, daß die politischen Vorgänge in den einzelnen Bundesstaaten, besonders auch in den kleinen und kleinsten, in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Mit dem starken zahlenmäßigen Wachstum der Sozialdemokratie wächst auch ihr politischer Einfluß, namentlich in jenen Einzelstaaten, in denen ihr parlamentarischer Einfluß nicht durch die Art des Wahlrechts künstlich zurückgehalten oder ganz unterbunden wird. Diese Vorgänge in den Einzelstaaten sind auch nicht völlig ohne Einfluß auf die politische Entwicklung im Reich geblieben; das haben die letzten Jahre gezeigt. Freilich befindet sich die Politik der einzelnen Bundesstaaten in starker Abhängigkeit von der des Reichs, die wiederum von der Preußens maßgebend beeinflußt wird. Doch kann auch nicht ernstlich bestritten werden, daß das so schwierige Kernproblem der deutschen innern Politik: eine nach links tendierende, positiv aktionsfähige Mehrheit zu schaffen, wahrscheinlich nur auf dem Umweg über die Politik der Einzelstaaten seiner Lösung entgegengeführt werden kann.

Hier wiederum ist die Sozialdemokratie von ausschlaggebender Bedeutung. Von ihrer Stellungnahme zu den Fragen praktischer Gegenwarts politik hängt es in erster Linie ab, ob und wann es in Deutschland gelingen wird die einer demokratisch-freiheitlichen Entwicklung im Weg stehenden Hemmungen zu beseitigen. In dem Maß wie die Sozialdemokratie in der Politik der Einzelstaaten an Einfluß gewinnt, sieht sie sich auch gezwungen ihre grundsätzliche Haltung mit den politischen Notwendigkeiten der Gegenwart in Einklang zu bringen; mit anderen Worten: die politische Intransigenz abzustreifen und sich auf den Boden des Gegebenen zu stellen. Dadurch wiederum nötigt sie auch den Liberalismus mit ihr zu rechnen und sich danach einzurichten.

Von diesem Gesichtspunkt aus kommt den badischen Landtagswahlen im Spätherbst dieses Jahres eine weit über die gelbroten Grenzpfähle hinausgehende politische Bedeutung zu. Baden ist der einzige unter den süddeutschen und einer der wenigen unter den deutschen Bundesstaaten überhaupt,

der bisher von einer reaktionären Landtagsmehrheit verschont geblieben ist. Es hieß aber Vogelstraußpolitik treiben, wollte man sich verhehlen, daß auch in dem einstigen *liberalen Musterland* die Gefahr einer solchen Mehrheit in greifbare Nähe gerückt ist. Zwar ist es bei den Landtagswahlen in den Jahren 1905 und 1909 gelungen durch den wahltaktischen Zusammenschluß der liberalen Parteien mit der Sozialdemokratie den Vormarsch der Reaktion aufzuhalten; im Jahr 1909 hat die Reaktion sogar eine empfindliche Niederlage erlitten. Allein die Verhältnisse liegen heute für die Parteien der Linken in Baden ungünstiger als in jenem Jahr. Damals stand die Masse der Wähler unter dem Eindruck der unmittelbar vorher geschaffenen Reichsfinanzreform und gab ihrer Stimmung bei den Landtagswahlen einen entsprechenden Ausdruck. Es erscheint aber ausgeschlossen, daß die Wehr- und Deckungsgesetze, die jetzt das öffentliche Interesse beherrschen, auch nur entfernt eine solche Stimmung auslösen werden wie die Reichsfinanzreform im Jahr 1909. Auf die Gründe hier einzugehen ist nicht notwendig. Die Tatsache als solche wird wohl allseits anerkannt werden. Dazu kommt aber noch ein weiterer Umstand, mit dem die Parteien der Linken weder 1905 noch 1909 zu rechnen hatten. Das badische Zentrum versucht das, was es auf dem geraden Weg bisher nicht zu erreichen vermochte, auf dem Weg der politischen Intrige zu erzielen. Mit dem Instinkt, der den Parteien eigen ist, die die politische Macht schon so lange handhaben, hat das Zentrum erkannt, daß der sogenannte *Großblock* nicht nur für die Reaktion in Baden sondern auch für die in allen anderen Einzelstaaten und schließlich auch für das Reich eine Gefahr ist; wird sie nicht gebannt, so muß er sich immer weiter auswachsen, bis er letzten Endes den von der Reaktion mit Recht gefürchteten allgemeinen politischen Umschwung herbeiführt, das heißt den zurzeit in Preußen und Deutschland Herrschenden das Steuer aus der Hand nimmt. Durch den Großblock wird also nicht nur die Situation für die reaktionären Parteien bei den Wahlen sehr ungünstig gestaltet, diese Wahltaktik hat auch notwendigerweise weiterreichende politische Folgen. Nichts ist deshalb begreiflicher als daß das Zentrum alles daran setzt den Großblock zu sprengen und damit den Liberalismus sowohl als auch insbesondere die Sozialdemokratie politisch zu isolieren. Denn auf der Zersplitterung der Kräfte ihrer Gegner beruht, wie bekannt, in erster Linie die politische Macht der rechtsstehenden Parteien.

Das Zentrum ist ein ebenso rücksichtsloser wie entschlossener Gegner einer nach links orientierten Politik. Es befürchtet davon nicht nur den Verlust seiner bisherigen ausschlaggebenden Position sondern auch den Beginn eines nicht mehr aufzuhaltenden Zersetzungsprozesses in seinen eigenen Reihen. Ist eine Mehrheit der Linken einmal in den Bereich der Möglichkeit gerückt, und kann infolgedessen das Zentrum politisch nicht mehr dominieren, so verliert es damit den Nimbus, mit dem es bisher bei den Wahlen so gute Geschäfte zu machen verstanden hat. Das Zentrum vermag seine sozial so grundverschieden zusammengesetzte Wählerschaft nur so lange zusammenzuhalten als es politische Erfolge zu erzielen vermag. In dem Augenblick, in dem das Zentrum auf dem politischen Schachbrett matt gesetzt ist, in dem es durch den Block der Linken gezwungen wird sich mit der konservativen Reaktion auf Gedeih und Verderben zu verbinden, kommt es in steigendem Maß mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen weiter Kreise seiner Wählerschaft in Konflikt. Das weiß niemand besser

als das Zentrum selber. Nur aus dieser Erkenntnis läßt sich die Taktik erklären, die es in Baden heute übt, und die es über kurz oder lang auch im Reich anwenden wird. Das badische Zentrum hat es vor allem auf die Isolierung der Sozialdemokratie abgesehen. Kampf aller bürgerlichen Parteien gegen die wachsende sozialdemokratische Gefahr: das ist seine Parole geworden. Daß damit nur seine wahren Absichten verdeckt werden sollen, haben aber die liberalen Parteien in Baden ohne weiteres begriffen, sie haben deshalb die Sammelparole gegen die Sozialdemokratie rundweg abgelehnt. Allein das Zentrum hat sich dadurch nicht verblüffen lassen. Es hat einen ganz neuen Trick ausgedacht, mit dem es den Großblock sprengen zu können hoffte. Dieser kam bei der letzten Reichstagswahl erstmals zur Anwendung, und zwar im 9. badischen Reichstagswahlkreis (Pforzheim - Durlach - Ettlingen). Hier hatten die Nationalliberalen einen rechtsstehenden Großblockgegner, den Fabrikanten Wittum, als Reichstagskandidaten aufgestellt. Das Zentrum beschloß auf eine eigene Kandidatur zu verzichten und gleich im 1. Wahlgang für Wittum zu stimmen, der auch mit rund 500 Stimmen Mehrheit gegen den sozialdemokratischen Kandidaten siegte. Im benachbarten 10. Reichstagswahlkreis stand der sozialdemokratische Kandidat mit dem großblockfreundlichen Fortschrittler Dr. Haas in Stichwahl. Das Zentrum machte in den letzten Stunden seine Wähler für den Fortschrittler mobil, der infolgedessen auch gewählt wurde. Auf diese Weise nahm uns das Zentrum in Baden 2 von unseren 3 Reichstagsmandaten. Es hoffte dabei in den Reihen unserer Genossen Empörung gegen den Großblock hervorzurufen, bei dem nur die Liberalen auf unsere Kosten Geschäfte machten. Die Spekulation schien zuerst von Erfolg begleitet zu sein. Da und dort wurden in unseren Reihen Stimmen gegen die Fortsetzung der Großblocktaktik laut. Allein bald kehrte die ruhige Überlegung wieder, und man begriff, daß die beiden Wahlkreise nicht durch den Großblock sondern infolge der Bosheitstaktik des Zentrums verloren gegangen waren. Diese Taktik wollte das Zentrum auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen anwenden. Der Zentrumsführer Wacker hat sie ausdrücklich proklamiert. Wäre dem Zentrum dazu Gelegenheit geboten worden, dann hätte die Sozialdemokratie eine Anzahl ihrer bisherigen Mandate eingebüßt. Für den 2. Wahlgang hätten die liberalen Parteien der Sozialdemokratie keinerlei Gegenleistung bieten können. Die Folge wäre gewesen, daß es zu einem Großblock nicht mehr gekommen wäre, die Liberalen hätten an das Zentrum ebenso viele Mandate verloren wie sie mit Hilfe des Zentrums von der Sozialdemokratie gewonnen hätten, und die klerikal-konservative Mehrheit wäre in den badischen Landtag eingezogen.

Um dieses Projekt des Zentrums zu durchkreuzen, beabsichtigten die Linksparteien zunächst den Großblock schon für den 1. Wahlgang zu beschließen, und zwar unter Wahrung des gegenseitigen Besitzstands an Mandaten. Diese Taktik hätte vor allem den Vorzug gehabt, daß das Zentrum nicht nur keinen erfolgreichen Angriff auf die Mandate der Linken hätte machen können sondern auch aus der Offensive in die Defensive gedrängt worden wäre. Die Linke hätte einen konzentrierten Angriff auf einige sehr gefährdete Bezirke der Reaktion unternehmen können, ohne dadurch ihre eigene Position gefährden auszusetzen. Leider haben sich diesem Großblock im 1. Wahlgang Hindernisse in den Weg gelegt, die diesmal noch nicht zu beseitigen waren.

Es wurde zunächst der liberale Block wieder abgeschlossen und in weiterer Folge ein Abkommen mit der Sozialdemokratie getroffen, nach dem in 5 Wahlkreisen, in denen das Zentrum mit der von ihm geplanten Taktik unsere Mandate gefährden kann, jede der liberalen Parteien einen eigenen Kandidaten aufstellt, so daß der 2. Wahlgang durch die Taktik des Zentrums nicht verhütet werden kann. Damit ist durch die Rechnung des Zentrums ein dicker Strich gemacht worden. Das Abkommen wurde von allen 3 Parteien der Linken genehmigt, der Großblock ist damit auch für die bevorstehenden Landtagswahlen gesichert. Wie verärgert das Zentrum durch diese Abkommen wurde, dafür liefert die Zentrumspresse jetzt täglich in Hülle und Fülle Beweise.

Für die Linke steht diesmal mehr auf dem Spiel als in den Jahren 1905 und 1909. Es handelt sich nicht nur darum eine reaktionäre Mehrheit zu verhüten sondern, wenn irgend möglich, eine vom Zentrum unabhängige verfassungsmäßige Mehrheit für die Einführung der Proportionalwahl herbeizuführen. Zwar hat auch das Zentrum in der letzten Legislaturperiode für den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Proportionalwahl gestimmt. Aber wie wenig zuverlässig es in solchen Fragen ist, hat es am Schluß der Tagung gezeigt, da es die Proportionalwahl bloß für die großen Städte mit mehr als 1 Abgeordneten als Abschlagszahlung forderte, und dies, nachdem in der selben Tagung einstimmig der Antrag auf Einführung der allgemeinen Proportionalwahl von der Zweiten Kammer angenommen worden war. Jetzt erklärt die Zentrumspresse ganz offen, daß das Zentrum den Nationalliberalen zuliebe nicht den Proporz einführen helfe, um diesen aus der Großblockverlegenheit zu helfen. Wenn es dem Zentrum möglich ist, wird es die Einführung der Proportionalwahl verhindern.

So liegen augenblicklich die politischen Verhältnisse in Baden. Der bevorstehende Wahlkampf wird leidenschaftlicher als je einer zuvor geführt werden. Das Zentrum spielt *Va banque*, es macht einen letzten Versuch auch in Baden an die Herrschaft zu kommen und damit der weitem Entwicklung im Reich zum Block der Linken entgegenzuwirken. Der Plan des Zentrums ist ohne Zweifel großzügig ausgedacht; ob er gelingen wird, ist allerdings mehr als fraglich. Trotz aller Hetzereien, und obwohl die badische Regierung keine Gelegenheit verpaßte, um ihre Abneigung gegen den Großblock zum Ausdruck zu bringen, sind die Gegner des Großblocks in den Reihen der Linksparteien an Zahl immer geringer geworden; der Widerstand gegen ihn ist völlig gebrochen. Gelingt es, wie ich hoffe, die klerikal-konservative Mehrheit auch diesmal zu verhindern, dann hat das Zentrum das Spiel endgültig verloren. Dann erwachsen aber auch der badischen Sozialdemokratie neue und große Aufgaben, deren Schwierigkeiten freilich viel weniger bei der badischen als bei der deutschen Sozialdemokratie liegen. Allein nachdem unsere Rudolstädter Genossen, ohne dem geringsten Tadel zu begegnen, für das Budget mit Zivilliste, Orden und kirchlichen Ausgaben stimmen durften, und nachdem unsere Reichstagsfraktion in der Militärfrage die Parole *Zwar keinen Mann, aber viele Groschen!* befolgte, dürfen auch wir Badener uns wohl der Hoffnung hingeben, daß uns fürderhin von außen her keine Prügel mehr zwischen die Beine geworfen werden.

Wenn wir in Baden auch so bald keine sozialdemokratische Landtagsmehrheit zu erobern vermögen, so kann unsere Partei doch, vorausgesetzt, daß

sitzenden Klassen, so sehr das auch den Großgrundbesitzern gegen den Strich ging, die damals noch vorwiegend dem Adel angehörten. Der dänische Bauer nutzte auch die Rechte, die ihm diese Verfassung bot, fleißig aus.

Da kam das Kriegsjahr 1864 und damit die Niederlage Dänemarks. Eine dumpfe Resignation bemächtigte sich des Volkes. Diese Stimmung benutzten die Großgrundbesitzer und ihre Anhänger unter Führung des damaligen Ministerpräsidenten Grafen Friis, zugleich eines der reichsten Männer und größten Grundbesitzer des Landes, um die Verfassung vom 5. Juni 1849 zu revidieren, das heißt sie für sich selbst zu verbessern, für das Volk aber zu verschlechtern. Vor allem wurde nun die Hälfte der Abgeordneten zum Landsting, der Ersten Kammer, nach einem *erweiterten*, das heißt für die Besitzenden, besonders für die Großgrundbesitzer, vorteilhaften Privilegiertenwahlrecht gewählt und dann die ganze Verfassung so umgemodelt, daß der Schwerpunkt der parlamentarischen Verhandlungen in dieser Privilegiertenkammer lag. Gegen den Willen des Landsting konnte fortan keine Vorlage Gesetzeskraft erlangen. Der lang gehegte Wunsch der Großgrundbesitzerclique war so in Erfüllung gegangen, einmal durch die politische Apathie, in die das Volk nach dem unglücklichen Krieg versunken war, dann aber auch durch die Bestechlichkeit eines bis dahin anerkannten Führers der liberalen Bauernpartei, des Abgeordneten J. A. Hansen. Auf diese Art waren die Besitzenden in Dänemark zu ihren Privilegien gekommen. Am 28. Juli 1866 trat die so rückwärts revidierte Verfassung in Kraft. Und nun begann ein unablässiger Kampf zwischen Liberalen und Konservativen, der schließlich 1901 mit dem Sieg der Liberalen endigte, die in diesem Jahr die Regierung übernahmen. Natürlich hatte in der Zeit des härtesten Kampfes inzwischen ein Teil der Liberalen mit den konservativen Gewalthabern Frieden geschlossen, ja sogar dem reaktionärsten von ihnen, dem Ministerpräsidenten Estrup, der eine Zeitlang die Verfassung außer Kraft gesetzt hatte, Indemnität erteilt. Jedenfalls wäre es den Liberalen, die sich in zwei Lager spalteten, auch nach dem verzweifelten Kampf von 35 Jahren niemals gelungen die konservative Partei und Regierung zu stürzen, wenn sie dabei nicht durch die Sozialdemokratie unterstützt worden wären, die inzwischen durch die Gewaltakte der Reaktion erstarkt war.

Im Jahr 1901 trat der so sehnsüchtig erwartete Systemwechsel in der dänischen Regierung ein. An Stelle der Konservativen wurden die Liberalen berufen, und das Volk erwartete nun natürlich einen Wechsel des politischen Kurses. Indessen blieb so ziemlich alles beim Alten. Die Staatsschulden und damit zugleich die Steuern erhöhten sich bedenklich. Ämter und Staatsstellen wurden mit gefügigen Kreaturen besetzt, Orden flogen in die liberalen Knopflöcher, überhaupt war man ängstlich bemüht den Systemwechsel in der Regierung so wenig wie möglich bemerkbar werden zu lassen. Wer gar zu unbequem an das liberale Programm mahnte, wurde entweder kaltgestellt oder in irgendeiner neugeschaffenen Sinekure untergebracht. Von den sozialdemokratischen Bundesgenossen, denen man früher für ihre Hilfe goldene Berge versprochen hatte, rückte man ostentativ ab; um so auffälliger näherte man sich den einstigen Feinden, den Konservativen. Der Verrat an dem liberalen Programm ging so weit, daß im Jahr 1905 der prinzipienfestere Teil der Liberalen von der Regierung abfiel und eine besondere liberal-radikale Partei bildete.

Nun ging es mit der liberalen Regierung, auf die das dänische Volk einst so große Hoffnungen gesetzt hatte, rasch abwärts. Vetterwirtschaft und Korruption waren ihre hervorstechenden Merkmale, bis eines schönen Tages im Jahr 1908 die ganze liberale Regierungsherrlichkeit mit großem Krach zusammenstürzte, und eine der Hauptstützen des dänischen Liberalismus, der Justizminister Alberti, gezwungen war sich wegen seines weltbekannten Millionenschwindels selbst der Polizei zu stellen. Krampfhaft suchte sich die schwer kompromittierte Regierung zu halten, allein der gewaltig emporkommende Volkszorn fegte sie hinweg. Der Ministerpräsident Christensen und der Minister des Innern Berg mußten vor dem Reichsgericht als Angeklagte erscheinen, weil sie im Verdacht standen Albertis Schwindeleien durch Vernachlässigung ihrer Amtsbefugnisse erleichtert zu haben. Und es gelang den beiden nicht völlig sich von diesem Verdacht zu reinigen, Berg wurde sogar mit einer recht hohen Geldstrafe belegt. Der Liberalen bemächtigte sich eine allgemeine Bestürzung. Die gemäßigt liberale Gruppe, die schon lange mit den Konservativen zusammenarbeitete, übernahm die Regierung. Sie blieb bis vor kurzem am Ruder, nur einmal von einem liberalradikalen Ministerium abgelöst, das vom 28. Oktober 1909 bis zum 5. Juli 1910 regierte und den einzigen Lichtpunkt in der liberalen Regierungsperiode bildete. Um die eigenen politischen Sünden und die Albertischmach möglichst schnell aus der politischen Debatte verschwinden zu lassen, warf man sich mit Eifer auf die Verstärkung der Wehr und führte den alten konservativen Plan einer vollständigen Befestigung Kopenhagens und der Errichtung weiterer See- und Landforts an den verschiedensten Stellen des Landes durch.

Vorher hatten sich die verschiedenen liberalen Gruppen mit Ausnahme der Radikalen zu einer Partei vereinigt, ihr Programm durchgesehen und revidiert. Der Programmpunkt, der die Wiederherstellung der Verfassung im Geist des 5. Juni 1849 fordert, war dabei bestehen geblieben. Die liberale Reformpartei, die sich durch die Verschmelzung der liberalen Gruppen bildete, besaß nun in der Zweiten Kammer wiederum die Mehrheit; die einmal eingeleitete Zusammenarbeit mit den Konservativen wurde indes fortgeführt, um so mehr, als in der Ersten Kammer die Konservativen die Mehrheit bildeten. Diese beiden verschiedenartigen Mehrheiten führten zusammen die sogenannte *Verteidigungsvorlage* und dann die Finanzreform durch, die durch die großen Militärausgaben notwendig geworden war. Die Finanzreform erforderte zwei Sessionen und brachte natürlich zum weitestgehenden Teil indirekte Steuern. Um weitere Ersparnisse zu machen, erhöhte man die Personen- und Frachttarife der Staatsbahnen und verschlechterte den Postdienst. Fünf Sechstel der 18 Millionen neuer Steuern waren nach dem Vorschlag der Ersten Kammer indirekte, ein Sechstel direkte.

Daß die geeinigte liberale Partei so ihr Programm preisgab, das sie selbst erst 1909 aufgestellt hatte, löste natürlich eine starke Erregung im Volk aus. Es kam dazu, daß die Regierung die schwachen Ansätze zu einer Sozialgesetzgebung, die jährlich einige Millionen Staatszuschuß an Kranken- und Arbeitslosenkassen, zur Altersunterstützung usw. gewährte, zugunsten weiterer Militärforderungen verschlechtern wollte. Lediglich um das Volk zu beruhigen und ihm ein Äquivalent für die neuen Steuern zu bieten, gab die Regierung bei der Vorlegung der Finanzreform nun das Versprechen, daß

sie es nach deren Durchführung als ihre erste Pflicht betrachte eine Verfassungsänderung vorzuschlagen. Freilich gab es damals wohl nur wenige, die diesen Worten des Ministerpräsidenten Klaus Berntsen irgendwelche Bedeutung beimaßen. Seine eigene Partei ebenso wie die Rechte und die Linke betrachteten sie nur als Verlegenheitsphrase; gerade von dieser Regierung, die mit den Konservativen in der Ersten Kammer durch Dick und Dünn ging, und die den privilegierten Klassen wieder den vollsten Einfluß im Parlament zurückgegeben hatte, erwartete niemand, daß sie durch eine Verfassungsreformvorlage die Axt an die Wurzel der politischen Privilegienwirtschaft legen könnte. Als dann die Vorlage wirklich kam, geriet ganz Dänemark in Erstaunen. Am meisten natürlich die Konservativen, aber auch die Opposition, die Sozialdemokraten und die Radikalen. Denn die Verfassungsreform, die von der Regierung vorgeschlagen war, war wirklich gründlich. In der Regierungspartei selbst herrschte ein Gemisch von Verlegenheit (gegenüber den Konservativen) und Triumph (gegenüber der Opposition).

Die Verfassungsreformvorlage bezieht sich ausschließlich auf die Zusammensetzung der beiden Kammern des Parlaments. Sie proklamiert das allgemeine gleiche Wahlrecht und schaltet jedwedes Privilegium aus. Ihrer Durchführung soll dann später eine Reform der Gesamtverfassung folgen. Die Reformvorlage fordert die Vermehrung der Mitgliederzahl der Zweiten Kammer von 115 auf 132, die Einführung einer gerechtern Wahlkreiseinteilung, die Herabsetzung des Wahlrechtsalters von 30 auf 25 Jahre, die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen und auf Dienstboten beiderlei Geschlechts. Diese Bestimmungen bedeuten einen so großen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Wahlrecht, daß dagegen die Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 4 Jahre gar nicht ins Gewicht fällt. Für die Erste Kammer wird vor allen Dingen die völlige Aufhebung des Privilegienwahlrechts vorgeschlagen. Auch das Recht des Königs 12 Abgeordnete auf Lebenszeit zu ernennen soll wegfallen. Das etwas umständliche Wahlverfahren ist auf die Basis des Kommunalwahlrechts aufgebaut, das an einen gewissen Steuerzensus gebunden und schon seit einigen Jahren auch auf die Frauen ausgedehnt ist. Das ganze Land soll nur 3 Wahlkreise bilden, und der Wahlprozeß wie bei den Kommunalwahlen nach dem Proportionalwahlssystem stattfinden. Auf diese Weise werden 54 Abgeordnete gewählt, die dann wiederum nach dem Proporz unter sich noch 12 weitere Mitglieder zur Ergänzung wählen, so daß die Erste Kammer wie bisher aus 66 Abgeordneten besteht.

Das sind die Grundzüge der Reform. Die sozialdemokratische Fraktion stellte in ihrem Entwurf noch einige weitergehende Forderungen, zog diesen Entwurf aber gleich nach der 1. Beratung zurück, um den Gegnern der Reform jede Hoffnung auf einen Widerstand der Sozialdemokratie gegen die Regierungsvorlage zu rauben. Der Redner unserer Fraktion sagte im Gegenteil der Regierung jede mögliche Unterstützung der Partei für die Reform zu. Demzufolge wurde die Vorlage in der Zweiten Kammer sehr rasch durchberaten; sie wurde mit 95 von 114 Stimmen angenommen. Weder Konservative noch Liberale hatten vorausgesehen, daß unsere Fraktion die Vorlage so bedingungslos unterstützen würde. Auf der rechten Seite wäre man jedenfalls sehr zufrieden gewesen, wenn wir lieber einiger unerfüllter

prinzipieller Forderungen wegen die unbedingt großen Fortschritte der Reform hingegeben und die Vorlage bekämpft hätten. Aber die dänischen Sozialdemokraten sind niemals solche Prinzipienreiter gewesen, daß sie handgreifliche Vorteile fahren ließen, weil man ihnen nicht alles gewährte, was sie verlangten oder noch verlangen. Noch in der Nummer vom 8. Mai schrieb das Zentralorgan der dänischen Partei, das Kopenhagener Blatt *Socialdemokraten*, bei Gelegenheit einer Polemik mit dem konservativen Organ: »Es ist gerade die reformistische Sozialdemokratie mit ihrer praktischen Wirksamkeit in ihren Organisationen, in Kommune und Staat, die die Konservativen fürchten; nicht einen nebelhaften Revolutionarismus. Syndikalismus oder Anarchismus, denen die Reaktion im Gegenteil allezeit eine gewisse Sympathie gezeigt, und die sie nach besten Kräften gefördert hat. Der ganzen bisherigen Taktik der dänischen Sozialdemokratie entsprach es daher, daß sie ganz ruhig ihren eigenen Entwurf aufgab und sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellte. Ein bejammernswertes Bild boten die 13 Mann starken Konservativen während der Beratungen in der Zweiten Kammer. Die beiden Gruppen, in die sie gespalten sind, waren sich nur einig darüber die Vorlage abzulehnen; ihre pompös angekündigte Gegenvorlage blieb aus, die Partei stand der ganzen Situation ratlos gegenüber. Aber auch manchem Liberalen ging die Reform zu weit. Dennoch stimmten bis auf 2 Abgeordnete alle Liberalen dafür, wohl in der stillen Hoffnung (in der sie ja auch nicht getäuscht wurden), daß die Erste Kammer die Vorlage noch *korrigieren* werde.

Vor Weihnachten noch kam die Vorlage an die Erste Kammer. Hier aber ließ man sich Zeit. Volle 4 Wochen blieb sie unberührt liegen. Dann gab man ihr einige kräftige Fußtritte, kündigte der Regierung den Kampf an und verwies sie an eine Kommission. Während der Kommissionsberatungen erschien endlich die Gegenreform der Konservativen auf dem Plan. Sie war aber so ausgefallen, daß der Ministerpräsident erklären mußte: auf dieser Grundlage seien Verhandlungen nicht möglich, da das gegenwärtige Wahlgesetz bei weitem besser wäre als das von den Konservativen vorgeschlagene. Tatsächlich hätte die konservative Reform nur die Wiedereinführung der vormärzlichen Ständekammer, eine Privilegierung der Krone und des mobilen und immobilien Besitzes bedeutet. Eine parlamentarische Regierung hätte damit so ziemlich aufgehört. Ein Großgrundbesitzer besaß nach diesem Vorschlag etwa so viel Stimmgewicht wie 3000 scastige Wähler. Man konnte kaum annehmen, daß es den Konservativen mit diesem Entwurf wirklich ernst war. Auch nach dem Verlauf der Verhandlungen der Ersten Kammer konnte man das nicht glauben. Zuvörderst wurden die Beratungen in der Kommission mehr als 3 Monate hingeschleppt, und schließlich stellte bei der 2. Lesung im Plenum, die Anfang April stattfand, Graf Friis, der Sohn des Ministerpräsidenten von 1866, einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung und forderte die Regierung auf eine Kommission zu ernennen, die eine nochmalige Vorberatung der ganzen Frage vornehmen sollte. Dieser Antrag wurde mit 34 gegen 32 Stimmen angenommen, und damit war die ganze Vorlage gefallen, und die Verfassungsreform vorläufig abgetan. Die Regierung aber lehnte die Aufforderung eine Kommission zu ernennen ab.

Während der Beratung der Reform in beiden Kammern fing im ganzen Land eine Hetze gegen die Regierung an, wie man sie in dem politisch nicht leicht

erregbaren Volk selten oder vielleicht noch niemals erlebt hatte. Durch allerlei heimtückische Anschläge versuchte man den Ministerpräsidenten Berntsen und damit die ganze Regierung zu stürzen. Man wollte sogar den König bestimmen das Ministerium zu entlassen, sandte zu diesem Zweck Deputationen zu ihm, und als alles nichts fruchtete, beschimpfte und verdächtigte man den Ministerpräsidenten auf die perfideste Weise. Dabei ist es bezeichnend, daß sich auch zahlreiche Offiziere an diesen Treibereien beteiligten, obwohl Berntsen zu gleicher Zeit Kriegs- und Marineminister war. Ein General schrieb sogar in der konservativen Presse, Berntsen habe als Kriegsminister in einer bestimmten Angelegenheit »verbrecherisch dumm« gehandelt. Man sammelte Millionen zur Erbauung von Festungsforts, wollte das Geld aber nicht dem verantwortlichen Minister sondern dem König selbst oder seinen Generälen übergeben. Das alles wurde in Szene gesetzt, um den Urheber der Verfassungsreformvorlage zu stürzen und damit die ganze Frage zum Stillstand zu bringen. Es hat indessen nicht das geringste genützt, Berntsen hielt auch den gemeinsten Beleidigungen stand, in dem Bewußtsein die überwiegende Mehrheit des Volkes in Wahrheit hinter sich zu haben. Und sein treuester Schildknappe in dieser bewegten Zeit war die Sozialdemokratie und ihre Presse. Selbstverständlich nicht um seiner Person willen, die ja der Partei ganz gleichgültig ist, sondern lediglich um die Reform zu retten.

Die einzig richtige Antwort auf die Haltung der Konservativen in der Ersten Kammer wäre nun deren Auflösung gewesen. Dazu konnte sich die liberale Regierung, vor allem infolge der Uneinigkeit in der liberalen Fraktion über die Reformvorlage selbst, aber nicht aufschwingen. Sie wählte deshalb den indirekten Weg: Sie überließ dem Volk durch die Wahlen zum Folkething die Entscheidung. Die Legislaturperiode der Zweiten Kammer war ja abgelaufen, und der Wille des Volkes, der sich in den allgemeinen Wahlen nur für die Verfassungsreform entscheiden konnte, mußte die Stellung der Regierung sowohl in der eigenen Partei als auch gegenüber den Gegnern der Reform befestigen und deren Feinde erheblich schwächen. Die Wahlen am 20. Mai gaben dem Vorgehen der Regierung recht, das Wahlresultat bedeutete ein Vertrauensvotum für sie. Drei Viertel aller abgegebenen Stimmen waren für die Verfassungsreform, ein Viertel dagegen. Bei der Folkethingabstimmung waren 95 Stimmen für, 18 gegen die Reform gefallen, nach den Wahlen vom 20. Mai hatte die Vorlage eine Mehrheit von ungefähr 105 gegen 7 Stimmen. Also das dänische Volk hatte sich unumwunden für die Reform ausgesprochen.

Aber das Wahlresultat hatte einen Haken. So einmütig das Volk sich für die Reform erklärte, so deutlich wandte es sich gegen die liberale Partei. Diese verlor zirka 18 000 Stimmen und 13 Mandate und damit zugleich ihre bisherige Mehrheit. Das Volk gab also bei den Wahlen den bisher allein herrschenden Liberalen einen ordentlichen Denkkettel wegen der lauen Haltung eines Teils der Fraktion bei der Verfassungsfrage. Zwar waren Verluste für die Liberalen vorauszusehen, da die Konservativen beschlossen hatten selbständig vorzugehen und überall eigene Kandidaten aufzustellen, aber niemand hatte an so bedeutende Verluste gedacht. Die Vorschläge der Radikalen und Sozialdemokraten den Wahlkampf unter Sicherung des Statusquo für die 3 reformfreundlichen Parteien ausschließlich gegen die

Konservativen zu führen hatten die Liberalen abgelehnt; trotzdem fielen ihnen in einigen Kreisen, in denen sie mit den Konservativen um das Mandat kämpften, die Stimmen der beiden anderen Parteien zu, ihre Verluste wären sonst noch größer gewesen. Aber auch die Konservativen verloren 6 von ihren 13 Mandaten, so daß sie nur noch 7 Sitze im Folkething haben. Von diesen 7 Mandaten eroberten sie 6 in Kopenhagen und Umgebung, nur ein einziges mit einer Majorität von bloßen 12 Stimmen in der Provinz. Dagegen gewannen die Radikalen 11 und die Sozialdemokraten 8 Sitze. Der Stand der Fraktionen ist nun folgender: Liberale 44 (früher 57), Sozialdemokraten 32 (24), Radikale 31 (20) und Konservative 7 (13). Sozialdemokraten und Radikale verfügen also über die Mehrheit im dänischen Folkething.

Gleich nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses waren sich die liberale und die konservative Presse darüber einig, daß das Ministerium Berntsen demissionieren müsse. Die sozialdemokratische und die radikale Presse behaupteten dagegen, es sei absolut kein Grund zur Demission vorhanden. Berntsen habe im Gegenteil die Pflicht zu bleiben und die von ihm begonnene Verfassungsreform durchzuführen. Die Wahlen hätten sich um diese Frage gedreht, und das Volk habe sich in seiner weitaus größten Mehrheit für die Reform entschieden. Daß dabei die Partei des Ministeriums eine Niederlage erlitten hätte, sei gleichgültig, da ja die Regierung jetzt sogar über eine stärkere Mehrheit verfüge als früher. Sozialdemokraten und Radikale waren sich durchaus einig in dem Wunsch, daß das Ministerium auf seinem Posten bleibe, beide Parteien versprachen Berntsen ihre Unterstützung auch in anderen Dingen, soweit sie sich auf dem Niveau des gegenwärtigen Etats bewegten. Auf das Versprechen dieser Unterstützung hin, das ohne jede Gegenleistung angeboten wurde, war das Ministerium geneigt zu bleiben, auch ein Teil der Fraktion stimmte dafür. Allein der allmächtige Führer der Partei, der frühere Ministerpräsident Christensen, der seinen Sturz von 1908 nicht vergessen konnte, und dem das Ministerium Berntsen deshalb stets im Weg war, bestand auf der Demission, und er siegte nach erbitterten Kämpfen innerhalb der liberalen Fraktion. So wurde das liberale Ministerium von seiner eigenen Fraktion gestürzt und mußte gehen. Umsonst wendeten Sozialdemokraten und Radikale alle Mittel an, um Berntsen zum Bleiben zu bestimmen. Christensens Wille war stärker als das Ministerium und die Mehrheit des Folkethings. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte: das Folkething solle den König ersuchen, daß er Berntsen zum Bleiben auffordere; Christensen stellte den Gegenantrag: das Folkething möchte die Demission des Ministeriums billigen. Da die Minister selbst gezwungen waren für den Antrag Christensen zu stimmen, zogen die Sozialdemokraten ihren Antrag zurück.

Wäre das Ministerium am Ruder geblieben, so wären die Liberalen moralisch gezwungen gewesen die Verfassungsreform erledigen zu helfen. Aber das gerade wollte Christensen nicht, er war ja nie ein aufrichtiger Freund der Reformvorlage gewesen. Natürlich gestand er dies nicht offen ein sondern verschanzte sich hinter die parlamentarische Regel, daß die Mehrheitsparteien auch die Regierung bilden müßten. Sozialdemokraten und Radikale besäßen die politische Macht, also hätten sie auch die Regierungsverantwortung zu tragen. Das ist ja nun sehr schön gesagt, nur ist es ganz anders gemeint. Christensen kalkulierte: Bei einem sozialdemokratisch-radikalen

Ministerium würden die Konservativen gezwungen sein wieder an die Seite der Liberalen zu treten. Damit wäre bei der nächsten Wahl die jetzige Mehrheit gesprengt. Dann könne er im Verein mit den Konservativen die Reform vornehmen; denn eine Verfassungsreform hält auch er für notwendig, nur will er sie nicht in so radikaler Gestalt wie sie von Berntsen geplant war. Das also ist der Plan des liberalen Parteiführers. Die dänischen Großbauern sind mit ihm einig, und auch die Großgrundbesitzer und die Konservativen dürften ihm auf diesem Weg begegnen. Deshalb wandte sich Christensen auch gegen ein aus Liberalen, Sozialdemokraten und Radikalen zusammengesetztes Koalitionsministerium.

Ein solches Koalitionsministerium war nämlich von den Sozialdemokraten und den Radikalen vorgeschlagen worden, nachdem sie zu der Überzeugung gekommen waren, daß das Ministerium Berntsen nicht zu halten war, und die sozialdemokratische Fraktion hatte mit 26 gegen 6 Stimmen beschlossen 3 Genossen in dieses Ministerium zu entsenden. Indes, auch dieser Vorschlag fand, wie gesagt, keine Gnade vor Christensen. Während der Ministerkrise verhandelte der König mehrfach mit den Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen. Im Verlauf dieser Verhandlungen, nachdem es sich zeigte, daß die Liberalen weder selbst die Regierung bilden noch in ein aus den 3 reformfreundlichen Parteien zusammengesetztes Ministerium eintreten wollten, schlug der König dem Genossen Stauning als dem Vorsitzenden der zweitstärksten Fraktion vor selbst die Bildung des Ministeriums zu übernehmen. Allein die Fraktion mußte diesen Vorschlag unter den gegebenen Umständen ablehnen: Ein sozialdemokratisches Ministerium wäre ja gerade Wasser auf die Mühle der Reformgegner gewesen. Aus dem gleichen Grund weigerte sich die Fraktion auch mit den Radikalen zusammen die Regierung zu bilden oder in ein von den Radikalen zusammengesetztes Ministerium einzutreten. Infolgedessen fiel die Bildung des Ministeriums nun den Radikalen zu, die sich vorher der sozialdemokratischen Unterstützung versichert hatten. Sie wurde ihnen selbstverständlich in weitestem Umfang zugesagt.

Die Radikalen sind die kleinste Partei Dänemarks. Sie erhielten bei den Wahlen am 20. Mai nur 67 000 Stimmen. Trotzdem fielen ihnen, und zwar mindestens zu zwei Dritteln durch sozialdemokratische Unterstützung, 31 Mandate zu. Sie sind innerhalb und außerhalb des Parlaments auf die Sozialdemokraten angewiesen. Demzufolge haben unsere Genossen beschlossen bei der kommenden Etatberatung für den Etat zu stimmen, wenn die Regierung zusagt den neuen Etat auf der gleichen Grundlage wie den gegenwärtigen zu halten. Neuforderungen zu irgendeinem Zweck dürfen dem Folkething nicht vorgelegt werden, die Hauptaufgabe der Regierung soll die Durchführung der Verfassungsreform sein. Das Ministerium hat sich mit diesen Bedingungen einverstanden erklärt und sie in seinem Programm vor dem Folkething am 24. Juni offiziell bestätigt. Damit ist die dänische Sozialdemokratie in die Stellung einer Regierungspartei eingerückt, sie trägt moralisch die Mitverantwortung für die Taten der radikalen Regierung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat diese Rolle einzig und allein im Interesse der Durchführung einer Verfassungsreform auf breitester demokratischer Grundlage übernommen. Eine rein sozialdemokratische Regierung konnte die Reform nicht durchführen, eine sozialdemokratisch-radikale hätte die ohnehin schwankenden Liberalen abgestoßen. Die rein radikal-liberale Re-

gierung dagegen, die die Reformvorlage in der vom Ministerium Berntsen ausgearbeiteten Gestalt aufgenommen hat, kann wenigstens einen Teil der Liberalen zur Unterstützung der Vorlage zwingen. Unter den vorliegenden Verhältnissen war also ein rein radikales Ministerium mit Unterstützung von links und rechts das einzig Zweckmäßige, das taktisch Klügste. Und da die Männer der neuen Regierung fast ausnahmslos tüchtige Politiker und kluge Taktiker sind, so braucht man um das Schicksal der dänischen Verfassungsreform nicht bange zu sein. Der sozialdemokratischen Fraktion aber gebührt vor allem Lob für ihre außerordentlich umsichtige Haltung in der verwickelten Situation der letzten Zeit; sie hat sich prinzipiell nicht das geringste vergeben und dennoch sehr, sehr viel dazu beigetragen eine Reform zu retten, die für Land und Volk von der größten Bedeutung ist.

Am 24. Juni wurde der Reichstag vertagt, und erst im September, einen Monat früher als sonst, tritt er wieder zusammen. Dann sollen sofort die Verhandlungen über die Verfassungsreform beginnen. An der Ersten Kammer wird es liegen, ob sie den Kampf haben will oder nicht. Lehnt sie die Vorlage wiederum ab, so wird sie unzweifelhaft aufgelöst. Das hat der neue Ministerpräsident Zahle bereits angekündigt. Und die letzten Worte Berntsens vor seinem Rücktritt von der Rednertribüne des Folkething waren »Die Verfassungsreform wird leben, auch wenn ich nicht mehr an dieser Stelle stehe, und das allgemeine Wahlrecht wird siegen.« Gegen den Willen von drei Vierteln des Volkes können sich die Privilegien einer kleinen, überall bevorzugten Clique nicht halten, die Erste Kammer wird freiwillig nachgeben müssen, oder aber sie wird zum Nachgeben gezwungen werden.

XX
**MAX SCHIPPEL · KOLONIALPOLITISCHES AUS
DEM BRITISCHEN WELTREICH**



ALLJÄHRLICH veröffentlicht die englische Regierung zwei größere statistische Werke, die einen vortrefflichen Überblick über die Ausbreitung und wirtschaftliche Ausgestaltung, über die vorwiegenden großen ökonomischen Entwicklungstendenzen des britischen Weltreichs gewähren. Bei aller Trockenheit und Weitschichtigkeit des hier dargebotenen Zahlenstoffs läßt sich kaum anderwärts ein lehrreicheres Bild des vielgliedrigen, hochentfalteten mutterländisch-kolonialen Organismus gewinnen. Manche unbestimmteren Anschauungen, die man über die Grundlagen und den Aufbau dieses einzigartigen weltwirtschaftlich-politischen Kulturgebildes hegt, lassen sich an der Hand solcher Werke zu genaueren Größenvorstellungen klären und steigern. Manche irrtümlichen Anschauungen erfahren hier ihre beste Widerlegung. Deshalb sei auf Grund der neuesten kolonialstatistischen Jahresbearbeitung, die meist mit den letzter verfügbaren Ziffern für 1911 abschließt und nach rückwärts bis 1897 reicht, also anderthalb Jahrzehnte umfaßt,¹⁾ die Hervorhebung einiger wesentlicher Tatsachen und maßgebender Entwicklungsrichtungen versucht.

¹⁾ Siehe *Statistical Abstract for the British self-governing Dominions, Crown Colonies, Possessions and Protectorates in each year from 1897 to 1911* / London 1912/. Einzelheiten in *Statistical Tables relating to British self-governing Colonies etc.*, alljährlich. Die englischen Maße und Gewichte sind selbstverständlich oben stets beibehalten, also 1 Pfund=0,45 Kilo, 1 Zentner (112 englische Pfund)=50,8 Kilo, 1 Quarter=8 Bushel=290,8 Liter 1 Acker=40,5 Ar, 1 Tonne=20 englische Zentner=1016 Kilo. Wegen der starken Ertragsschwankungen der Rohproduktionen habe ich meist 2 Anfangsjahre mit 2 Endjahren verglichen, wo sich die Anführung aller Einzeljahre aus Raumrücksichten verbot.



VIELE Leser werden überrascht sein, wie weit im Kreis seiner vielköpfigen Tochterstaaten das Mutterland, trotz aller seiner überragenden wirtschaftlichen und politischen Stellung, nach seiner **F l ä c h e n a u s d e h n u n g** in den Hintergrund rückt. Das Vereinigte Königreich umfaßt 121 390 Quadratmeilen (auch im folgenden immer englische Quadratmeilen, 1 square mile = 2,58 Quadratkilometer). Für die *Selbstverwaltungsdominien, Kronkolonien, Besitzungen und Protektorate* (also ohne die Gebiete von unklarerer Abhängigkeit, wie die Malaienstaaten, Nordborneo und Sarawak, Sansibar, und vollends ohne Ägypten und den Sudan) werden nach den neuesten Aufnahmen 11 224 000 Quadratmeilen, fast das Hundertfache als Grundfläche angeführt, natürlich mit bloßen Wahrscheinlichkeitsansätzen für verschiedene weniger bekannte Reichsglieder. Dabei steht Indien unter den kolonialen Teilgebieten nach dieser Richtung durchaus nicht, wie man zunächst vermuten wird, in erster Reihe. Vielmehr rückt nach dieser Rangordnung Kanada an die Spitze mit 3 729 665 Quadratmeilen, woran sich noch Neufundland mit 42 734 und Labrador mit 120 000 Quadratmeilen reihen. Darauf würde weiter der Bundesstaat (Commonwealth) Australien folgen, mit 2 974 581 Quadratmeilen, neben Neuseeland mit nochmals 104 751, und dem Papuaterritorium (Britisch Neuguinea) mit 90 540 Quadratmeilen. Indien käme nunmehr mit 1 773 088 Quadratmeilen: 1 097 821 für das eigentliche Britisch Indien, 675 267 für die Schutzstaaten (*native states*), die allerdings für den ebenso scharfsinnigen wie sachkundigen Genossen K. Kautsky aus der britischen Kolonialsphäre ausscheiden und für ihn sogar klärlich beweisen, daß es ohne europäisches Kolonialeingreifen viel rascher in der überseeischen Welt vorwärts geht. In großem Abstand stoßen wir alsdann auf die Südafrikanische Union, den jungen staatsrechtlichen Verband von Kapland, Oranje-freistaat, Transvaal und Natal, mit 473 184 Quadratmeilen. Das ist noch immer weit über das Doppelte des deutschen Reichsgebiets von 208 780 Quadratmeilen (547 809 Quadratkilometer). Aber noch andere Reichsgebiete, die man mitunter gerade notdürftig nach ihrem Platz auf der Landkarte kennt, reichen ihrer Landgröße nach fast an die Südafrikanische Union heran. So Rhodesien, Norden und Süden zusammen, mit seinen 439 575 Quadratmeilen, ferner das in seinem Wirtschaftswert heute vollständig anders als früher eingeschätzte Westafrika (beide Nigerien, Goldküste, Sierra Leone, Gambia) mit 444 342 Quadratmeilen. Selbst das Ostafrikanische Protektorat (mit 246 800 Quadratmeilen) und Ugandaland (mit 223 500 Quadratmeilen) sind immer noch ausgedehnter als das deutsche Reichsgebiet, also weit mehr als doppelt so groß wie das mutterländische Inselreich.

Die einstigen Weltreiche des Altertums und Mittelalters verschwinden neben einem solchen vielgliedrigen Koloß bis zur Bedeutungslosigkeit. Und die äußerlich allerdings ähnlichen Landkartenreiche der älteren Kolonialgroßmächte der Neuzeit, der Spanier und Portugiesen, der Holländer und Franzosen, bieten zum mindesten nichts Ähnliches in der **Ländererschließung**: in dem allseitigen Vordringen nach dem Innern, in der wirtschaftlichen Gesamtumwälzung durch revolutionierende Transportmittelnetze und Produktionsneugestaltungen, im **G e g e n s a t z** zu der (ökonomisch-marxistisch nichtssagenden) reinpolitischen **G r e n z a b s t e c k u n g**

und Küstenbesetzung, bestenfalls mit bloßen lockeren Handelsverbindungen nach dem Innern und mit verhältnismäßig schmalen Anbaustreifen längs der Küsten und Flußläufe. Selbst die jüngste britische Kolonialerwerbung ist heute ganz anders *angebohrt* und innerlich umgewandelt als es einst nach Menschenaltern und sogar nach Jahrhunderten die meisten Bestandteile der spanischen, portugiesischen, französischen und holländischen Besitzungen waren. Jede Vergleichbarkeit des Einst und Jetzt und damit auch jede Anwendbarkeit der alten, historisch durchaus berechtigten Kolonialkritik auf so moderne Kolonialbildungen wie die englischen ist deshalb durchaus verfehlt und geradezu naiv-geschmacklos.

Vollkommen abweichend gruppieren sich selbstverständlich die kolonialen Gebiete nach den Bevölkerungsgrößen. Wenn man Indien und die Schutzstaaten mit 315 086 372 Einwohnern beiseite läßt, so bliebe für das ganze übrige ungeheure Imperium kaum eine viel ansehnlichere Bevölkerungszahl als für das vergleichsweise winzige Mutterland (371 783 000 Bewohner in dem überseeischen Gesamtreich, ohne Indien demnach nur 56,7 Millionen, gegen 1911 45,2 Millionen im Vereinigten Königreich). Selbst wenn man noch so weitgehende Abstriche für alle Nachteile des Bodens und Klimas in den später erworbenen Erdstrichen vornimmt, so lassen die erreichten Bevölkerungsziffern, einerseits in dem alten europäischen andererseits in dem uralten asiatischen Kulturland immerhin ahnen, welche Vermehrung der lebendigen Produktivkräfte der Eingeborenen in den heißeren Gegenden, der Weißensiedelung in den gemäßigeren Distrikten in Zukunft noch möglich sein wird: bei fortschreitender Wirtschaftskultur, das heißt aber nicht zum wenigsten: bei fortschreitender kolonialwirtschaftlicher und kolonialpolitischer Einwirkung Europas auf diese entlegeneren, menschenleeren Außenzonen der heutigen Wirtschaftswelt. Unleugbar läßt sich aus einem gleich großen Stück Kanada oder Neusüdwales-Victoria, oder Tasmanien - Neuseeland nicht ein vollwertiges zweites Neuengland machen, und ebenso nicht aus jedem zentral-, ost- oder westafrikanischen Landstrich ein zweites Neuindien. Aber man muß, bei allem blinden, scheinradikalen Oppositionsgepolter, schon ein Stockphilister und Stockreaktionär zugleich sein, wenn man die hier winkenden Zukunftsaufgaben verkennen wollte, die nach wie vor nur unter Führung Europas und damit auch seines bisher am meisten begünstigten Teiles, eben Englands, rasch und umfassend zu lösen sein werden.

Es ist oft behauptet worden, daß die Inder, die Neger Südafrikas (auch die Fellahs Ägyptens) und noch andere Eingeborenenvölker ohne die längerdauernde englische Herrschaft, im Chaos der Wirtschaftsunkultur, der politischen Ohnmacht und meist sogar der gegenseitigen Zerfleischung, die heutige Kopfzahl niemals erreicht haben würden. Das läßt sich kaum beweisen, obwohl vieles dafür spricht, und ein Vergleich mit mehr sich selbst überlassenen Staaten (etwa Persiens und der asiatischen Türkei mit Indien, anderer afrikanischer Negergebiete mit Südafrika) ganz zweifellos zugunsten der englischen Vormachtstellung ausfällt. Als wachsende Einwohnerzahl Indiens wird in dem *Statistical Abstract* nach dem Zensus angegeben: 1891 287 270 592, 1901 294 317 082, 1911 315 086 372. Bei den hervorragendsten Siedlungskolonien setzt erst neuerdings, nachdem das Zuwanderungsmonopol der Vereinigten Staaten mehr und mehr sich verliert, ein

starker Bevölkerungsaufschwung ein, und die nächste Zukunft dürfte einen noch größern Umschlag in den großen Wanderströmungen der Europäer und Weißen bringen. Ferner richtet sich gerade die englische Auswanderung mehr und mehr nach englischen Kolonialländern. Wenigstens die Ziffern für Australien (Commonwealth, vor 1904 keine vergleichsfähigen Zahlen erhältlich) und Kanada seien darüber mitgeteilt:

Jahr	Australien		Kanada	
	Gesamt- einwanderung	Englische Einwanderung	Gesamt- einwanderung	Englische Einwanderung
1900	—	—	49 149	11 810
1901	—	—	67 379	17 259
1902	—	—	128 384	41 792
1903	—	—	130 331	50 374
1904	47 808	9 811	146 266	65 359
1905	47 904	10 594	189 064	86 796
1906	50 887	12 674	124 667	55 791
1907	68 638	17 194	262 469	120 182
1908	72 208	21 416	146 908	52 901
1909	83 609	29 959	208 794	59 793
1910	95 692	39 902	311 084	123 010
1911	141 909	71 650	354 237	138 121

Um das richtige Augenmaß für die Beurteilung dieser jüngsten kanadisch-australischen Einwanderung zu gewinnen, sei hinzugefügt, daß die Vereinigten Staaten bis nach Beendigung des Bürgerkriegs nur ganz selten einmal im Jahr mehr als 250 000 oder 300 000 Europäer aufnahmen, und daß selbst 1876 bis 1879 der jährliche Zustrom hier nochmals auf 169 986, 141 857, 138 469 und 177 826 zurückging.



BER die schlagendsten Zuwachsziffern finden sich, wie zu erwarten, in der Entfaltung der sachlichen natürlichen Hilfsquellen: in der Produktion der Nahrungs- und Genußmittel, der Rohstoffe und Metalle. Die wechselnden Hauptrichtungen des Weltmarktbedarfs, in erster Linie die Lebens- und Produktionsnotwendigkeiten der zentralen europäischen Kulturzone (Europas, der Vereinigten Staaten) treiben naturgemäß die koloniale Produktion zu verschiedenen Zeiten mit abwechselnder Kraft in verschiedene Richtungen. Haben wir, wie seit geraumen Jahren, rapides Wachstum der Elektrotechnik und des Automobilismus, so lösen hohe Kautschukpreise unvermutet heftige und umfassende Vorstöße nach den äquatorialen tropischen Kautschukliefergebieten, sei es Süd- oder Zentralamerikas, West- oder Ostafrikas oder der asiatisch-pazifischen Halbinsel- und Inselwelt aus. Haben wir drängenden Getreide- und Fleischbedarf, ausgedrückt in anziehenden Korn- und Fleischpreisen, so wird um so entschlossener der überseeisch-jungfräuliche Boden in Kanada, Argentinien, Australien dem Pflug oder den Weidebetrieben der zuströmenden Weißen unterworfen. Ruft der Aufschwung der Textilindustrien Baumwoll- und Wollknappheit und Rohstoffsteuerung hervor, so wird es mit einemmal, trotz aller hemmenden Vorurteile der unverbesserlichen Schildbürger daheim, in allen halbwegs erschließbaren Erdwinkeln ganz anders lebendig, aus denen mit einiger Aussicht auf Gelingen die Versorgung des Weltmarkts mit Baum-

wolle und Wolle vermehrt und erleichtert werden kann. Wiederum umgekehrt: Überholt die europäische Rübenzuckerproduktion den Bedarf, drückt sie durch außergewöhnliche technische Fortschritte, durch Überproduktion oder durch Staatssubventionen die Weltmarktpreise, so erlahmt und erlischt der europäisch-koloniale Aufschwung in weiten kolonialen Zuckerrohranbaustrichen. Die genügend billige chemische Indigofabrikation daheim wischt wie mit dem Schwamm blühende koloniale Produktionsgebilde hinweg und unterbricht damit das Gedeihen ganzer Distrikte, die einst gerade um der lohnenden Indigoanpflanzung, das heißt um des europäischen Farbstoffbedarfs willen, produktiv in Angriff genommen, *kolonisiert* wurden. Der auf- und abgehende, beschleunigte und verlangsamte Verlauf der kolonialen Entwicklung, unter Bevorzugung oder Vernachlässigung bald dieses bald jenes, zu bestimmten Produktionen geeigneten oder ungeeigneten Ländergebiets ist deshalb in seinen markantesten Grundzügen durch die großen, dauernderen Bedarfsschwankungen des Weltmarkts gegeben; das heißt heute noch immer: überwiegend durch die unabweisbaren, auf eherne Notwendigkeiten gegründeten Anforderungen der Konsumtion und Produktion (des persönlichen und produktiven Verbrauchs) innerhalb der zentralen europäischen Wirtschaftskulturzone. Doch im großen und ganzen ist die letzte europäische Wirtschaftsperiode nach fast allen Seiten durch die rapide *Steigerung* der notwendigen kolonialen Ergänzung und Zufuhr gekennzeichnet, und es ist kein Wunder, wenn deshalb in einem so weiten und mannigfaltigen Kolonialreich wie dem englischen die Aufschwungszeichen ganz unvergleichlich überwiegen gegenüber den gelegentlichen, gewöhnlich rasch vorübergehenden Stillstands- oder Verfallerscheinungen, denen wir ja bei einzelnen europäischen Produktionszweigen, an einzelnen Orten oder durch ganze Berufe hindurch, gleichfalls nicht entschlüpfen. Selbst die drückende Rohrzuckerkrise ist verhältnismäßig glimpflich vorübergegangen, obwohl manche der alten Zuckerinseln und Zuckerdistrikte andere Anbauzweige lohnender gefunden haben und dabei verblieben sind. Wenn daneben beispielsweise Ceylon seine Kaffeeerzeugung ganz wesentlich eingeschränkt hat (Ernte 1897 und 1899 noch immer über 2 Millionen Pfund, seit 1910 unter 100 000), so ist dies bekanntlich der Ausbreitung einer Pflanzenkrankheit und der gewinnreichern Teekultur zuzuschreiben: der gesamte Weltmarkt ist, wie man weiß, stärker als je auf die kolonialen Kaffeeernten angewiesen. Im Durchschnitt kann man sich daher eher wundern, daß im steten Wechsel der Weltmarktkonjunkturen so wenige britisch-koloniale Produktionen sich angekränkelt zeigen, und daß so viele von überschäumender Lebenskraft strotzen.

Fangen wir mit den Lebensmitteln an. Mit *Weizen* bestellt finden wir, während das Vereinigte Königreich 1911-1912 nur noch 1,95 und 1,97 Millionen Acker dieser Produktion widmete: in Indien 1897-1898 24 537 775 und 25 370 078 Acker, 1910-1911 dagegen 30 564 800 und 30 517 809 Acker: im australischen Bund anfangs 4 357 953 und 5 492 888, zuletzt 7 372 456 und 7 427 832 Acker. Im Fall Kanadas sogar: in Manitoba 1 280 882 und 1 488 232, dann 2 962 187 und 3 339 072 Acker, in Alberta 1898 die ersten 31 348 Acker, dann 592 960 und 1 616 899 Acker, in Saskatschewan gleichfalls 1898 die ersten 276 253 Acker, 1910-1911 4 664 834 und 5 232 248 Acker. Die Erntemengen zur Grundlage genommen, verbessert sich das Bild noch. Während 1911 im Mutterland 64,31 Millionen Bushel Weizen

gewonnen wurden, stieg zwischen den ebenerwähnten Jahren, also im wesentlichen zwischen 1897-1898 und 1910-1911 die Weizernte: in Indien von 269,1 und 255,3 Millionen Bushel auf 375,6 und 425,9 Millionen Bushel, im Commonwealth Australien von 28,2 und 41,4 auf 95,1 und 71,9 Millionen Bushel, in Manitoba von 18,3 und 25,9 auf 39,9 und 61,1 Millionen Bushel, in Alberta von 792 417 auf zuletzt 36,1 Millionen Bushel, in Saskatschewan von noch nicht 4,8 auf 72,7 und 96,8 Millionen Bushel. Während Genosse K. Kautsky in köstlichster Harmlosigkeit die europäischen Arbeiter triumphierend fragt, wo in aller Welt denn noch etwas zu siedelungskolonisieren sei, gingen allein aus dem Kronlandvorrat in den Privatbesitz über (seit 1897 jahrweise): in Kanada 403 776, 822 866, 1 115 742, 1 319 032, 1 551 169, 3 681 533, 5 308 473, 4 427 264, 4 982 829, 6 804 175, 3 519 950, 5 047 734, 6 404 275, 6 700 744, 7 560 313 Acker; das ist in manchem Einzeljahr mehr als das 3- und 4fache des heutigen britisch-heimischen Weizenlands, in den genannten 15 Jahren, obwohl deren Anfänge noch so bescheiden sind, mehr Land als im ganzen Vereinigten Königreich im letzten Menschenalter jemals landwirtschaftlich benutzt war (1912 im Vereinigten Königreich *total arable land* 19 746 745 Acker, *permanent grass land* 27 047 002 Acker, zusammen also *total acreage under crops and grass* 46 793 747 Acker).²⁾ Selbst australische und südafrikanische Staaten zeigen hier überraschend hohe Ziffern für das dem Pflug oder der Viehzucht neu unterworfenen jungfräuliche Kronland. In Neusüdwales schieden in den letzten Jahren im Durchschnitt stets weit über 1 Million Acker aus dem Kronlandvorrat aus, in Südaustralien 1910 und 1911 547 645 und 623 597 Acker, im Kapland wiederum seit Jahren stets weit über 1 Million Acker.

Für das Wachstum der hiermit zusammenhängenden kolonialen Vieh- und Fleischproduktion sind leider direkte Aufnahmen weniger verfügbar. Aber die Ausfuhrstatistik bietet hier einigen Ersatz, und zwar, wie von vornherein anzunehmen, steht hier Australien mit seiner Fleischzufuhr zum Weltmarkt im Vordergrund. Kühlfleisch exportierte der australische Bund: vom Rind 1899 78,9 Millionen Pfund, 1911 108,79 Millionen Pfund, Hammel 69,3 und 129,6 (1910 sogar 190,2) Millionen Pfund, dazu Büchsenfleisch 38,8 und 40,8 Millionen Pfund. Neuseeland hob 1897 bis 1911 seinen Kühlfleischexport von 1,4 auf 2,3 Millionen Zentner (zu 112 englischen Pfund) oder von 32,8 auf 72,8 Millionen Mark, seine Butterausfuhr von 99 002 auf 302 387 Zentner oder von 8 auf 31½ Millionen Mark, seine Käseausfuhr von 77 683 auf 439 174 Zentner oder von 3 auf 23,8 Millionen Mark.

Die tropischen und halbtropischen Kolonialländer kommen, was den persönlichen Konsum anlangt, mehr für die Reiz- und Genußmittellieferung in Frage. Auch hier ist von der Vernichtung der Produktionskräfte nichts zu spüren, durch die unsere formel- und resolutionseifernden Schildbürger und Schildbürgerinnen von Stuttgart und Friedenau die moderne Kolonialentwicklung charakterisiert und gebrandmarkt sehen wollen. K a k a o produzierten beispielsweise 1897 und 1911: Ceylon 3 933 552 und 6 878 928 Pfund, Nigerien 221 789 und 9 858 774 Pfund, Trinidad und Tobago 23 840 665 und 55 001 392 (1910 57 858 640) Pfund, die Goldküste sogar, was selbst die überspanntesten Hoffnungen weit hinter sich läßt, 156 672 und 88 987 324 Pfund; in der Ausfuhrstatistik werden die entsprechenden

²⁾ Siehe *Agricultural Statistics 1912* / London 1913, pag. 93.

Werte für die Goldküste mit 3196 und 1 613 468 Pfund Sterling, also mit noch nicht 64 000 und über 32 Millionen Mark verzeichnet. Für den Tee sind Indien und Ceylon als moderne Haupterzeugungsstätten bekannt, und gerade der verblüffende Siegeszug des indischen gegen den chinesischen Tee beweist doch wohl einige Überlegenheit der modern-kolonialen Erzeugung selbst gegenüber einer alteingewurzelten, gewiß nicht zu verachtenden Gewinnungs- und Absatzweise alten, aber nichteuropäischen Schlages. Indien produzierte 1897 und 1911 153,8 und 268,8 Millionen Pfund Tee, Ceylon 116,0 und 186,6 Millionen Pfund. So gut wie ganz fließen diese Ernten dem Weltmarkt zu, während China seit Jahren nur noch so viel wie Ceylon allein exportiert, dessen Ausfuhr noch 1873 mit 23, sage und schreibe 23 Pfund, verzeichnet wurde, während die heutige Ausfuhr (Ceylons allein) ungefähr dem ganzen, ungewöhnlich großen britisch-heimischen Tee-konsum vom Jahr 1890 gleichkommt. So werden eben Produktionen fast immer ohne koloniales Eingreifen entfaltet und durch koloniales Eingreifen *vernichtet*.

Und nun vollends die für uns längst unentbehrlichsten Rohstoffe, die Grundlagen unserer ganzen industriellen Stellung, nicht nur im kapitalistischen Gegenwartsstaat sondern erst recht im sozialistischen Zukunftsstaat mit seinem erhöhten Massenbedarf für die Hauptindustrienerzeugnisse. Der Baumwollanbau beanspruchte in Indien 1897-1898 13 683 437 Acker, 1910-1911 und 1911-1912 22 596 000 und 20 333 000 Acker, Ceylon exportierte 1899 101 110 Pfund, 1911 340 096 Pfund, Nyassaland und Uganda exportierten Ende der neunziger Jahre noch so gut wie nichts, 1911 jedoch 1 359 904 und sogar 11 753 392 Pfund. Südnigerien wußte vor 10 Jahren kaum etwas vom Baumwollhandel und exportierte 1910 und 1911 selber weit über 2 Millionen Pfund, zeitweise 1909 sogar über 5 Millionen Pfund. Die zielbewußten Engländer, Kapitalisten wie Arbeiter, sehen mit vollem Recht in der Fortsetzung dieser Bemühungen eine Bürgschaft für die zukünftige günstigere Gestaltung des Baumwollmarkts, gleichviel (was ja auch gar nicht die Hauptsache zu sein braucht), ob man die südstaatlich-nord-amerikanische Zufuhr irgendwie *verdrängen* kann. Die vermehrte internationale Angebotskonkurrenz und der stärkere Ausgleich der Ernteschwankungen erscheinen ihnen naturgemäß, auch bei weiterer Unentbehrlichkeit Amerikas, als ein unschätzbare Wirtschaftsfortschritt. (Und, nebenbei bemerkt, wächst die *unentbehrliche* südstaatlich-nordamerikanische Baumwolle auch zumeist da, wo noch vor wenigen Jahrzehnten ausschließlich die Indianer sich als die Herren des Landes betrachteten durften. Sie ist also im marxistisch-ökonomischen Sinn gleichfalls *koloniales* Erzeugnis: von weißen Unternehmereindringlingen und den von ihnen importierten und gezüchteten Negern sowie von deren Nachkommenschaft, die gleichfalls von Rechts wegen, nach der Logik unserer kolonialen Stillstandsresolutionäre, im indianischen Amerika ganz und gar nichts zu suchen hätten.)

Bei der Wolle ist der Zuwachs aus den britischen Kolonien schon lange zu einer unentbehrlichen Vorbedingung nicht nur der englischen sondern auch aller europäischen Wollindustrien geworden. Die eigene Wollgewinnung des Vereinigten Königreichs finde ich in den bekanntesten Handelsübersichten für 1911 auf 136 Millionen Pfund schätzungsweise angegeben. Allein die Ausfuhren beziffert unsere Regierungstatistik 1897 und 1911:

für Australien 440,4 und 649,6 Millionen Pfund, dazu für Neuseeland 135,8 und 169,4 Millionen Pfund, für Südafrika (über Natal und Kapland) 82,0 und 132,2 Millionen Pfund, ferner für Indien 30,9 und 52,4 Millionen Pfund.

Die immer wichtigere Rolle des Kautschuks spiegelt sich selbstverständlich in entsprechend anschwellenden kolonialen Produktions- und Ausfuhrmengen wider, obwohl die britischen Gebiete, mit ihrem stärkern Vorwiegen der geregeltern Plantagenerzeugung, sich durch den wüsten Raubbau in den Kongo- und Amazonenstromländern naturgemäß vielfach gehindert sehen. 1897 und 1911 produzierte Indien 623 056 und 1 002 512 Pfund, Ceylon 8181 und 6 855 709 Pfund. Gerade die jüngsten Jahre mit ihrer Rubberknappheit und ihren für die Rohproduktionsunternehmer profitableren Preisen haben einen früher ungekannten Elan in diese Produktionserweiterung gebracht. Noch 1904 und 1905 zählte Ceylon kaum mit seinen 75 712 und 156 912 Pfund Ausbeute; dann schnellte diese Jahr um Jahr empor auf 414 960, 794 416, 1 146 656, 1 741 488, 3 802 624, 6 855 709 Pfund. Fast noch rascher greift man jedoch in anderen geeigneten Gebieten zu. Die hinterindischen Straits Settlements, vorher wesentlich als Zinnliefergebiete geschätzt und erschlossen, verzeichnen bis 1905 keinen der Erwähnung werten Rubberertrag, während sich alsdann die nächsten Jahre folgen mit 25 560, 105 621, 145 580, 783 694, 1 261 745 und zuletzt (1911) 3 136 841 Pfund Ertrag. Etwas langsamer, aber immerhin ähnlich gleitet Britisch Guiana mit seinen südamerikanischen Urwäldern in diese Entwicklung hinein; noch 1904-1905 betrug die Kautschukgewinnung kaum 500 000 Pfund, 1910-1911 dagegen weit über 1 Million. Was jedoch im Anhang über die (politisch loser angegliederten) Verbündeten Malaienstaaten mitgeteilt wird, ist noch verblüffender, und es ist kein Wunder, wenn das englische Kapital mit jedem Jahr sich mehr und mehr diesem Teil Hinterindiens zuwendet. Perak exportierte bis 1904 nichts an Kautschuk, dann Jahr um Jahr 15 270 Pfund (1904), 52 468, 149 640, 255 467, 444 533, 973 746, 2 541 753, 5 450 692 (1911) Pfund. Selangor sogar seit 1904: 6399, 158 796, 681 040, 1 248 800, 2 127 467, 4 235 367, 8 242 013, 11 737 386 (1911) Pfund. Endlich Negri Sembilan seit 1902: 133, 1333, 5599, 28 399, 198 112, 530 933, 599 733, 879 133, 1 423 467, 2 492 939 Pfund. Solange also das Fortschrittsrad in seinem Lauf nicht durch Stuttgarter Resolutionen beeinflußt wird, braucht uns um das Schicksal unserer modernsten und zukunftsreichsten Großindustrien mit ihrem ungeheuren Kautschukbedarf nicht bange zu sein.

Vielleicht wirkt diese Häufung von gleichartigen Entwicklungsreihen bereits ermüdend. Deshalb nur noch ein paar kurze Angaben über Metalle, Brenn- und Leuchtstoffe, die für die heutigen Massenbedarfe der europäischen Industrien und Konsumenten von elementarster Bedeutung sind. Das Gold, das modernste Währungsmetall und zudem eine unentbehrliche Grundlage zahlreicher Industrien, nicht nur für Zwecke des persönlichen Schmuckes und Luxus, können wir hierbei beiseite lassen; jedermann kennt die Rolle der australischen und südafrikanischen Kolonialgewinnung für unser europäisches Kulturdasein. Aber wie sollten unsere Metallindustrien mit dem spärlichen Zufluß von europäischem Zinn auskommen? Die Preissteigerung ist seit langen Jahren ein Gradmesser für das zusehends sich verschärfende Mißverhältnis zwischen Bedarf und Angebot. Aber zugleich ließ sich vor-

Kennzeichnung der Stellung meiner Partei zu der Rüstungsfrage leitete ich damit ein, daß ich auf die machtvoll über ganz Europa dahinrauschende imperialistische Flut hinwies, die alle bürgerlichen Parteien in ihren Strudel mit hereingerissen habe. Daß auch nur eine der bürgerlichen Parteien gegen die neuen Rüstungen stimmen werde, sei gänzlich ausgeschlossen. Damit sei aber auch gegeben, daß die Sozialdemokratie die neuen Rüstungsforderungen nicht zu Fall bringen könne. Das liege ganz außerhalb jeder politischen Möglichkeit. Wenn auch die Sozialdemokratie in den Januarwahlen 1912 den denkbar glänzendsten Wahlsieg erringen sollte, wenn sie selbst die Zahl ihrer Mandate verdreifachen würde, so ständen den 130 oder 140 Sozialdemokraten noch immer mehr als 200 imperialistisch gesinnte Abgeordnete gegenüber, so daß die Annahme der neuen Militär- und Flottenvorlagen in dem neu zu wählenden Reichstag völlig gesichert sei. Wie die Dinge in Deutschland nun einmal liegen, sei die Sozialdemokratie außerstande dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten. Daß es meiner Partei gelingen könnte die neuen Rüstungsforderungen abzuwehren, darauf dürften die Wähler nicht hoffen; dagegen sei, wenn Arbeiterklasse und Mittelstand ihre Schuldigkeit bei den Wahlen täten, sichere Aussicht vorhanden, daß eine um etwa das Dreifache verstärkte sozialdemokratische Fraktion einflußreich genug sein werde, um zu verhindern, daß die enormen Kosten der uns erneut in Aussicht gestellten Rüstungen wieder, wie bei der Finanzreform von 1909, auf die Schultern der Besitzlosen abgewälzt werden.

Ich muß sagen, daß diese nüchterne Betrachtung der Grenzen, die zurzeit dem politischen Einfluß der Sozialdemokratie gezogen sind, bei meinen Darmstädter Parteigenossen einiges Befremden erregte. Einige von ihnen, die ich als kluge und unterrichtete Politiker hochschätze, sagten mir, daß ich mit meiner Auffassung ja zweifellos recht hätte, daß aber eine so realistische Darlegung des Machtbereichs unserer Partei taktisch unklug wäre, weil sie geeignet sei die Begeisterung im Wahlkampf zu mindern. Das konnte und wollte ich nicht bestreiten. Wenn ich gleichwohl in jeder der zahlreichen Wählerversammlungen, in denen ich als Redner auftrat, die selben Ausführungen wiederholte, so tat ich das in der Erkenntnis, daß der imperialistische Geist, der gewaltig wie das Schicksal selbst über die Erde dahinschreitet, in den nächsten Jahren bei allen großen Völkern mit wachsender Schnelligkeit an Einfluß gewinnen und unwiderstehlich zu immer machtvolleren Rüstungen hintreiben werde, wie sie ähnlich kein anderes Zeitalter zu verzeichnen gehabt hat. Heute, nachdem der rote Reichstag im zweiten Jahr seines Bestehens bereits die zweite Rüstungsvorlage mit großer Mehrheit angenommen hat, und zwar ohne jeden wesentlichen Abstrich, trotz ihrer ungeheuren Anforderungen an die Finanzkraft des Staates, heute, wo mir der Jubel der imperialistischen Mehrheit des Reichstags über die glatte Annahme der Riesenmilitärvorlage noch in den Ohren summt, freue ich mich jener Voraussicht, die mich davon abhielt bei meinen Wählern Hoffnungen zu erwecken, die nicht in Erfüllung gehen konnten.

Was hat nun die bürgerlichen Parteien des Reichstags bestimmt mit einer Einmütigkeit, wie sie noch nie da war, eine Verstärkung der Wehrkraft zu genehmigen, deren gewaltiger Umfang im Ausland einen großen Eindruck gemacht hat? Eine Begründung ihrer Notwendigkeit im einzelnen ist dabei von den bürgerlichen Parteien gar nicht verlangt worden; was freilich be-

greiflich ist, da die Begründung der neuen Rüstungen wesentlich im Imperialismus selbst liegt, zu dem sich alle bürgerlichen Parteien bekennen, und der nur das eine Ziel kennt: den deutschen Nationalstaat durch die Angliederung von Kolonien, Protektoraten und Einflußsphären zu einem Weltreich auszubauen. Es ist das werdende deutsche Weltreich, reich an überseeischen Provinzen in Afrika und Asien, das den bürgerlichen Parteien lockend am Horizont der Zeiten erscheint. Und sehr begreiflich, daß man gerade darüber im Reichstag nicht gern spricht. Wer sich aber mit der imperialistischen Literatur vertraut gemacht hat, der weiß, daß jeder Imperialist sich völlig darüber klar ist, wo die Entscheidung über die Frage, ob Deutschland ein Nationalstaat bleiben oder ein Weltreich werden soll, fallen wird. Die liberale Regierung Englands weiß sehr wohl, daß sie im nahen und fernen Orient mit ihren Landungstruppen einem russischen Millionenheer nicht gewachsen ist. Um dem siegreichen Vordringen des russischen Imperialismus, der ganz Asien für sich als Einflußsphäre reklamiert, ein Paroli zu bieten, braucht sie, um einen Ausdruck der englischen Imperialisten zu gebrauchen, ein *Schwert in Europa*. Dazu ist jetzt allem Anschein nach Deutschland ausersehen. Im Gegensatz zu allen anderen großen Reichen kann Rußland Weltpolitik als kontinentale Politik treiben. Der Staat nun, der das Vordringen der russischen Heere in Asien ernstlich hindern kann, ist Deutschland. Je größere Truppenmassen Rußland an der deutschen Grenze konzentrieren muß, um so freiere Hand hat England in Asien. Als Freund Englands kann daher auch Deutschland im gewissen Sinn Weltpolitik als kontinentale Politik treiben, indem es von England für seine guten Dienste gegen den russischen Imperialismus einen *Platz an der Sonne* heischt. Ob der deutsche Imperialismus sich dabei nicht verrechnen wird, ist freilich eine andere Frage. Daß es sich bei den neuen Rüstungen tatsächlich um die Einleitung einer neuen Phase der deutschen Weltpolitik handelt, deren Kennzeichen die Verständigung mit England ist, wurde in diesen Tagen übrigens von einem führenden Organ des deutschen Imperialismus, von der *Kölnischen Zeitung*, mit aller wünschenswerten Klarheit ausgesprochen. Sie schrieb: »Die neue Heeresvermehrung sichert uns den Frieden zu Lande, weil sie für die möglichen Gegner das Risiko außerordentlich erhöht. In dieser Sicherheit liegt auch gleichzeitig die Pahnfreiheit für eine ersprießliche Weltpolitik, deren vielumstrittene Anfänge noch so neu sind, und der gerade jetzt in Asien wie in Afrika sich verheißungsvolle Wege öffnen. Von der Energie und Geschicklichkeit, mit der diese Wege benutzt werden, hängt es ab, ob die ungeheuren Opfer, die das Volk willig bringt, sich einst lohnen werden.« Der *Vorwärts* betont demgegenüber, der Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei entsprechend, natürlich energisch seine Gegnerschaft zu dieser neuen Phase der deutschen Weltpolitik, die sich in erster Linie gegen den russischen Imperialismus richtet, aber er stellt die Anschauung der *Kölnischen Zeitung* nicht als unrichtig hin. Der deutsche Imperialismus, das ist die ganz eigenartige Situation des Jahres 1913, rüstet für den britischen gegen den russischen, aber zugleich auch für sich, denn er ist, wie obige Auslassung zeigt, keineswegs gesonnen England selbstlos seine guten Dienste zu leisten sondern verlangt entschieden seinen Anteil an den imperialistischen Eroberungen in Afrika und Asien.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bei der Bekämpfung der neuen Wehrvor-

lage getan, was sie von dem Standpunkt aus, den sie einnahm, tun konnte. Als ausgesprochene Minderheitspartei, die, wenn man von den paar Polen absieht, in Rüstungsfragen völlig isoliert dasteht, konnte sie unmittelbar praktische Erfolge nicht erzielen. Um so größer sind aber ihre Erfolge bei den Deckungsvorlagen. Es ist nicht meine Absicht hier auf Einzelheiten einzugehen. Zunächst steht es fest, daß unsere Partei die Regierungsvorlagen zur Deckung der dauernden Ausgaben, die durchaus ein blauschwarzes Gepräge aufwiesen, zu Fall gebracht hat. Von der Regierung wurden zur Deckung der dauernden Ausgaben folgende Vorschläge gemacht: 1. Einzelstaatliche Besitzsteuern, deren Erträge als Matrikularbeiträge an das Reich abzuführen waren (von 1916 ab) 80 Millionen Mark, 2. Erbrecht des Staates 15 Millionen Mark, 3. Übertragung einzelstaatlicher Stempelabgaben (Versicherungs- und Gesellschaftsverträge) auf das Reich und Erhöhung dieser Abgaben 64 Millionen Mark (in den ersten Jahren geringere Erträge, da die Einzelstaaten beteiligt werden sollen), 4. zur Deckung des Restes von 26 Millionen Mark Verzicht auf die Herabsetzung des Grundstücksstempels und der Zuckersteuer, solange und soweit es die Finanzlage nötig macht; in Summa 185 Millionen Mark. Mit großem Eifer haben unsere Genossen in der Budgetkommission, wenn man von dem Erbrecht des Staates absieht, an der Beseitigung der Regierungsvorlagen gearbeitet. Gewiß nicht mit vollem, aber doch mit weitgehendem Erfolg. Das zeigt ein Vergleich der Regierungsvorlagen mit den Deckungsvorschlägen der Budgetkommission, die wie folgt aussahen: 1. Jährlicher Bedarf nach der Regierungsvorlage 185 Millionen Mark, 2. Aufhebung der Zuwachssteuer auf Grundstücke und des Scheckstempels 25 Millionen Mark; in Summa 210 Millionen Mark. Dem standen folgende Deckungsvorschläge gegenüber: 1. Reichsvermögenszuwachssteuer 90 bis 95 Millionen Mark, 2. Erhöhung der Erbschaftssteuer für Seitenverwandte (als Ersatz für die Erbrechtsreform) 15 Millionen Mark, 3. Gesellschafts- und Versicherungsstempel 45 Millionen Mark, 4. Verzicht auf die Herabsetzung der Zuckersteuer 40 Millionen Mark; in Summa 190 bis 195 Millionen Mark. Unannehmbar für unsere Fraktion waren die Reichsstempel, die den Mittelstand ungerecht belasten, und der Verzicht auf die Herabsetzung der Zuckersteuer, der von ihr im Interesse der Konsumenten, von den Konservativen im Interesse der Produzenten bekämpft wurde. Dagegen sah unsere Fraktion in der Besitzsteuer den Anfang der von uns programmatisch geforderten Reichsvermögens- und Erbschaftssteuer. Das galt natürlich auch vom Wehrbeitrag, dessen Ertrag zur Deckung der einmaligen Ausgaben bestimmt ist. Klar und bestimmt hat es der Führer der Konservativen Graf von Westarp ausgesprochen, daß das unter dem Einfluß der roten 110 zustande gebrachte Besitzsteuergesetz für seine Partei unannehmbar sei, da diese Vorlage »Geist von sozialdemokratischem Geist« sei.

Sieht man sich nun das Abstimmungsresultat an, so läßt sich nicht bestreiten, daß sowohl der Wehrbeitrag wie auch die Vermögenszuwachssteuer ohne die Stimmen der Sozialdemokratie eine Mehrheit gefunden hätten. Da beide Steuern militärischen Zwecken dienen, so mußte sich naturgemäß in der Fraktion das Bedenken erheben, ob die Sozialdemokratie in 3. Lesung für diese beiden Gesetze stimmen dürfe. Die Mehrheit der Fraktion hat diesem Bedenken keinen Raum gegeben. Sie ging von der Auffassung aus, daß jeder sozialdemokratische Abgeordnete seinen Wählern gegenüber auf

Grund unseres Parteiprogramms die Verpflichtung übernommen habe für Steuern zu stimmen, die als direkte Abgaben vom Vermögen, Einkommen und Erbschaften anzusehen sind. Diese Verpflichtung seinen Wählern gegenüber könne der einzelne Abgeordnete klar und unzweideutig nur durch die Abstimmung in 3. Lesung erfüllen. Die Gegnerschaft der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Militärvorlage komme durch deren Ablehnung genügend zum Ausdruck. Übrigens hat die Fraktion noch in einer ausführlichen Erklärung dargelegt, daß für unsere Zustimmung zu den beiden Deckungsgesetzen rein finanzpolitische Gründe maßgebend seien. Im Grunde handelte es sich bei dieser Frage, die in der Fraktion sehr eingehend erörtert worden ist, um einen Konflikt zwischen den militärpolitischen und den finanzpolitischen Grundsätzen der Partei; die einen forderten die Ablehnung, die anderen die Annahme des Wehrbeitrags und der Besitzsteuer. Wie mir scheint, hat sich die Fraktion dadurch, daß sie aus ihren finanzpolitischen Grundsätzen heraus für die beiden Steuern stimmte und ihren militärpolitischen Grundsätzen durch eine besondere Erklärung Rechnung trug, diesem Konflikt in glücklicher Weise entzogen.

XX

ALFRED ADLER · DER NERVÖSE CHARAKTER



TETS wird die Darstellung seelischer Erscheinungen in der Wissenschaft mit zwei Mängeln zu rechnen haben. Das stetige, allseitige Weben der Psyche kann in der sachlichen Wissenschaft nur streckenweise und als ruhendes Material erfaßt werden. Und das Abbild, das sie liefert, muß so viel Gehalt besitzen, daß es durch seine Andeutungen bloß, vorhandene Empfänglichkeiten des Lesers und Zuhörers in Schwingung bringen kann. Nicht anders als die Kunst verlangt auch die Seelenkunde jenes starke intuitive Erfassen ihres Stoffes, ein Ergreifen und eine Ergriffenheit, die über die Grenzen der Induktion und Deduktion hinausgehen. Wenn ich den Namen Nietzsche nenne, so ist eine der ragenden Säulen unserer Kunst enthüllt. Jeder Künstler, der uns seine Seele schenkt, jeder Philosoph, der uns verstehen läßt, wie er sich geistig des Lebens bemächtigt, jeder Lehrer und Erzieher, der uns fühlen läßt, wie sich in ihm die Welt spiegelt, geben unserm Blick Richtung, unserm Wollen ein Ziel, sind uns die Führer im weiten Land der Seele. In den Denkgewohnheiten und in der seelischen Blickrichtung des wissenschaftlichen Forschers liegt viel geheiligte Tradition, die sich im Wort und im Satzbau nicht verraten. Und doch ist sie gebändigter künstlerischer Urinstinkt, der tragende Geist seiner Arbeit. Bis die heiligere Not ihn zwingt wie ein suchendes Kind altes Räderwerk zu zerbrechen. Neue Wege zu ersinnen. Kunstgriffe und Finten aneinanderezureihen, die Schwierigkeiten des Lebens zu umgehen, die realen gegebenen Widerstände zu beschleichen lehrt ihn sein schaffender Geist. In den Rätseln des Lebens, in seelischer Not ist jedermann ein Forscher und Dichter. Um die Übel und Widerwärtigkeiten zu bestehen, findet jeder einen Weg, gestalten alle ihre Lebenslinie aus, von der sie erwarten, daß diese endlich dorthin mündet, wo sie hoch über allen: Leid, über aller Entbehnung, über aller Mühsal thronen. In allen ihren Handlungen, in der Art, wie sie das Leben, die Gegenwart, die Zukunft erfassen, wie sie sich die Lehren der Vergangenheit aneignen, erklingt immer wieder des Menschen leitende Idee, das Ziel, das er sich schöpferisch gesetzt, und

der Weg, den er gesucht hat, um dorthin zu gelangen. Wenn wir die flüchtigen Handlungen und Ausdrucksbewegungen eines Menschen, seine Haltung, Sprache, Mimik und Gebärde analysieren, zerlegen, ohne sie auf uns und auf unsere schöpferische Gestaltungskraft wirken zu lassen, geben wir dann in unserm Urteil nicht zu wenig? Durch die bloß objektive Analyse gelangen wir nie zum Verständnis eines Eindrucks, eines Erlebnisses, aber ohne daß wir es merken, oft ohne daß wir es zugeben wollen, sind die aufnehmenden und urteilenden Instanzen in einer durch unsere Persönlichkeit vorbereiteten Form. Die Bearbeitung, Hervorhebung und Abschwächung aller Eindrücke, die auf uns wirken, sind durch unsere unbewußte Erfahrung im voraus bestimmt und lassen nicht leicht Änderungen zu. Wir müssen diese vorbereitenden Haltungen und Bereitschaften auch bei anderen herausfühlen, ihre Tendenzen erkennen, wenn wir den gegebenen Ausdruck verstehen wollen. Die gleichen Eigenschaften mehrerer Menschen lassen sich wohl vergleichen, aber niemals gleichstellen. Der Zorn des einen ist als Erlebnis von dem des andern grundverschieden; in dem Ehrgeiz einer Menschenseele liegt nicht bloß eine Gegenwart sondern die ganze Vorgeschichte, die Zukunft und ein erdichtetes Finale.

Die Schwierigkeit einer Darstellung seelischer Erscheinungen liegt also darin, daß man gezwungen ist ein planmäßiges Werden in einer Ausdrucksbewegung als ruhendes Material zu erfassen, doch so wiederzugeben, daß der Eindruck eines Geschehens lebendig wird. Dieser Aufgabe ist eigentlich nur der Künstler gewachsen, voran der Dichter und etwa der Musiker. Dagegen erledigt sich eine andere scheinbare Schwierigkeit aus der vorliegenden Betrachtung selbst. Ich meine die Flüchtigkeit der meisten Ausdrucksbewegungen. Ständige Erscheinungen, wie körperliche und seelische Haltung, auch die Schrift, bieten wertvolles Material, das einen vorläufig leitenden Eindruck fördert. Unschätzbar sind für das Verständnis eines Menschen seine gewohnheitsmäßigen, immer wiederkehrenden Stellungen und Attitüden, körperliche sowohl wie insbesondere seelische. Zu diesen gehören in erster Linie alle Eigenschaften, aus denen wir auf den Charakter schließen, und die mehr absonderlich erscheinenden *Symptome der Nervosität*, die wir nach einer schwer haltbaren Analogie als Krankheit empfinden, weil sie auch wie diese die Lebens- und Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen. Aber auch gegenüber den flüchtigen, kaum je wiederkehrenden Ausdrucksbewegungen versagt unsere Arbeitsmethode nicht. Kehrt doch in jeder Bewegung das alte System wieder, der einheitliche Lebensplan, aufgebaut auf den Individualerfahrungen der Vergangenheit und hinzielend auf den erdichteten 5. Akt. Wir müssen nur vergleichen, den Eindruck empfindend auf uns wirken lassen, um die Einheit jener Bewegungen zu fühlen und zu verstehen. Nicht anders als wir bei einem Kunstwerk vorgehen, wenn wir die Synthese eines Dramas nacherleben, oder wenn wir neben den einzelnen Tönen einer Melodie ihren *Sinn*, ihre lückenlose Linie empfinden.

Diese Forschungsmethode der vergleichenden Individualpsychologie ergibt für jeden Fall, der zur Untersuchung kommt, als bedeutsames Resultat die Einheit der Persönlichkeit. Und diese Einheit ist derart geschlossen, daß sie sich in jeder Einzelercheinung widerspiegelt. Der unumstößliche Eindruck der Richtigkeit einer solchen Erforschung geht erst daraus hervor,

daß man in allen Schichten des Seelenlebens die gleiche Lebenslinie wiederfindet. Als wichtige Bestätigung und als Probe aufs Exempel darf es gelten, wenn diese Linie, zuweilen in den sonderbarsten Umbiegungen und Ausbiegungen, von unten nach oben führt. Bei geradlinigen Charakteren und Kampfnaturen wird sich diese Linie etwa in der Kopfhaltung, im Ansteigen ihrer Stimme, ihrer Schrift, in Bewegungen ihrer Arme abzeichnen, nicht weniger deutlich auch in allen ihren Unternehmungen und ebenso in ihren Träumen und Phantasieen, wenn sie sich im Flug über die anderen erheben. Sie werden nur ungern einsam sein, weil ihre vorgeschriebene Reise sie zu den Menschen führt sich mit ihnen zu messen, alle zu übertreffen, überall die ersten zu sein. Es bedeutet schon eine kleine Ablenkung, sobald sie den Partner wählen, etwa bloß Männer und Frauen beherrschen wollen, die sie als schwächer eingeschätzt haben. Oder wenn sie den als schwächer Erkannten zuerst erhöhen, um ihn dann unter ihre Herrschaft zu bringen. Bei Nervösen gelingt es immer ihre Lebenslinie auf eine knappe Formel zu bringen, da bei ihnen, wie wir sehen werden, jeder Charakter prinzipieller und schärfer hervortritt. Als Gegenstück kann schematisch der *schlangentartige*, vorsichtige Charakter angesehen werden. Sein Ziel ist nicht weniger hoch gesetzt, aber sein Weg führt in unglaublichen Windungen und Ausbiegungen zur Höhe. Selbst auf der Höhe, nach der er sich sehnt, fühlt er sich nicht sicher. Seiner Höhenangst gleichgeordnet ist seine Furcht zu stürzen, und seine Träume vom Fallen führen eine beredte Sprache. Überall bringt er einen Sicherheitskoeffizienten an und verzichtet, ohne die unsichere Zukunft zu versuchen. Er ist der Standardtypus des Nervösen, der sich allenthalben von Unheil bedroht sieht. Sein Weg ist allerorts mit Sicherungen versehen, aus jedem Erlebnis zieht er eine warnende Moral, Prinzipien und Leitsprüchlein begleiten ihn jederzeit, und seinen Wirkungskreis hat er durch allerlei Empfindlichkeiten, durch körperliche und durch seelische Intoleranz aufs engste eingeschränkt, um ihn so besser zu erschüttern. Listig zuweilen und verschlagen oder ängstlich, vor dem eigenen Mut erschrocken, immer in zögernder Haltung ist er stets auf dem Rückzug oder verschleiert ihn durch ein zweifelndes Hin und Her. Er hat jede männliche Haltung abgelegt, um desto sicherer den Schein seiner unbesiegbaren Männlichkeit zu behalten.

Es ist nun am Platz das heimliche Ziel und den unbewußten Lebensplan des Nervösen, die sich von denen des Normalen nur durch den Grad ihrer Deutlichkeit unterscheiden, näher zu beleuchten. Dieses Vorhaben führt uns zur Betrachtung der kindlichen Seele. Die Erziehung richtet den Blick des Kindes vom ersten Tag an auf die Zukunft und ihre Gefahren. Wohl auch auf ihre Glücksgüter. Im Rahmen der Familie selbst gibt es immer Vorbilder an Kraft und Stärke, die häufig genug sich den Schein der Unerreichbarkeit erborgen. Freiheit und Gleichberechtigung des Kindes könnten als beruhigende Abschlagszahlungen gelten. Aber wie selten erfreut sich ein Kind ihres Besitzes! Kein Wunder, daß sich der meisten Kinder ein Gefühl der Unsicherheit bemächtigt, das in zwei verschiedenen Richtungen ihre Seele bewegt. Die eine Erregung macht sich als ein Gefühl der Minderwertigkeit, der Hilflosigkeit und der Schwäche geltend und zeitigt ein Bedürfnis nach Anlehnung, Zärtlichkeit und Unterstützung. Recht häufig findet das Kind jetzt den Weg aus seiner Schwäche Nutzen zu ziehen: es beginnt seine Ängstlichkeit zu fördern und als wertvollen Charakterzug zu stabili-

sieren, weil es in diesem Zeichen seinen Angehörigen überlegen wird. Die gleichen Vorteile können ihm durch die Unterstreichung von Krankheitserscheinungen und durch das Festhalten an Kinderfehlern erwachsen.

Die zweite Erregung, die wir bereits im Werden gesehen haben, zeigt sich als ein verstärkter Drang nach Überlegenheit, als eine dauernde Sehnsucht aus der Unsicherheit zur Überlegenheit, aus dem Gefühl der Schwäche zur Sicherheit zu gelangen. Je minderwertiger sich das Kind fühlt, um so stärker wird dieser Drang. Und so finden wir neben den geradlinig aufsteigenden Charakterzügen des Ehrgeizes, der Tapferkeit, des Sichmessens mit der Umgebung bald mehr bald weniger *Charakterschwächen*, die gleichwohl beibehalten werden, wenn sie in irgendeiner Weise zum Ziel der Überlegenheit führen: Neid, Geiz, Lügenhaftigkeit, Feigheit und andere.

Ein 7jähriges Mädchen, das zwischen einem nachgiebigen Vater, einer strengen Mutter und einer von dieser verzärtelten jüngern Schwester aufwuchs, erkrankte an nächtlichen Angstanfällen, die sich bald auch auf den Tag fortsetzten. Wie sich leicht nachweisen ließ, war das Kind von einem unheimlichen Ehrgeiz beseelt, mochte die vorgezogene Schwester nicht leiden und zeigte häßliche Züge der Eifersucht und des Neides, nicht nur der Schwester gegenüber sondern auch in der Schule. Wir können die fortwährende Pein dieses Kindes verstehen, das also vergebens um den Vorrang mit der Schwester rivalisierte, vergebens auch an den festgefügtten nervösen Charakteren der Mutter rüttelte. Langsam schlich sich eine Neigung ein ein Kranksein in die Länge zu ziehen, eine Unpäßlichkeit als unerträglich zu empfinden, da das Kind während der Krankheit keine Zurücksetzung zu erdulden hatte. Der Vater war aufmerksam geworden und nahm sich vor die Bevorzugung der jüngern Tochter durch die Mutter wettzumachen, indem er nun die ältere verzärtelte. Mit schlechtem Erfolg. Das heimliche Ziel nach Überlegenheit war bereits so weit gefestigt, der Charakter des Ehrgeizes, des Neides, der Herrschsucht so weit vorgebaut, daß man eine Diktatur des Mädchens zu gewärtigen hatte. Eines Tages machte die Mutter dem Vater Vorwürfe, daß er für das Mädchen so viel Geld ausgabe, mit ihr auf den Semmering fahre, im Wagen mit ihr herumkutschiere, während sie und die jüngere Schwester zu Hause bleiben müßten. In der Nacht darauf brach der erste Angstanfall bei dem Kind aus, der in unserm Sinn als überaus kräftige Revolte gelten muß. Denn nun war der Vater mehr als je gezwungen seine Liebe dem nunmehr kranken Kind zuzuwenden, und der Widerstand der Mutter war lahmgelegt. Die ursprüngliche Benachteiligung des Kindes erwies sich jetzt als kompensiert, seine Zurücksetzung und die Bevorzugung der jüngern Schwester hatten ein Ende.

Vergleicht man aber die heimliche Linie dieser Angstanfälle, ihren Sinn und ihre *Melodie* mit dem frühern seelischen Zustand des Kindes, mit seinem gesteigerten Ehrgeiz, seiner Empfindlichkeit und seinem Neid, verfolgt man diese Charakterzüge bis zu jenem Punkt, wo sie sich schneiden, so kommt man auf die gleiche Leitlinie, die zur Überlegenheit über Mutter und Schwester führt und ebenso darauf hinzielt den Vater in den Dienst zu stellen. Die Angst aber, die das Mädchen bei banalen Anlässen kennen gelernt hatte, war ihm zur Sicherung und zur Waffe geworden, mit der es sich vor einer Herabsetzung seines Persönlichkeitsgefühls zur Wehr setzte. Ich wäre in Verlegenheit, wenn ich ein besseres Mittel nennen sollte als es

dieses Kind gefunden hatte, richtiger: in das es nach mannigfachen Vorbereitungen und Vorversuchen hineingewachsen war. An der konsequenten, kunstvollen Konzeption des nervösen Systems ist kein Fehl; jede Kritik, die an diesem Punkt einsetzt, ist übel angebracht. Der Fehler kann nur an einer andern Stelle liegen: an der Zielsetzung, die das Kind instinktiv vorgenommen hat.

Wenn wir die bisher gewonnenen Resultate überblicken, so ergibt sich uns eine fundamentale Anschauung über den Zusammenhang von kindlichem Minderwertigkeitsgefühl, beruhigender und orientierender Zielsetzung und den Anstrengungen und Wegsicherungen, die ein Näherkommen an das Ziel ermöglichen sollen. Es läßt sich nun leicht nachweisen, daß ein verschärftes Unsicherheitsgefühl in der Kindheit eine höhere und unabänderlichere Zielsetzung, ein Streben über das menschliche Maß hinaus und zugleich auch die geeigneten Anstrengungen und Sicherungen herbeiführt, ein Ensemble, das uns das Bild jener Erscheinungen gibt, die wir *Nervosität* nennen, aus denen sich, auffallend und schärfer hervortretend, mit aufgepeitschter Aktivität oder im Schein einer irreparablen Passivität, zuweilen in der Maske des Zweifels und des Schwankens der *nervöse Charakter* hervorhebt.

In diesem psychologischen Schema gibt es zwei annähernd feste Punkte: die niedrige Selbsteinschätzung des Kindes, das sich minderwertig fühlt, und das überlebensgroße Ziel, das bis zur Gottähnlichkeit reichen kann. Zwischen diesen beiden Punkten liegen die vorbereitenden Versuche, die tastenden Kunstgriffe und Finten, bilden sich auch fertige Bereitschaften und gewohnheitsmäßige Haltungen, aus denen sich das verborgene Ziel erschließen läßt. Eine der Formen dieser vorbereitenden Haltungen, Saugadern vergleichbar, wenn sie die Erfahrungen, Aufmunterungen und Warnungen der Vergangenheit in Spuren aufweisen, tastenden Fühlern ähnlich, wenn sie dem fiktiven Ziel im Gedränge der Wirklichkeit näherzukommen suchen, sind die Charakterzüge. Sie, die der Persönlichkeit Haltung und Gestalt verleihen, sind die eigentlichen Mittler zwischen Vergangenheit und Zukunft und dienen als geistige Bereitschaften dem leitenden Ideal des Menschen: je nach ihrer Art nehmen sie bald Fühlung, bald leiten sie den Kampf mit der Umwelt ein oder erzwingen einer Entscheidung gegenüber eine zögernde oder eine ausweichende Attitude. Das kindliche Gefühl der Unsicherheit bedarf solcher Richtungslinien und bereitgestellter Fertigkeiten. Es läßt sie schärfer hervortreten und macht sie zu kategorischen Imperativen, sobald das erhöhte Minderwertigkeitsgefühl dazukommt. Was solchen Kindern einmal nützlich war, wird wegen seiner beruhigenden Wirkung zu verewigen, zu vergöttlichen gesucht. Und nur deutliche Niederlagen sind imstande einen Frontwechsel zu erzwingen und damit eine Änderung der Charaktere. Dann tritt die Notwendigkeit stärkerer Leitlinien ein; das Individuum ist aber an das Kreuz seiner Idee geschlagen, und jetzt erscheint als fertige Nervosität, was vorher nervöse Disposition war. Der weitere Erfolg dieser Tatsachen führt auf medizinisches Gebiet. Ich muß daher hier abbrechen.

Wenn es mir bisher nicht geglückt sein sollte den Beweis der dominierenden Stellung des fiktiven Leitideals für alle seelischen Erscheinungen, speziell auch für den Charakter, aus der Einheitlichkeit ihrer Zielrichtung zu erbringen, so möchte ich noch folgende Betrachtungen anreihen. Wir sind

nicht imstande auch nur die geringfügigste körperliche oder geistige Bewegung zu vollführen, ohne daß uns in der Idee ein Bild des Zieles vor-schwebte. Dies gilt sowohl für die Fortbewegung als auch für das Sprechen und Denken und Wollen. Durch diese Fiktion einer Zielsetzung kommt erst Ordnung und Richtung in unser Tun; das Chaos der Welt scheint überwunden und der Weg gegeben, auf dem die Bewältigung des Lebens und seiner Mühsal möglich erscheint. Im Leben des Kindes läßt sich leicht beobachten, wie beim Erlernen des Gehens, des Schauens, des Hörens, des Sprechens ein vorläufiges Ziel des Gelingens organisch vorbereitet ist. Bei komplizierteren Haltungen und bei seelischer Tätigkeit steht immer ein Vorbild als Leitideal vor der Seele des Kindes, dem es gleichzukommen sucht, oder das es übertreffen will. Drückt dieses Vorbild auf das Empfinden des Kindes, dann gerät es in eine Kampfesstellung und wird häufig im Trotz, zuweilen auch mit übertriebener Unterwürfigkeit und mit Gehorsam sein Ziel der Überlegenheit zu erreichen suchen. Die entscheidende Instanz aber für die seelischen Leistungen des Kindes und später des Erwachsenen ist jene höchste Spitze seines Machtgefühls, bis zu der es in der Zukunft durch-zudringen verlangt.

Es wurde bereits hervorgehoben, daß diese Spitze im Kampf um die Selbstbehauptung um so höher angesetzt wird je niedriger die Selbsteinschätzung ausfällt, zu der das Kind gezwungen ist. Da lag es nun nahe auf jene Kinder zu achten, die durch eine erschwerte körperliche Entwicklung, durch Verunstaltung, organische Mängel und Kinderfehler, wie sie einer angeborenen Organminderwertigkeit entspringen, ihre Geltung schwerer und später erringen. Diese Kinder sind es auch, die in ihrem spätern Leben, noch bis ins Greisenalter, meist also in einer Zeit, wo ihre Mängel längst nicht mehr fühlbar sind, mit erhöhten Anstrengungen und mit aufgepeitschtem Empfinden ihr kindliches Leitideal verfolgen, bei dem ihre Sehnsucht nach Überwindung des Todes, nach männlicher Kraft, nach Ansehen, Schönheit und Reichtum, kurz nach Triumphen aller Art Befriedigung fände. Sie werden sich immer mit allen messen, werden alle in ihren Dienst stellen wollen, werden in Unruhe und voll Empfindlichkeit ihre Forderungen kundgeben, werden aber auch, wenn sie gewitzigt sind, in nervöser Unsicherheit nach Kunstgriffen suchen, um einer für sie fatalen Entscheidung, meist jeder Entscheidung, auszuweichen. Ihre Charakterzüge zielen weit über menschliches Maß hinaus, mischen sich aber mit anderen, von solch ausweichenden Linien, daß man leicht ersieht: hier fehlt der Glaube an sich selbst. Letzter Linie erheben sie sich nicht mehr zum Willen zur Macht sondern wollen nur mehr den Schein für sich gewinnen. Je mehr sie sich in ihrer Kindheit dem Nichts, dem Staub verwandt gefühlt haben, desto mehr ringen sie nach Gottähnlichkeit. Sie fühlen sich dem Gott, dem Künstler verwandt, wenn sie aus nichts etwas machen können, das ihre Phantasie mit willkürlicher Wertung ungeheuer übertreibt.

Diese Tatsachen stellen den Wissenschaften neue Probleme oder verstärken die Wucht alter brennender Fragen. Die rasche Behandlung und tunlichste Heilung von Kindern mit Organminderwertigkeiten ist eine dringende Forderung der vorgetragene Anschauungen. In gleicher Weise erscheint durch sie der Wert und die Bedeutung der sozialen Medizin betont. Der Bekämpfung der Volksseuchen, der Lues, der Tuberkulose und der Trunk-

sucht muß auch aus dieser Rücksicht besonderes Augenmerk geschenkt werden, da sie der Keimverschlechterung hervorragend Vorschub leisten. In gleich schädigender Weise wirken Pauperismus und Überarbeit, die schlechte Konjunktur beherrscht und verschlechtert das Keimplasma und steigert die Häufigkeit minderwertiger Organe.

Das Grenzgebiet der Sozialwissenschaft birgt gemäß den vorgetragenen Anschauungen noch manche wichtige Frage. Die soziale ebenso wie die Familienerziehung müssen Zustände schaffen, die das Kind vom Druck eines stärkern Minderwertigkeitsgefühls entlasten. Die Kenntnis und Vertiefung in die Anschauungen der vergleichenden Individualpsychologie geben dem Erzieher rechtzeitig die Möglichkeit einzugreifen, setzen ihn instand Übertreibungen einzuschränken und die Furcht vor der Unsicherheit der Zukunft zu mildern.

Der speziellen Probleme unserer Wissenschaft, die vorwiegend in das Gebiet der Nervenheilkunde und Psychotherapie fallen, gibt es eine unergründliche Zahl. Eins der wichtigsten, das wegen seiner Beziehung zur Pädagogik besprochen werden soll, betrifft die Beziehung der Geschlechter. Es hängt mit der wirkenden Kraft des fiktiven Leitziels beim Nervösen zusammen, daß er in seiner neurotischen Perspektive und bei der Konstruktion seiner Charakterzüge auch alle Beziehungen der Liebe und den sozialen Zusammenhang der Geschlechter auflöst und zu einer Kampfposition macht. Auf welche Weise macht sich dabei das leitende Ziel geltend? Es ergibt sich nun bei näherer Betrachtung in einwandfreier Weise, daß der Gottähnlichkeitsgedanke des Nervösen, sein Ideal der Vollkommenheit, das er zu erreichen strebt, einen überaus starken *männlichen* Einschlag aufweist. So daß jedes nervös disponierte Kind, Knabe wie Mädchen, imstande ist sein ganzes Streben und seine ganze Zielrichtung in das Schema zu fassen: Ich will ein voller Mann werden. Denn in dieser Idee gipfelt jeder Wunsch nach Herrschaft, Macht, Reichtum und Sieg. Kein Wunder. Aus den Eindrücken der Außenwelt schöpft das zur Nervosität geneigte Kind schon zu einer Zeit, wo ihm die Unveränderlichkeit des Geschlechtscharakters meist noch unbekannt ist, die Empfindung, daß nur der Mann zum Herrscher geboren ist.

Freilich gehört im Anfang Mut dazu spärliche Ausdrucksbewegungen, zumal bei Mädchen, in dieser Art zu deuten. Erst wenn es wieder gelingt auf diesem Weg die einheitliche Leitlinie zu entdecken, kommt allmählich die Überzeugung auf. Die Verschwommenheit eines Eindrucks hindert oft unser Verständnis. Wenn aber etwa ein 4jähriges Mädchen erklärt, es werde, wenn es groß sei, die Mutter heiraten, wenn dieses Kind dann auch noch befiehlt, man müsse es Hans nennen, wenn es später Neigung zeigt Knabenkleider anzulegen, Mädchenspielen auszuweichen, mit Knaben herumzutollen und selbst zu äußern, es möchte ein Knabe sein, dann bleibt wohl kaum mehr ein Rest des Zweifels übrig. Ein 8jähriges Mädchen, das manche dieser Züge zeigte, hatte ich Gelegenheit kennen zu lernen, weil es neben unbändigem Trotz an einem Kinderfehler und an Ohnmachtsanfällen litt, die es instand setzten jede Folgsamkeit und jedes erzieherische Einwirken abzuweisen. Im Gespräch mit mir zeigte es eine auffallend trotzige Attitüde und verschränkte plötzlich die Arme. Auf die Frage an die begleitende Tante, wer in der Umgebung des Kindes die Arme derart verschränkte, erhielt ich die Antwort: der Vater. Wächst ein solches Mädchen heran, dann kommt

es immer auch zu einem Formenwandel der männlichen Fiktion, aber das leitende Ziel wird um nichts erreichbarer. Das Prinzessinnenideal, ein häufiger Formenwandel, zeigt sich ungemein oft und schafft wie andere Ideale eine ungeheure Überempfindlichkeit. Die Einfügung in die Wirklichkeit wird dauernd erschwert, und trotz aller Kompromisse im Leben tritt die Unzufriedenheit mit der weiblichen Rolle immer wieder hervor. Eines dieser Mädchen hatte, wie man mir erzählte, im 20. Lebensjahr, in der Zeit der Heiratsmöglichkeit also, einen Selbstmordversuch unternommen, als es in Weiningers *Geschlecht und Charakter* eine Bestätigung für seine Auffassung von der Minderwertigkeit der Frau zu erblicken glaubte. Wir sehen hier, wie die Herabsetzung der Frau in unserer Gesellschaft mit Notwendigkeit zu ihrer psychischen *Ver-männlichung*, zum *männlichen Protest* führt, gleichwie der erzieherische Druck im Leben des Kindes, wie die Rechtsentziehungen im Staat zu Revolten. Wahrlich, es ruht kein Segen darauf, und der zur Minderwertigkeit Verdammte wird durch Kunstgriffe und Finten zur Geißel seines Herrn.

Eine 40jährige Frau, die an Berührungsfurcht und einer Zwangshandlung im 20. Jahr bereits erkrankt war, läßt diese männliche Lebenslinie ziemlich eingehend verfolgen. Eines ihrer kindlichen Leitideale war wie ein Indianer (*männlich*) alles zu ertragen und ihre Wünsche zu unterdrücken. Später wurde dieses Ideal von einem scheinbar weiblichen abgelöst: wie die Jungfrau von Orleans zu sein. Der Sinn der Berührungsfurcht wird hier schon klarer. Mit 20 Jahren trat sie in Beziehung zu einem tuberkulösen, dem Tod geweihten Mann und dachte an eine Ehe, die von ihren Angehörigen nie zugegeben worden wäre. Im Sommer des selben Jahres kamen mehrere Freier. Da stellte sich die Zwangshandlung ein. Sie konnte nichts von ihren Beschäftigungen fertig machen. Insbesondere war es eine Handarbeit, die sie immer wieder auftrennen mußte. Jeder wird hier unwillkürlich an Penelope denken müssen. Das heißt, sie wollte auf den als unmöglich erkannten Gatten warten. Auf meine Frage, ob ihr diese Geschichte nicht bekannt vorkäme, ob sie nicht jemanden kenne, der auch nichts zu Ende gebracht habe, antwortete sie: »Freilich, Sisyphus und Tantalus und die Dardanellen.« Rasch verbesserte sie: »Danaiden.« Auf mein Drängen noch eine Person zu nennen, da sie mit ihrem Ausflug ins griechische Altertum offenbar auf dem richtigen Weg sei, fällt ihr niemand mehr ein. Und doch wird sie die richtige, leitende Idee *Penelope* auf der Zunge gehabt haben, da der Weg von den Danaiden zu den Dardanellen durch das *nel* aus Penelope bezeichnet ist. Ihr Unvermögen aber sich der Penelope zu erinnern zeigt die starke Verschleierung der leitenden Idee an; ebenso wie wir in anderen Fällen den Sinn einer Ausdrucksbewegung erfassen müssen, ohne daß die Untersuchte ihn uns verrät, so auch bei diesem Fall, wo ihn die Patientin durch eine harmonische Bindung zweier Linien an den Tag bringt. Penelope ist aber für diese Frau ein Sinnbild: die Frau, die keinen Freier gelten läßt, die Frau, die keine Frau sein will.¹⁾

In der seelischen Entwicklung der Knaben finden wir den gleichen *männlichen Protest*. Sie handeln so, als ob die Frau das Maß ihrer Kräfte wäre. Oft hört man von kleinen Knaben, wie auf den Unterschied hinweisend,

¹⁾ Wichtiger als die Anschauung Freuds von dem Versprechen, die in diesem Fall auch zu Recht kommt, ist der Umstand, daß ihr nur männliche Typen über die Zunge wollen: Herr Dr. Martin (Freiburg) hat mich auf diesen Umstand hingewiesen, der ganz im Sinn meiner Auffassung liegt.

daß sie sich von einer Frau nichts befehlen lassen. Kommt dann das Alter, wo die Liebe doch befiehlt, so gibt es ungeheure Schwierigkeiten, ebenso wie in der Ehe. Denn beide werden als Kampfpositionen erfaßt, wo es gilt für jeden Teil den Beweis oder den Scheinbeweis seiner Überlegenheit immer wieder zu versuchen. So zerstören die nervöse Perspektive und das Leitideal des *männlichen Protestes* immer wieder die Unbefangenheit und Kameradschaftlichkeit beider Teile und erzwingen eine bleibende Unzufriedenheit der Geschlechter mit einander.

Damit glaube ich eine der tiefsten Wunden unseres Gesellschaftslebens berührt zu haben. Die Gefahr ist größer als man ahnt. Auch in dieser Beziehung ist die seelische Gesundheit von einer Pädagogik zu erwarten, die nicht mit dem Kind nur redet sondern es versteht das Gefühl der Gleichberechtigung der Geschlechter trotz der Gegenwart, die das Gegenteil zeigt, in den Kindern wachzurufen.

XX

PAUL KAMPPMEYER · SOZIALISMUS UND SOZIALDEMOKRATIE



SOZIALISMUS ist ein sich wandelnder historischer Begriff. In ihm sind jeweilig die Anschauungen von einer idealen wohlgeordneten Gesellschaft lebendig, die sich die hervorragendsten Köpfe oder auch ganze soziale Gruppen in bewußter Auflehnung gegen eine brutale menschenvernichtende Privatwirtschaftsordnung und gegen die politische Herrschaft besitzender Klassen gebildet haben. Allen sozialistischen Ideen, mögen sie einem fernen Altertum oder der frischesten Gegenwart entstammen, ist der scharfe Protest gegen diese vom Egoismus herrschender Klassen geleitete private Wirtschaftsordnung eigentümlich. Aber da das Privateigentum recht vielgestaltig ist, so sind auch die sozialistischen Systeme als die heftigsten Widersacher dieses Eigentums sehr wandelbare Ideenschöpfungen. In diese Systeme strömen die grundlegenden wirtschaftlichen Momente eines Zeitalters ein. So sind zum Beispiel in die sozialistische Gesellschaftsordnung des Thomas Morus, wie das K. Kautsky in seiner Arbeit *Thomas Morus und seine Utopie* nachgewiesen hat, das Handwerk und die bäuerliche Landwirtschaft der Reformationszeit hinübergegangen. Unser moderner Sozialismus baut sich auf den großen Errungenschaften des Maschinenzeitalters auf, das uns den Blick auf ein entlastetes, von Berufsklaverei, Standes- und Klassenherrschaft befreites Menschentum öffnet. Unser Sozialismus greift aus der wirtschaftlichen Umwälzung unserer Tage, aus dem urlebendigen Prozeß des Werdens neuer kollektivistischer Wirtschaftsformen die Vorstellung eines gesellschaftlichen Eigentums heraus, das durchaus nicht nur an die Form des Staatseigentums gebunden ist. Gesellschaftliches Eigentum kann auch kommunales, genossenschaftliches Eigentum usw. sein.

Unser ganzer Mensch nimmt an diesen Evolutionen des Eigentums teil: Wir sehen, wie das ganze Verkehrsnetz aus der kapitalistischen Privatwirtschaftsordnung herausgetrennt wird. Und die Befürworter dieser tiefen Einschnitte in das heutige Wirtschaftssystem sind nicht nur Sozialdemokraten. Die praktische Sozialisierung der Wirtschaft stützt sich heute in

großem Umfang auf bürgerliche, der Sozialdemokratie fernstehende Elemente. Wir wissen selbstverständlich, daß diese kollektivistischen Gebilde unserer Zeit nicht reine Formen eines sozialistischen Eigentums sind. Unedle kapitalistische Bestandteile mengen sich dem Staatseigentum bei, und im Staatsarbeiter rekonstruiert sich nur zu leicht wieder der ausgebeutete Lohnarbeiter. Immerhin bedeutet dieser Staatskollektivismus einen Einbruch in die kapitalistische Wirtschaftsordnung, und immerhin sind die Arbeits- und Lebensverhältnisse des Staatsarbeiters eine öffentliche Angelegenheit geworden und der Regelung der organisierten Gesellschaft, des Staates, unterstellt. Auch hier kündigt sich ein neues rechtlich-gesellschaftliches Moment an. Der Staat kann mit wachsender Demokratisierung seiner Verfassungs- und Verwaltungsformen die Existenz des Staatsarbeiters auf eine ganz neue Basis stellen und das Zwangslohnverhältnis in ein freies genossenschaftliches umgestalten.

Auf eine Sozialisierung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens stoßen wir bei jedem Schritt. Ich habe schon auf diese Sozialisierung der Wirtschaft, vor allem aber auch auf die Sozialisierung des Menschen, auf die Wandlung des isolierten Menschen in einen Genossenschafts- und Gemeinschaftsmenschen hingewiesen.¹⁾ Hier soll nur betont werden, daß sich dieser Wandlungsvorgang unter tätiger Mitwirkung großer sozialer Gruppen von Menschen vollzieht, die sich vielfach heute noch dreimal vor dem Sozialismus bekreuzigen. Eine Sozialisierung wider Willen, eine von Antisozialisten betriebene Sozialisierung. Das klingt paradox, und doch ist es heute schon eine Alltagsmusik. Namentlich uns, die wir durch die Schule des Karl Marx gegangen sind, ist die Vorstellung einer sich gegen den Willen bestimmter sozialer Gruppen durchsetzenden Sozialisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsformen sehr geläufig.

Der Marxismus erwarb sich ja das große Verdienst unsere Augen für die in der kapitalistischen Gesellschaft hervortretenden sozialistischen Tendenzen zu öffnen. Auch ohne das bewußte Eingreifen des Menschen bildeten sich nach Marx in der kapitalistischen Gesellschaft riesige Großbetriebe mit kollektivistischem Charakter aus, auf denen sich eine sozialistische Produktion aufbauen wird. Nach der heute allerdings stark angefochtenen Marxschen Idee ist der Sozialismus das *naturnotwendige* Resultat des im Wesen des Kapitalismus liegenden Gegensatzes zwischen den Produktionskräften und den Produktionsverhältnissen. Dieser Gedanke soll uns nun keineswegs ein allein zum sozialistischen Endziel führender Wegweiser sein sondern nur die Tatsache erschließen, daß sich bei dem Werden der sozialistischen Gesellschaftsordnung auch mächtige Kräfte betätigen, die ganz außerhalb der bewußten Sozialisierungsbestrebungen der Menschen liegen. Bewußter und unbewußter Sozialismus lebt also bereits heute schon in der bürgerlichen Gesellschaft, und oft sind sich die Menschen, die starke aber unbewußte Träger sozialistischer Bestrebungen sind, gar nicht über diese ihre Rolle in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Gesellschaft im klaren.

Der bewußte Sozialismus tritt uns heute am lebendigsten und wirkungsvollsten in der Sozialdemokratie aller Kulturländer entgegen. Überall ruft diese Sozialdemokratie die organisierte Gesellschaft zur Verstaatlichung und

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Über den Inhalt einer neuen sozialistischen Werbeschrift* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 598.

Kommunalisierung der kapitalistischen Produktionsmittel auf. Diesen Prozeß der Vergesellschaftung setzt nun die Sozialdemokratie in die engste Abhängigkeit von der Beherrschung des Staates durch die sozialistischen Volksmassen. Volksherrschaft und Sozialismus verschmelzen daher harmonisch im Wesen und Namen der Sozialdemokratie.

Ausgesprochen sozialdemokratisch sind heute zahlreiche gesellschaftliche Bestrebungen; aber sie umfassen eben bei weitem nicht alle sozialistischen, obwohl diese mitunter von grundlegender Bedeutung für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sein können. Das Gewerkschaftswesen blieb zum Beispiel lange Zeit in seinem sozialistischen, das kapitalistische Herrentum negierenden Grundcharakter unerkannt. Das Prinzip des Normalarbeitstags, um dessen Verwirklichung bürgerliche radikale und konservative Elemente neben proletarischen rangen, barg in sich einen sozialistischen Kern. Deshalb sprach ja auch Marx im Hinblick auf den Zehnstundentag in England von einem Sieg der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die politische Ökonomie der Bourgeoisie, und deshalb pries er die englische Kooperativbewegung, in der sich in den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts starke bürgerliche Gruppen betätigten, ebenfalls als einen Triumph der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Besitzes. Aber wie lange tobte sich nach Marx noch der politisch-sozialdemokratische Wortrevolutionarismus gegen die *kleinbürgerlichen* Genossenschaften aus!

Der bewußte Sozialismus, die organisierte Sozialdemokratie hat nun in der *Klassenkampftheorie* ein Lebenselement erhalten. Er stützt die sichere Erwartung auf die praktische Verwirklichung seiner Ideen, vor allem auf die vitalen Interessen des kämpfenden Proletariats. Gegen die in der kapitalistischen Gesellschaft hervorbrechende Verelendungstendenz reagiert der Proletarier mit sieghafter Kraft, und er biegt dadurch diese Tendenz in ihren Hauptwirkungen um. Die endgültige Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist eine Existenzfrage des Proletariats, und der Kampf des Proletariats gegen dieses wird mit der ganzen Leidenschaft eines tatsächlichen Existenzkampfes geführt. Der Marxismus sucht also den Sozialismus fest mit den Elementarkräften des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu verknüpfen. Er bedient sich der Kampfesform, in der sich geschichtlich bisher durchweg die Emanzipation unterdrückter Klassen vollzog: des Klassenkampfes. Aber der Klassenkampf ist nur ein Lebenselement der modernen sozialdemokratischen Bewegung.

Nun gibt sich heute der sozialdemokratische *Radikalismus* vielfach als eine nur proletarische Klassenbewegung aus, und daher spielen in seinem revolutionären Katechismus die Wendungen *klassenbewußte Proletarier*, *proletarischer Klassenkampf* eine so alles überragende Rolle. Leicht arbeitet er sich in einen prinzipiellen Gegensatz zu all den Bewegungen hinein, die nicht ausschließlich von der proletarischen Klasse getragen werden, aber in ihrem Wesen doch sozialistisch sind. Und es bedeutet eine schwere Selbstschädigung der Sozialdemokratie, wenn sie von dem vermeintlich allein richtigen Standpunkt des Klassenkampfes aus Kräfte auseinandersprengt, die gemeinsam mit ihr in der Richtung sozialistischen Gestaltens wirken können. Der Klassenkampf ist nur eine Form der gesellschaftlichen Bewegung, er greift

nicht deren ganze Fülle in sich. Soziale Klassen kämpfen nicht nur gegen einander, nein, sie wirken auch bei aller Gegensätzlichkeit ihrer Charaktere mit einander. Selbst Herr und Sklave standen sich nicht in allen Fragen in grimmer Feindschaft gegenüber. Sie waren unter Umständen beide an der Abwehr bestimmter tiefstehender Völkerstämme interessiert, weil deren Sieg für beide Teile Tod oder Verkümmern bedeutete. Beide vereinigten oft ihre Kräfte bei der Durchführung sanitärer Maßnahmen gegen menschenmörderische Seuchen. Und der gemeinsamen Ziele für ein harmonisches Hand in Hand Arbeiten sozialer Klassen sind seit dem Sturz der Sklavhalter sicher nicht weniger geworden. In der Pflege rein wirtschaftlich-technischer und kultureller Fragen beobachten wir heute eine weitgehende Übereinstimmung der sozialen Klassen. Für das Kulturbudget, insofern es tatsächlich eine fortschrittliche Richtung einschlägt, erheben sich in den Parlamenten die Vertreter der bürgerlichen und proletarischen Parteien. Und jede Übersicht über die Abstimmungen in den gesetzgeberischen Versammlungen beweist fast handgreiflich die Gemeinsamkeit der gesellschaftlichen Klassen in zahlreichen Produktions-, Verkehrs- und Kulturfragen.

Der aus dem Gegensatz der sozialen Klassen hervorgehende Klassenkampf darf nicht über sich selbst, über seine eigene Daseinsberechtigung hinaus getrieben werden. Und in diesen Fehler verfällt er, wenn er die gegebenen Grenzen des Gegensatzes selbst nicht streng beachtet. Der Klassenkampf darf und soll ja nie Selbstzweck einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft sein sondern immer nur Mittel für deren Sozialisierung. Nur dieser hat der Klassenkampf zu dienen. Er versündigt sich an der sozialistischen Idee, wenn er Keile in durchaus zweckmäßige soziale Zusammenhänge hineintreibt. Diese inneren und äußeren Zusammenhänge sozialistischer Gemeinschaftsarbeit nötigen sich aber nicht von selbst dem naiven Menschenkind auf, nein, sie werden erst in vertiefter Betrachtung und durch reiche Erfahrungen gewonnen. Und das hellläufige Sehen dieser Zusammenhänge macht erst den schöpferischen sozialen Politiker. Der sozialistische Charakter werdender ökonomischer und sozialer Institutionen ist oft, wie die Geschichte des staatlichen und kommunalen Sozialismus, des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens lehrt, selbst von weitsichtigen Sozialdemokraten verkannt worden. Derartige Institutionen treten häufig durch die kollektive Arbeit ganz verschiedenartiger sozialer Klassenelemente ins Leben, und das macht die sozialen Klassenkampfpraktiker an diesen Einrichtungen dann stutzig. In sich birgt zum Beispiel das Gewerkschaftswesen einen sozialistischen Kern, und dieser wird nicht erst dann geschaffen, wenn die Gewerkschaft in die engste Verbindung mit der Partei der politisch organisierten Sozialdemokratie tritt. Unzweifelhaft kann das sozialistische Grundelement einer Gewerkschaft stärker durch die bewußte sozialistische Tätigkeit einer politischen Partei hervorgekehrt werden, aber dieses Element muß eben schon in ihm stecken, wenn es nach außen in Erscheinung treten soll. Nicht völlig Fremdes kann man eben dem Gewerkschaftswesen aufzwingen: es lassen sich nur bestimmte vorhandene Seiten dieses Wesens kräftiger ausprägen. Der Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Unternehmer und dem Lohnarbeiter war von vornherein in der Gewerkschaft gegeben, und damit auch die Tendenz der Aufhebung dieses Gegensatzes. Die gemeinsam Arbeitenden wollten auch gemeinsam ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse

regeln, und das ließ sich nur durch organisatorischen Zusammenschluß der Arbeitenden, durch die planmäßige Eroberung wirtschaftlicher Machtmittel erringen. Erst in der Beseitigung des Fabrikherrentums, in der Wandlung des Zwangsarbeitsverhältnisses in ein genossenschaftliches, kurz, erst in der Aufhebung der Lohnarbeit ist das gewerkschaftliche Endziel erreicht. Und erst in diesem Endpunkt deckt sich die Gewerkschaftsbewegung mit der sozialdemokratischen. Von dieser Endzielvorstellung sind heute noch große Massen der kämpfenden Gewerkschafter nicht erfüllt, und doch schaffen sie, indem sie das Kapitalverhältnis umwälzen, unbewußt ein Stück Sozialismus.

Der bewußte Sozialismus, die Sozialdemokratie muß stets ein feines Gefühl für alles haben, was sich an Sozialismus unbewußt in der Gesellschaft durchsetzt. Die unbewußten sozialistischen Momente können mitunter bedeutungsvoller für das Werden einer neuen sozialistischen Gesellschaft sein als die bewußten, in Programmen formulierten.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Baufachausstellung Auf der internationalen Baufachausstellung, die in diesem Sommer in Leipzig stattfindet, sind auch die der *General-kommission* angeschlossenen Bauarbeiterorganisationen mit einem eigenen Gebäude vertreten, um dort für einen erweiterten Bauarbeiterschutz Propaganda zu machen. Es wird gezeigt, wie die Gerüste beschaffen sein müssen, um den Arbeitern nach jeder Richtung hin Sicherheit zu gewähren, um Unfälle möglichst zu vermeiden oder, sofern sie trotzdem vorgekommen sind, ihre Folgen wesentlich zu mildern. Solche Gerüste sind an dem Gebäude für Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer, Maler, Dachdecker, Klempner und Glaser angebracht, während im Innern die Unfallgefahren für die Holzarbeiter und Metallarbeiter veranschaulicht worden sind. Die Steinarbeiter und Töpfer sind ebenfalls vertreten. Baubuden und Aborte, so wie sie sein sollten, sind für die Arbeiter aller Bauberufe wie auch für die Steinsetzer ausgestellt. Das Direktorium der Ausstellung hatte die Gewerkschaften zur Beteiligung aufgefordert und die Gewähr dafür geboten, daß Vorkommnisse, wie seinerzeit bei der Hygieneausstellung, nicht wieder eintreten würden.

Kongresse und Verbandstage Der Verbandstag der Bauarbeiter, der vom 6. bis zum 10. Mai in Berlin stattfand, war eine Fortsetzung des ersten, der im Januar in Jena getagt hatte (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 320). Während der Zeit, die zwischen den beiden Tagungen lag, waren die Tarifverhandlungen geführt worden. Über diese wurde von dem Verbandsvorsitzenden Paeplow Bericht erstattet. Die von der Tarifverhandlungskommission vorgelegte Resolution, in der zum Ausdruck gebracht war, daß die Arbeiter mit den Lohnzulagen und der Arbeitszeitverkürzung zwar nicht zufrieden wären, trotzdem aber der Erneuerung des Tarifvertrags auf der Grundlage der vorliegenden Vorschläge zustimmen würden, wurde in namentlicher Abstimmung mit 296 gegen 99 Stimmen angenommen. Die Arbeitgeber hatten die Vorschläge der Unparteiischen mit 189 gegen 143 Stimmen angenommen, aber noch Bedingungen daran geknüpft, die jedoch infolge des Protestes der Arbeitnehmer wieder zurückgezogen wurden. Dem Vorstand des Bauarbeiterverbands wurde ein Beirat von 22 Mitgliedern zur Seite gestellt. Auf 1500 Mitglieder soll in Zukunft je 1 Delegierter zum Verbandstag gewählt werden. Über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung soll erst in den Zweigvereinen eine Aussprache stattfinden, eventuell im Herbst

× ×

ein außerordentlicher Verbandstag berufen werden.

Die Fortsetzung der 20. Generalversammlung der Zimmerer (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 320) fand am 8. und 9. Mai in Berlin statt. Über das Resultat der Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberbund referierte der Verbandsvorsitzende Schrader. Eine Anzahl Redner, auch solche, die mit dem materiellen Ergebnis der Verhandlungen einverstanden waren, erklärten sich grundsätzlich gegen eine zentrale Regelung der Tarifverträge, weil sie dadurch eine dauernde Schädigung der Arbeiterinteressen befürchteten. Diese Bedenken wurden aber von anderen zerstreut, und die Vorschläge der Unparteiischen wie auch das Gesamtergebnis der Verhandlungen in namentlicher Abstimmung mit 102 gegen 35 Stimmen angenommen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betongewerbe. In einer längeren Resolution wurde die Forderung ausgesprochen, daß in allen Betongeschäften auch bei Herstellung von Gerüsten, Anfertigung von Konstruktionen und Einschaltungsarbeiten der Zimmererlohn bezahlt werden solle.

Am 15. und 16. Mai tagte in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung der Maler und Lackierer, die sich aus den selben Vertretern zusammensetzte, die bereits an der außerordentlichen Generalversammlung vom 26. Februar bis zum 1. März teilgenommen hatten (siehe diese Rundschau, 1913, 1. Band, pag. 438). Erneute Verhandlungen unter dem Vorsitz der Unparteiischen hatten zu einem neuen Schiedsspruch geführt, und die Verhandlungskommission war einstimmig zu der Auffassung gekommen die Annahme dieses Schiedsspruchs zu empfehlen. In der Debatte trat die Mehrzahl dieser Auffassung bei, die Delegierten aus Hamburg, Köln und Gera forderten dagegen seine Ablehnung. In der Diskussion fand die Tatsache Anerkennung, daß die Hirsch-Dunckersche und die christliche Organisation in allen Stadien des Kampfes in vollem Einvernehmen mit dem Malerverband gestanden hatten. Die Abstimmung ergab die Annahme mit 86 Stimmen, hinter denen 42 783 Mitglieder standen, gegen 13, die 7119 Mitglieder vertraten.

Der Zentralverband der Musiker hielt seinen 5. Verbandstag vom 22. bis

zum 25. April in Breslau ab. Der Verband hatte am Schluß des Jahres 1912 1885 Mitglieder in 37 Zahlstellen und einen Kassenbestand von 48 306,34 Mark. Sein größter Gegner ist der *Allgemeine deutsche Musikerverband*, dem jedes Mittel recht ist die Agitation zu erschweren. Dabei sind die Existenzverhältnisse der Musiker nach wie vor sehr traurig. Außer mit der Statutenberatung beschäftigte sich der Verbandstag mit den Musikern unter der Reichsversicherungsordnung, der Versicherung der Privatangestellten, der Militärkonkurrenz in Theorie und Praxis, der gewerkschaftlich - genossenschaftlichen *Volksfürsorge* sowie mit der Beschickung des internationalen Arbeiterkongresses in Wien und des nächsten Gewerkschaftskongresses. Ein Antrag, der eine Verschmelzung des Musikerverbands mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen befürwortete, wurde zurückgezogen.

× **Internationale Organisation** Die 3. internationale Konferenz der Sattler und Portefeuller wurde am 9. und 10. Mai in Wien abgehalten. Belgien, Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn und Skandinavien hatten Vertreter entsandt. Die englischen und amerikanischen Organisationen hatten nicht nur eine Beschickung abgelehnt sondern auch erklärt dem internationalen Sekretariat nicht beitreten zu wollen. Die Sattler in der Schweiz und in verschiedenen Balkanstaaten sind zusammen mit den Schuhmachern und Gerbern organisiert und deshalb dem internationalen Sekretariat der Schuhmacher und Lederarbeiter angeschlossen. Die Zahl der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Mitglieder wird auf 23 000 angegeben. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um den weiteren Ausbau der internationalen Beziehungen. Der Anschluß der separatistischen Tschechen wurde abgelehnt. Der Anschluß an das internationale Sekretariat der Schuhmacher wurde gleichfalls abgelehnt. Nach einem Referat über die Wiener Heimarbeit im Portefeullergewerbe sicherte die Konferenz der Organisation im Fall eines Abwehrkampfes die größtmögliche Unterstützung zu. Als Sekretär wurde Genosse Sassenbach wiedergewählt. Die nächste Konferenz soll 1917 in Kopenhagen stattfinden.

×

×

Kurze Chronik Die *Berliner Gewerkschaftskommission* entsandte ihren Ausschuß nach London, zur Erwiderng früherer freundschaftlicher Besuche englischer Gewerkschafter in Deutschland und speziell in Berlin. Der Aufenthalt in England dauerte vom 3. bis zum 6. Mai. Zu dem veranstalteten Festessen waren 200 Teilnehmer erschienen. Die gegenseitigen Ansprachen brachten die zwischen den englischen und den deutschen Arbeitern bestehende enge Verbrüderung zum Ausdruck. Einige Mißverständnisse, die bei den Engländern über die deutsche Arbeiterversicherung vorhanden waren, wurden durch die deutschen Delegierten berichtigt. × Der *Textilarbeiterverband* zählte am 31. Dezember 1912 87 884 männliche und 54 750 weibliche, zusammen 142 634 Mitglieder. Die Zunahme der männlichen Mitglieder betrug im vorigen Jahr 4903 oder 5,9%, die der weiblichen 6305 oder 13%. Die Einnahmen und Ausgaben des Verbands schließen mit je 4 186 028 Mark ab; der Kassenbestand betrug 1 694 047 Mark. An Ausgaben sind zu verzeichnen: für Krankenunterstützung 366 448, Arbeitslosenunterstützung 141 631, Sterbeunterstützung 17 221, Reiseunterstützung 41 426, Streikunterstützung 708 065, Gemäßregeltenunterstützung 48 277, Umzugsunterstützung 13 784, Notunterstützung 10 203, Rechtsschutz 11 024 Mark. An Mitgliederbeiträgen sind in dem Jahr 2 174 814 Mark geleistet worden. × Der *Holzarbeiterverband* hat in 19 verschiedenen Berufen 196 810 Mitglieder, davon sind 7193 weibliche und 1116 jugendliche. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1912 5 473 560, die Gesamtausgabe 3 894 165 Mark. An Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse und den Lokalkassen 3 676 180 Mark bezahlt. Das Gesamtvermögen dieser Kassen beträgt 7 221 560 Mark. × Der *Metallarbeiterverband* hat in 21 verschiedenen Berufen 561 547 Mitglieder, darunter 27 876 weibliche und 17 017 jugendliche. Die Einnahmen beliefen sich für 1912 auf 17 934 086 Mark; an Unterstützungen wurden 8 361 909 Mark verausgabt. Die Zahl der von dem Verband abgeschlossenen Tarifverträge beträgt 1084 für 13 973 Betriebe mit 176 795 beschäftigten Personen. × Der *Fabrikarbeiterverband* steigerte seine Mit-

gliederzahl im letzten Jahr von 189 443 auf 207 597, darunter 26 324 weibliche. Die Einnahmen betragen 4 337 531, die Ausgaben für Unterstützungen 2 093 830 Mark. Das Vermögen der Hauptkasse belief sich auf 3 150 978, das der Lokalkassen auf 861 580 Mark, zusammen auf 4 012 558 Mark.

× **Literatur** In seiner *Geschichte der deutschen Töpferbewegung*, die vom Zentralverband der Töpfer in Berlin herausgegeben worden ist, beginnt Adam Drunsel mit der Entwicklung der modernen Gewerkschaften, um den Lesern die Töpferbewegung von 1873 bis 1911 vor Augen zu führen. Am 28. Oktober wurde der *Allgemeine deutsche Töpferverein* auf Grund des Sozialistengesetzes aufgehoben. 1884 fand der 1. Töpferkongreß statt, der den Anstoß zur Gründung neuer Organisationen gab. Die Töpfer hatten, namentlich in Berlin, langc unter dem Streit um die lokale oder zentrale Form der Organisation zu leiden, der in dieser Schrift recht eingehend geschildert wird. Im übrigen enthält das Buch alles Wissenswerte über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen der Töpfer, Kongresse und Generalversammlungen des Verbands, statistische Bestimmungen und anderes mehr. Außerdem sind noch Anlagen angefügt über eine Zunftordnung in Altona aus dem Jahr 1732, die Gesellenordnung für das Amt der Töpfer in Lübeck, Statuten der Gewerksgenossenschaft der Töpfer usw. Den Schluß bildet eine vergleichende Zusammenstellung der finanziellen Entwicklung des Verbands seit seiner Gründung 1892 bis 1911. × Vom Verband der *Steinsetzer* ist soeben der 2. Band der *Geschichte der deutschen Steinsetzerbewegung* herausgegeben worden. Dieser Band behandelt die Berliner Steinsetzergesellschaft von 1732 bis 1893. Wie der Verfasser A. Knoll in seinem Vorwort selber schreibt, hat er in der vorliegenden Geschichte den Versuch unternommen den vollständigen Lebenslauf einer Zunftorganisation von ihrer Geburt bis zu ihrer völligen Auflösung respektive ihrem Aufgehen in die moderne Gewerkschaftsbewegung zu schildern. Er ist denn auch mit großem Fleiß allen Quellen nachgegangen, die über die Entstehung der Residenzstädte Berlin und Potsdam und die Anlegung der Straßen irgend-

wie Auskunft geben konnten. Bemerkenswert ist, daß die Gesellenzunft im Steinsetzergewerbe erst im Jahr 1894 aufgelöst wurde, sich also bedeutend länger gehalten hat als in anderen Berufen. Die Kämpfe der neuen Richtung mit der alten sind in dem Buch ebenfalls recht ausführlich geschildert worden. Außerdem enthält es in einem Nachtrag die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von 1623 bis 1893, die allerdings erst von 1829 an vollständig ist. Ein weiterer Anhang enthält Schriften und Dokumente aus der Zunftzeit, die als historische Belege zum bessern Verständnis der Geschichte beitragen. × *Zur Lage der Musikinstrumentenarbeiter und Die Korbmacher auf dem Vormarsch* sind 2 Broschüren betitelt, die vom Holzarbeiterverband in Berlin herausgegeben worden sind. Es handelt sich in beiden Fällen um ein Protokoll von Konferenzen dieser beiden Branchen, die dem Holzarbeiterverband angegliedert sind. × J. Simon und C. Höltermann schildern in einer, vom Schuhmacherverband publizierten Denkschrift über die Untersuchungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in der Schuhindustrie in Amerika die Eindrücke ihrer Reise, die sie 1910 im Auftrag des Verbands unternommen hatten, um die Verhältnisse ihres Berufs in Amerika kennen zu lernen. Die Schrift enthält aber nicht nur amerikanische Tariflöhne sondern führt zum Vergleich auch tarifliche Löhne für Deutschland an. Auch den Organisationsverhältnissen der Schuhmacher in Amerika sind einige Betrachtungen gewidmet. × Der Jahresbericht des Transportarbeiterverbands, Bezirk Groß Berlin, für das Jahr 1912 umfaßt 200 Seiten. Die 50 942 Mitglieder in Groß Berlin sind in 5 Sektionen eingeteilt, denen insgesamt 36 Branchen angehören. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge für die verschiedenen Branchen ist denn auch ausnahmsweise groß, zumal in diesen Berufen noch viele Verträge mit einzelnen Firmen vorkommen. Außer der meistens wörtlichen Wiedergabe der Tarifverträge enthält der Bericht tabellarische Übersichten über die Mitgliederbewegung und das Kassenwesen unter besonderer Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungszweige. Zum Schluß folgen graphische Darstellungen der Entwicklung des Verbandes.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

Elektrizitätsmonopol Vor 5 Jahren, als das große Reichsdefizit von 500 Millionen in die Erscheinung trat, wurde die Frage des staatlichen Elektrizitätsmonopols allen Ernstes erwogen. Ob die Mehrheit des Bülowblocks, in dem die Großindustriellen und andere Vertreter großkapitalistischer Interessen einen starken Einfluß hatten, für dieses wesentliche Stück Staatssozialismus zu haben gewesen wäre, ist zwar fraglich; aber heute zeigt es sich immer deutlicher, daß damals eine Unterlassungssünde begangen worden ist, indem die Regierung nicht wenigstens die Monopolisierung der elektrischen Kraft, der Elektrizitätserzeugung und -versorgung, betrieben hat. Heute reden auch die elektrischen Spezialfabriken dem Staatsmonopol das Wort, weil sie vom Privatmonopol erdrückt, einfach beiseite geschoben werden, während sie von einer staatlichen Regelung erwarten, daß auf sie Rücksicht genommen werde. Selbstverständlich ist das staatliche Elektrizitätsmonopol vor allem aus ganz anderen Gründen zu verlangen.

Tatsächlich wird der deutsche Elektrizitätsmarkt von 2 großen privaten Gesellschaften beherrscht: von der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* und den Siemens - Halske - Schuckert - Werken. Diese beiden Unternehmungen, die zusammen zirka 100 000 Arbeiter beschäftigen, haben in Deutschland eine Monopolstellung erlangt, und eine Konkurrenz kann ihnen von privatkapitalistischer Seite nicht mehr erstehen. Denn ein neues privates Unternehmen müßte sofort in der gleichen Größe und Leistungsfähigkeit der bestehenden Firmen auftreten, wenn es mit diesen konkurrieren wollte. Das ist unmöglich. Dagegen ist die Monopolmacht dieser beiden Gesellschaften gegenüber dem Staat und den Gemeinden keineswegs so bedenklich wie es bei oberflächlicher Betrachtung erscheint. Von den 2526 öffentlichen Elektrizitätswerken, die am 1. April 1911 in Deutschland bestanden, waren zwar nur 725 Werke in kommunalem oder staatlichem Besitz. Auch gehören die wesentlichsten Privatbetriebe einer der beiden oben genannten Gesellschaften. So besitzt allein die *Elektrizitätslieferungsgesellschaft* in Berlin, eine Tochtergesellschaft der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft*, Elektrizitätswerke in Bitterfeld, Briesen, Brotterode,

Köthen, Craiova, Dahme, Deidesheim, Eger, Elsterwerda, Freudenthal (Österreichisch Schlesien), Fürstenwalde, Lahr, Liebenwerda, Marktredwitz (Elektrizitätswerke Fichtelgebirge), Neuburg an der Donau, Neusalza (Elektrizitätswerk Oberlausitz), Oppenheim, Pleschen, Reichenau (Sachsen), Schwarzenberg (Elektrizitätswerk Obererzgebirge), Soest, Trebbin, Werl, Wolfenbüttel. Sie betreibt ferner pachtweise die Elektrizitätswerke in Hildesheim, Insterburg, Rathenow, Schleswig, Schweidnitz und Troppau. Und sie ist an vielen anderen Werken, sogenannten *gemischten Betrieben*, beteiligt; ich nenne nur: *Sächsische Elektrizitätslieferungsgesellschaft*, Aktiengesellschaft in Oberlungwitz, Elektrizitätswerk Eisenach, *Elbzentrale*, Aktiengesellschaft in Pirna, *Märkisches Elektrizitätswerk*, Aktiengesellschaft in Berlin, *Thüringer Elektrizitätslieferungsgesellschaft* in Gotha, Elektrizitätswerke Unterelbe, *Elektrizitäts- und Gasvertriebsgesellschaft* in Saarbrücken, Elektrizitätswerke Brandenburg, Elektrizitätswerke Fulda, Elektrizitätswerke und Straßenbahn in Königsberg, Elektrizitätswerke Schwandorf, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in München, *Elektromotor*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin, *Brennerwerke*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in München, *Licht- und Kraftwerke*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin, *Berliner Vorortelektrizitätswerke*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lausitzer Elektrizitätswerke, *Österreichische Elektrizitätswerke*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Eger. Die Vereinigung einer so großen Anzahl von Werken in ein einziges kapitalistisches Unternehmen sieht gewiß auch einem Gefahr drohenden Privatmonopol ähnlich. Und das Staatsmonopol wird dadurch um so notwendiger als es sich ja um Einrichtungen handelt, die dem »öffentlichen Interesse« dienen sollen. Aber dieses scheinbare Privatmonopol ist nicht so gefährlich wie es bei oberflächlicher Betrachtung aussieht, denn es wirkt nicht dem staatlichen Elektrizitätsmonopol entgegen sondern muß es, ob es will oder nicht, vorbereiten. Wäre das staatliche Elektrizitätsmonopol vor einigen Jahren geschaffen worden, so hätte sich nur die Entwicklung auf eine andere Art vollzogen, und der Staat hätte hohe Summen gewonnen, die nun den privaten Unternehmern zugeflossen sind.

Die Elektrizitätsindustrie, die für das

staatliche Elektrizitätsmonopol in erster Linie in Betracht kommt, die Elektrizitätserzeugung, arbeitet nicht auf dem Markt wie andere Industrien, sie hat ein abgegrenztes Gebiet, und ihre Abnehmer sind im wesentlichen die Gemeinden und der Staat. Für ihre Stromleitungen müssen sie auch Staats- und Gemeindefstraßen benutzen, und auch in anderer Hinsicht noch sind sie abhängig von den Gemeinden und vom Staat, deren Bedingungen sie sich unterwerfen müssen, deren Einfluß sie stets unterstehen. In den gemischten Betrieben haben die Gemeinden auch meistens die Macht in Händen. Und daß zum Beispiel auch das Elektrizitätswerk der Stadt Schöneberg unter Zustimmung der sozialdemokratischen Stadtverordneten von einem reinen Kommunalbetrieb in einen gemischten Betrieb umgewandelt worden ist, zeigt jedenfalls, daß diese Betriebsweise eine Erscheinung in der Entwicklung darstellt, die ihre Berechtigung hat, vielleicht sogar eine Notwendigkeit ist. Ohne Inanspruchnahme privaten Kapitals wäre selbstverständlich die moderne Entwicklung der Elektrizitätsindustrie auch bei einem Staatsmonopol nicht möglich gewesen. Das Monopol hätte nur die Bedeutung haben können, daß der Staat die Verwaltung hat und die Kapitalisten keinen höhern Gewinn erzielen als die Zinsen betragen. Aber ein solches Elektrizitätsmonopol, bei dem der Staat der alleinige Unternehmer ist, erscheint nicht einmal zweckmäßig und auch überhaupt nicht wünschenswert. Ein staatliches Elektrizitätsmonopol kann sich nur auf der Selbstverwaltung aufbauen, so daß die Gemeinden ihre Elektrizitätswerke selbst verwalten wie der Staat die seinen. Das hätte sich ebenso durch ein Reichsgesetz erzielen lassen, wie jetzt das Petroleummonopol, das den Staat und private Unternehmer in einer Organisation vereinigt. Da dies nicht geschehen ist, blieben die Gemeinden sich selbst überlassen; sie mußten die Hilfe der privaten Industrie in Anspruch nehmen, weil sie allein vielfach nicht in der Lage waren die Aufgabe zu erfüllen, die an sie herantrat.

Die Elektrizitätsindustrie hat in den letzten Jahren eine gewaltige Umwälzung erlebt. Kleine Elektrizitätswerke sind nicht nur unrentabel, sondern auch überhaupt unbrauchbar geworden, und nur noch große Kraftzentralen haben eine Berechtigung. Der Staat und große

Städte können solche großen Werke leicht errichten, nicht aber die kleineren Gemeinden, selbst wenn sie sich genossenschaftlich zu Zweckverbänden zusammenschließen. Es kommt hinzu, daß die neuen großen Werke in der Regel sofort notwendig werden; sie können sich nicht etwa allmählich entwickeln sondern müssen förmlich über Nacht aus dem Boden wachsen. Das konnten nur so leistungsfähige, gut eingerichtete Unternehmungen wie die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft* und die Siemens-Schuckert-Werke ermöglichen, weshalb sie auch von den Kommunen herangezogen wurden.

Diese Entwicklung der Dinge kann bedauert werden. Die Regierungen haben sie nicht zu fördern gesucht sondern ihr sogar entgegengewirkt. So hat die sächsische Regierung in einem Erlaß vom 29. Dezember 1911 die Gemeinden davor gewarnt ihre Elektrizitätswerke aus der Hand zu geben, und die sächsischen Aufsichtsbehörden wurden angewiesen streng darauf zu sehen, daß die Verträge der Kommunen mit den Elektrizitätsgesellschaften gewisse Bestimmungen enthalten. Eine ähnliche Stellung haben auch andere Bundesstaaten eingenommen. Und nun wird bereits die Forderung erhoben eine Reichszentrale zu schaffen, die den Gemeinden bei der Einrichtung einer Überlandzentrale durch private Unternehmer beratend zur Seite steht. Aber eine Ausschaltung der privaten Elektrizitätsgesellschaften wäre nur durch ein Reichsgesetz möglich, das dem Staat und den Gemeinden das Monopol der Elektrizitätserzeugung gibt.

Ein staatliches Monopol auf dieser Grundlage ist durch die scheinbare Monopolisierung der beiden großen Elektrizitätsgesellschaften eher erleichtert als erschwert worden. Die großen Städte und auch Bundesstaaten besitzen große Elektrizitätswerke, aber auch Kohlenfelder und Wasserkräfte, um die größten Überlandzentralen selbst schaffen zu können. Sie haben aber auch meistens die Möglichkeit die den privaten Gesellschaften gehörenden Kraftwerke in eigene Regie zu übernehmen, wenigstens nach einer Reihe von Jahren. Wenn dies nicht jetzt schon geschieht oder geschah, so vielfach deshalb, weil sie nicht stark genug dazu sind, oder in dem jetzigen Stadium der Entwicklung die gewählte Form des gemischten Betriebs nach jeder Richtung hin vorteilhafter ist. Die Klagen über das Pri-

vatmonopol der Elektrizitätsgesellschaften gehen im wesentlichen von der Installationsindustrie aus, weil die Elektrizitätsgesellschaften auch die Installation übernehmen und so die zahlreichen kleinen Unternehmungen vernichten. Ein Staatsmonopol müßte aber ebenfalls die Installation mit einbegreifen, wenn es die Vorteile genießen wollte, die jetzt die privaten Gesellschaften haben. Nur könnten in diesem Fall die Installationsgeschäfte Anspruch auf Entschädigung erheben, während sie zurzeit ohne weiteres ausgeschaltet werden können. Diese Entschädigungen können beim Staatsmonopol, auf der oben bezeichneten Grundlage der Selbstverwaltung, auch ruhig in Kauf genommen werden. Das Elektrizitätsmonopol verspricht, bei gleichzeitiger Verbilligung der Kraft, so große Gewinne, daß die nötigen Abfindungen nicht sehr ins Gewicht fallen. Auf dieses Monopol hinzuwirken ist jetzt wieder oder jetzt erst recht die beste Zeit.

× Eisenbahnen Das Verhältnis der Länge der Staatsbahnen zu der der Privatbahnen der Erde in Zahlen darzustellen ist im vorigen Jahr im *Archiv für Eisenbahnwesen* zum erstenmal für das Jahr 1910 versucht worden. Dieser Versuch ist jetzt für das Jahr 1911 wiederholt. Als Staatsbahnen sind dabei solche Bahnen angesehen worden, die im Eigentum des Staates stehen, einerlei ob sie vom Staat betrieben werden. Am Schluß des Jahres 1910 waren von 1 030 146 Kilometer Eisenbahnen 309 039 Kilometer Staatsbahnen, Ende 1911 von 1 057 809 Kilometer 320 651 Staatsbahnen; das Verhältnis hat sich also zugunsten der Staatsbahnen etwas verschoben. Während das Eisenbahnnetz der Erde gegen das Vorjahr um 27 663 Kilometer oder 2,7 % sich vermehrt hat, ist bei den Staatsbahnen eine Steigerung um 11 612 Kilometer oder 3,8 % eingetreten. In Europa und Asien sind mehr als die Hälfte der Eisenbahnen (Ende 1911 176 572 von 388 880 Kilometer und 68 318 von 105 011 Kilometer) Staatsbahnen. In Afrika (26 474 Kilometer Staatsbahnen von 40 489 Kilometer) und in Australien (29 317 Kilometer Staatsbahnen von 32 401 Kilometer) stellt sich dieses Verhältnis noch günstiger. Allein in Amerika, wo Ende 1911 von 541 028 Kilometer Bahnlänge nur 19 970 Kilometer Staatsbahnen waren, überwiegen

ganz bedeutend die Privatbahnen; das große Netz der Eisenbahnen der Vereinigten Staaten besteht überhaupt nur aus solchen. Von dem Gesamtnetz der Erde sind nicht ganz der 3. Teil Staatsbahnen.

× **Kurze Chronik** Für die Verstaatlichung der Bergwerksbetriebe sprach sich die 20. Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbands in Hannover am 2. Mai in einer Resolution aus, die einstimmige Annahme fand (siehe die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung* in diesem Band, pag. 630). × Von den neuen staatlichen Kraftwagenlinien in Sachsen sind am 20. Mai die Linien Plauen-Oelsnitz (13 Kilometer), Plauen-Falkenstein-Auerbach - Rodewisch - Rothenkirchen-Schönheiderhammer-Eibenstock (50 Kilometer) und Reichenbach-Falkenstein (25 Kilometer) eröffnet worden. × In Gemeinschaft mit dem *Reichsverband deutscher Städte* veranstaltete der *Bund deutscher Bodenreformer* in der Pfingstwoche in der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule einen Ferienkursus. Professor Adolf Wagner trat auch hier, wie auf dem 24. evangelischsozialen Kongreß am 15. Mai in Hamburg, für den Staatssozialismus ein: gegen den Mißbrauch des Grund und Bodens zu Spekulationszwecken müßte entschieden vorgegangen werden, und er bekenne sich im wesentlichen zu den Lehren der Bodenreform. Auch die durch Bismarck durchgeführte Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen und die Arbeiterversicherung seien in gewissem Sinn Sozialismus.

× **Literatur** Eine »bodenreformerische Veredelung« der Matrikularbeiträge versucht A. Damaschke in einer Abhandlung *Reichsfinanzreform und Bodenreform* in der Sammlung *Soziale Zeitfragen* /Berlin, *Bodenreform*/ zu begründen. Als Maßstab für die Höhe der Matrikularbeiträge soll der reine Grundwert gelten. Eine »Veredelung der Matrikularbeiträge« in diesem Sinn könne aller Finanznot ein Ende bereiten und erschlüsse zugleich die Möglichkeit die Grundwertsteuer in den einzelnen Staaten individuell zu gestalten. × Die 52 Seiten starke Broschüre *Für das Erbrecht des Reiches* /Berlin, *Grenzboten*/ von Georg Bamberger, Justizrat in Aschersleben, besteht aus 12 Aufsätzen, die der Verfasser in verschie-

denen Zeitschriften veröffentlichte. Das Erbrecht des Reiches ist für Bamberger »eine schöne, köstliche Sache«. × In einem Buch *Vertrüstung und Monopolfraße in der deutschen Elektrizitätsindustrie* /Mannheim, Bensheimer tritt Dr. Erich Strether gegen die Monopolisierungsbestrebungen in der Elektrizitätsindustrie auf, denen durch gemischte Betriebe, in denen Kommunalverbände mit der Privatindustrie arbeiten, begegnet werden könnte. Irgend einen neuen Beweis für die Vorteile der Privatwirtschaft oder die Nachteile der Staatsbetriebe vermag der Verfasser aber nicht zu erbringen. × Zur Frage des Petroleummonopols liegt wieder eine Anzahl von Schriften vor, die meistens aus Interessentenkreisen stammen: *Die Versorgungsmöglichkeit eines Reichspetroleummonopols*, Vortrag gehalten von R. Nöllenburg, dem Generaldirektor der *Deutschen Erdölaktiengesellschaft*, als Manuskript gedruckt; eine *Entgegnung auf den Vortrag des Herrn R. Nöllenburg und Die Leuchtöldisponibilität für ein deutsches Petroleummonopol*, eine zweite Ergänzung zu *Zwei Denkschriften zum Petroleummonopol* von Georg Spies /Berlin, Scholem; *Generaldirektor a. D. Spies und das Petroleummonopol*, eine Entgegnung von Dr. Hans Heymann, als Manuskript gedruckt; *Petroleum und Detailhandel* /Leipzig, *Reichsdeutscher Mittelstandverband*/; *Unsere Stellung zum Petroleummonopol* von der *Deutschen Erdölaktiengesellschaft*, als Manuskript gedruckt; *Das Reichsmonopol und der Kannenhandel*, als Manuskript gedruckt von dem *Verband deutscher Petroleuminteressenten*.

WISSENSCHAFT

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Renaissance Übersichtlich und fein gegliedert hat Karl Brandt in 8 lebenswarmen Vorträgen *Die Renaissance in Florenz und Rom* /Leipzig, Teubner/ diese Epoche auf. In 2 Jahrhunderten sprießt eine neue Kultur des Individualismus in Italien in Glanz und Schönheit auf, um dann jäh zusammenzubrechen. Am Ausgang des Mittelalters steht Dante, der auf das stärkste noch von den Gedanken der neu entstehenden Bettelorden der Dominikaner und Franziskaner gepackt wird. Aber diese Orden wirken sich im beweglichen Städteleben in sozial-karitativen Werken aus. »Die rein mensch-

lichen Dinge, die Not des Lebens, die Vergänglichkeit des Irdischen, vor allem der Gedanke des Todes werden immer erschütternder vorgetragen.« Mächtig wird von ihnen Giotto ergriffen. In Dantes *Göttlicher Komödie* wird noch einmal die ganze Weltanschauung des Mittelalters lebendig, und die neue Zeit offenbart sich nur in der großen Heerschau, die er »über die neue individualistische Gesellschaft« gibt. Er schuf die italienische Literatursprache, und seine Gelehrsamkeit und Gedankenfülle beeinflussen stark die Humanisten. Die materiellen Grundlagen der Kultur der Renaissance, die starken kapitalistischen Ansätze in den Städten sind von K. Brandi lichtvoll dargelegt. Neue Formen des rechtlichen und politischen Lebens gestalten sich in diesen Stadtstaaten: die moderne Diplomatie, die *auswärtige* Staatskunst, das Staatsbudget, die fürstlichen Kanzleien und Notariate treten in die Erscheinung. So weltlich aber auch diese ganze Kultur der Renaissance gerichtet zu sein scheint, nimmer entfremdete sie sich der Kirche. Den Protest gegen das asketische Seelenideal, den Spott gegen ein arbeitsscheues, gedankenloses Mönchtum darf man nicht als grundsätzliche Verneinung des Kirchenwesens deuten. Mit Recht sagt Brandi von dem Quattrocento, daß die Pietät gegen die überlieferten Ideen, der Glaube an die Ewigkeit und an die übersinnlichen Mysterien der Kirche blieb, und daß sich »der höhere Tätigkeitstrieb des Volkes noch immer in der kirchlichen Kunst befriedigte«. In diesem »eminent weltlichen Zeitalter« vermochte »nicht einmal neben der kirchlichen eine weltliche Kunst emporzukommen«. Und dann am Ausgang der Renaissance steht Michelangelo, der in seinen Schöpfungen die heiligen Gedanken des Mittelalters, die einfache große Offenbarung des Alten Testaments darstellt, der, wie ihm der Florentiner Vacchi nachrühmt, antike Schönheit mit dem Tiefsinn Dantes verbindet. Das kunstsinnige Florenz erlebte die Herrschaft des Mönches Savonarola und die »Verbrennung der Eitelkeiten«. Dem religiösen Moment in diesem Zeitalter der Renaissance hat Brandi besonders feinsinnig nachgespürt; und die verbreiteten Vorstellungen von einer Herrschaft eines kirchenfremden Heidentums, von einem allseitigen Atheismus der Humanisten müssen gegenüber seinen Darlegungen weichen. Der *Heiden* gab es wohl vereinzelte. So be-

zeichnete man zum Beispiel die Mitglieder der römischen Akademie des Pomponius Laetus als Heiden. »Man darf ebensowenig in dieser Weltkultur und bei diesen Päpsten«, so bemerkt einmal Brandi, »ein tieferes religiöses Leben suchen, als man überrascht sein darf über die Schärfe kirchlicher Streitigkeiten. Die Angriffe auf Mönchtum, Klerus und Kirchenstaat, die von Valla bis auf Erasmus hinab an Schärfe zunahm, sind ganz wesentlich vom Standpunkt der Politik oder der geschmackvollen Lebenshaltung aus unternommen. Die Spötter konnten dabei im Sinn der Zeit durchaus kirchlich sein.«

In dem Brandischen Werk sind von hinreißendem Enthusiasmus die Abschnitte über das goldene Zeitalter, über Raffael und Michelangelo Buonarroti getragen. Historisch richtig sind aus den Zeitverhältnissen heraus die Ideen des großen politischen Theoretikers Machiavelli beurteilt. Das Buch schließt mit einer kurzen Darlegung der Ursachen des Ruins der italienischen Kultur. Diese kurze Darlegung erschöpft natürlich den Gegenstand nicht.

×
Afrika

In Emil Ludwigs *Reise nach Afrika* / Berlin, S. Fischer/ durchstreifen wir unendliche Strecken des erst in unseren Tagen erschlossenen schwarzen Erdteils. Mit gleicher Virtuosität meistert die Ludwigsche Darstellungskunst das friedlich Paradiesische wie das ungeheuer Elementare der afrikanischen Landschaft. Aber über das Gigantische dieser urgewaltigen Natur triumphiert bei Ludwig der Mensch. Gerade die weltumwälzende europäische Arbeit in dem schwarzen Erdteil schließt sich uns bei ihm in ihrer heroischen Größe auf. Da lesen wir von der Ugandabahn, daß sie die afrikanische Küste mit dem Victoriasee und Uganda verbindet und in 42 Stunden eine Wegstrecke zurücklegt, zu der man einst 4 Monate brauchte. Und vor 30 Jahren war dieses vom Schienenstrang durchquerte Land noch jungfräulich, und auch heute liegt es noch meist in den ersten grünen Anfängen wirtschaftlicher Entwicklung. Unter den Eroberern Afrikas stehen die Stanley und Rhodes obenan. Als Schafhirt beginnt der Entdecker des Kongos, der, ein Bastard, als sozial Ausgestoßener 8 Jahre im Armenhaus geschmachtet hatte, seine Laufbahn. Er geht nach Amerika, wird dann Soldat

und steigt durch eine heldenhafte Tat zum Offizier auf. Seine Berichte von seiner Gefangenschaft in Syrien öffnen ihm den Weg zu einer glänzenden journalistischen Karriere, und als Reporter des *New Yorker Herald* begehrt er das kühne Wagnis Livingstone zu finden. Und dann entdeckte er den Kongo. »Was dieser Mann am Kongo in 999 Tagen an Seuchen, Meuterei, Gefahren überwunden, was er in 32 Schlachten gegen die Schwarzen durchgetrotzt, ist völlig einzig und bedeutet das Exempel auf das amerikanische Credo: Jede Schwierigkeit ist überwindlich.«

Ein napoleonischer Eroberer und Organisator steckt in Cecil Rhodes, dem Pfarrerssohn, der vom 32. Lebensalter an erst seine eigentliche Laufbahn beginnt, im 44. von schwindelnder Höhe stürzt und mit dem 49. seine Augen bereits schließt. Er gründet Rhodesia, das fast eine halbe Million Quadratmeilen umspannt, und faßt den ungeheuren Plan einer Kap-Kairo-Bahn. Das Heroisch-Kühne an dem Wirken eines Stanley und Rhodes hat Emil Ludwig mit ganzer Bildkraft gezeichnet, und das ist der fesselndste Teil seines Stücks afrikanischer Kolonialgeschichte. Hinter diese tritt das Kolonialpolitische in seiner Schrift stark zurück. Mit den Augen eines Peters schaut er auf die Neger herab, und die Werturteile, die er über die Welt der Schwarzen prägt, sind die eines europäischen Herrenmenschen. Und doch fehlt es ihm nicht an einer einschneidenden Kritik der *Kultur* der afrikanischen Großaktionäre und Aufsichtsräte der Minen von Johannesburg. Hier, wo »vor 30 Jahren die Buschböcke querfeldein sprangen«, wohnen jetzt 150 000 Einwohner. Aber was für eine *Kultur* schoß aus dem Boden der Goldstadt empor! Nach Transvaal wurden 1908 importiert: an Tabak und Alkohol für 625 000 Pfund Sterling und an Kulturgütern, Büchern, Bildern, Teppichen für 115 000 Pfund. Aber dieses Bild, meint Ludwig, ist noch günstig, weil Tabak und Bier auch im Land hergestellt, dagegen Kulturgüter nur importiert werden. Und diese *Kultur* baut sich zumeist auf der Massenvernichtung von Menschen auf. Da starben an der Schwindsucht 90 % der *miners* dahin. Sie beaufsichtigen in den Minen die Schwarzen und besorgen das Sprengen. Sie verdienen zwar 28 000 Mark das Jahr, aber der feine metallische Staub vernichtet ihre Lungen, und in 6 Jahren deckt sie die Erde. Der Verfasser

schließt mit einer stimmungsvollen Vision seine bewegte Darstellung: das Reiterstandbild des Rhodes taucht noch einmal bei seinem Abschied klar am Horizont auf. Rhodes sprengt erobernd dem Äquator, dem Nil zu. Immer belebter wird die Karte Afrikas. Vor 30 Jahren«, schreibt Ludwig, war die halbe Karte leer. Wenn wir in 30 Jahren wiederkehren, wird auch der letzte Fleck beleuchtet sein, und der Schwarze ist nichts anderes mehr als ein entsetzlicher Affe des Weißen. Dann ist die Romantik zum Teufel, dann herrscht hier eine fürchterliche Ordnung, und nach wiederum 30 Jahren sind wir überboten, wie von Amerika.«

Nach 30 Jahren ist Afrika erobert. Der internationale Sozialismus hat aber ein Lebensinteresse an der praktischen Lösung der Eroberungsfrage. Soll der schwarze Erdteil von einer Gaunerbande von Emporkömmlingen erobert werden, die aus wilder Gier und abenteuerlicher Verbrecherlust *Kultur* gestalten, Johannesburg *Kultur* gestalten, oder sollen in Afrika wirklich Reichtumsquellen zur Hebung der materiellen und geistigen *Kultur* der produktiven Klassen Europas und Afrikas erschlossen werden?

×
 Kurze Chronik Am 10. Juni waren 100 Jahre seit Verkündigung des bayrischen *J u d e n e d i k t s* verflossen. Das Edikt, obwohl es die allmähliche Gleichstellung der bürgerlichen Verhältnisse der Juden anbahnen sollte, enthielt immerhin noch in seinem § 12 die reaktionäre Ausnahmebestimmung, daß die Zahl der Judenfamilien an den Orten, wo sie dermalen bestehen, nicht vermehrt werden darf, vielmehr nach und nach vermindert werden soll, wenn sie zu groß ist«. Dieser Paragraph kennzeichnet die damalige kulturelle Rückständigkeit Bayerns treffend. In welchen Ghettoverhältnissen müssen aber die Juden Bayerns gelebt haben, daß sie schon dieses Edikt wegen seiner befreienden Wirkung freudig begrüßten. X In der Geschichte der internationalen Friedensbewegung hat das Auftreten Bertha von Suttners eine richtunggebende Bedeutung gehabt. Ihr Roman *Die Waffen nieder!*, der jüngst wieder eine neue Auflage erlebte, ist in mehr als 300 000 Exemplaren in Deutschland vertrieben und in 14 Sprachen übersetzt worden. Frau von Suttner regte Nobel zur Stiftung des Friedenspreises an. Auf die Entwicklung des Schiedsgerichtsgedan-

kens hat sie sicher einen bestimmenden Einfluß ausgeübt. In den Kreisen der Friedensfreunde ist daher ihr 70. Geburtstag am 2. Juni festlich begangen worden. × Der Historiker Erich Marks soll an Stelle Professor Heigels auf den historischen Lehrstuhl nach München berufen werden. Die wachsenden Machtansprüche des deutschen Klerikalismus sprechen sich klar in der Tatsache aus, daß angesichts dieser Berufung die Zentrumspresse fürchterlich entrüstet über die Zurücksetzung der Katholiken in Bayern tut.

× **Literatur** In der Sprache der Lutherischen Bibel redet der Buddha, den Hans Ludwig Held nach der chinesischen Übersetzung des aus dem Sanskrit stammenden *Buddha-Carita* des Acyaghosa zu uns predigen läßt. Eindrucksvoll, sicher, ist diese Predigt für uns; ob sie den Geist und Stil des Buddhaschen Evangeliums richtig trifft, das kann ich nicht entscheiden. Mit dem »Rankenwerk der indischen Betrachtungsweise« hat Held wenig Umstände gemacht, um der Übersetzung Theodor Schultzes ein biblisches Gepräge zu geben. Jedenfalls geht eine mächtige religiöse Wirkung von diesem Heldschen Werk aus, das er unter dem Titel *Buddha, sein Evangelium und seine Auslegung* im *Hans Sachs-Verlag* in München herausgegeben hat. Viele Stellen dieses Buddhaschen Evangeliums stimmen geradezu verblüffend mit den Evangelien des Matthäus und Lukas überein. × In seinem Werk *Hamburg und die französische Revolution* /Hamburg, Auer/ stellt Dr. H. Laufenberg eingehend, wenn vielleicht auch nicht erschöpfend die Beziehungen Hamburgs zur französischen Revolution dar. Er leitet seinen Gegenstand durch eine kurze Geschichte des englisch-französischen Gegensatzes ein. Etwas zu knapp bemessen hat er das Kapitel *Deutschland und der Osten Europas*. Den Quellen entnommen ist sein gründlicher Abriss über die Handelsverträge Hamburgs. Hier geht uns die Bedeutung der Handelsstadt und ihre enge, gewinnbringende Handelsverbindung mit Frankreich auf. So besaß Hamburg 1709 allein 400 Zuckerraffinerieen, die größtenteils französischen Rohrzucker verarbeiteten. Weniger als der französische Handel fiel der englische für Hamburg ins Gewicht. Die Napoléonische Herrschaft auf kaufmännischem und industriellem Gebiet hat Laufen-

berg in seinem Abschnitt *Das Kontinentalsystem* behandelt. Nach meiner Ansicht betonen einige Historiker in unseren Reihen zu stark den Revolutionär in Napoléon und sehen über den gewaltigen und gewalttätigen Cäsaren in ihm hinweg. Das drückende Abgabensystem im Hamburger Handel und Wandel, die Zollplackereien, die Polizeispionage, die Zensur sind drastisch von Laufenberg geschildert worden, und man muß diese Schattenseiten des Napoléonischen Regimes kennen lernen, um die revolutionären Ausbrüche gegen die Zollwächter und die Erhebung gegen die *Fremdherrschaft* zu verstehen. Unsere Kenntnis der Napoléonischen Herrschaft in Deutschland hat Laufenberg durch die Hervorhebung mancher neuen gewichtigen Tatsache bereichert.

Rechtswissenschaft / Otto Lang

Staatsangehörigkeit Die Frage nach Erwerb und Verlust der Staatszugehörigkeit hat heute eine ungleich größere Bedeutung als noch vor 30 oder 40 Jahren. Es hängt das im wesentlichen mit 3 Momenten zusammen: In erster Linie mit der starken Zunahme der Ausländer, die die moderne Völkerwanderung mit sich bringt. Dann will der Umstand gewürdigt sein, daß heute das Bürgerrecht sowohl nach der Seite der damit verbundenen Verpflichtungen wie der Berechtigungen einen reichern Inhalt als früher hat. Endlich kommt die rücksichtslose Behandlung in Betracht, die sich der lästige Ausländer aus politischen und militärischen Gründen häufig gefallen lassen muß.

Die für den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit geltenden Grundsätze weisen von Staat zu Staat erhebliche Verschiedenheiten auf. Allgemein anerkannt ist, was zunächst den Erwerb anlangt, der Grundsatz, daß die Staatsangehörigkeit durch Abstammung begründet wird: Sie vererbt sich nach dem *ius sanguinis* vom Vater auf die ehelichen oder nachträglich legitimierten Kinder, ohne Rücksicht auf den Ort der Geburt. Alle Staaten lassen ferner die Möglichkeit zu das Bürgerrecht durch Naturalisation zu erwerben, freilich unter sehr verschiedenen Voraussetzungen. Das deutsche Gesetz verlangt vom Erwerber den Nachweis, daß er gut beleumdet und imstande ist sich und seine Familie zu erhalten. Andere Gesetzgebungen fordern außerdem einen längern Aufenthalt: Die Schweiz und England einen solchen von 5 Jahren, Italien

von 6 Jahren. Die Vereinigten Staaten vollziehen die Naturalisation in 2 Stadien: Der Bewerber muß zunächst vor dem zuständigen Gerichtsschreiber die Erklärung abgeben, daß er die Absicht habe Bürger der Vereinigten Staaten zu werden. Es ist das die *declaration of intention*. Nach Ablauf von 2 Jahren kann der Bewerber seine Einbürgerung beantragen, die indes nur erfolgt, wenn er mindestens 5 Jahre lang in den Vereinigten Staaten gewohnt hat, gut beleumdet ist und die englische Sprache beherrscht. Dabei ist zu bemerken, daß schon die *declaration of intention* in manchen Bundesstaaten ein beschränktes Wahlrecht verleiht. Ein Recht auf Naturalisation wird nirgends anerkannt. Die zuständigen Behörden (in Preußen sind es die Oberpräsidenten) können stets, auch wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, ein Bürgerrechtsgesuch ohne Angabe von Gründen ablehnen.

Nun zeigt sich immer deutlicher, daß die ausschließliche Anwendung des *ius sanguinis*, also des Grundsatzes, daß die Staatszugehörigkeit in der Hauptsache nur durch die Abstammung begründet wird, zu Zuständen führt, die sowohl für den einzelnen als auch für den Staat lästig und bedrohlich werden können. Es ist widersinnig, daß der Ausländer, dessen Familie vielleicht schon seit Generationen in Deutschland wohnt, nicht in den deutschen Staatsverband aufgenommen wird, obgleich er nach seiner Sprache, seinen Gewohnheiten und Anschauungen längst ein Deutscher geworden ist. Eine verständige Einbürgerungspolitik, die sich nicht von einseitigen parteipolitischen und polizeilichen Rücksichten inspirieren läßt, wird nicht zögern denjenigen Ausländern, die sich in der neuen Heimat vollständig akklimatisiert haben, oder von denen anzunehmen ist, daß sie den derzeitigen Wohnsitz dauernd beibehalten werden, die Staatszugehörigkeit zu verleihen und so die tatsächliche Heimat zur Heimat im Rechtssinn zu machen.

In manchen Staaten ist das Territorialitätsprinzip, das heißt der Grundsatz, daß die Staatszugehörigkeit nicht nur durch die Abstammung sondern auch durch den Ort der Geburt oder einen Aufenthalt von bestimmter Dauer begründet wird, anerkannt. Zu diesen Staaten gehört leider das Deutsche Reich nicht. Es hat lediglich in einigen Staatsverträgen an das Territorialitätsprinzip eine äußerst bescheidene Kon-

zession gemacht. So findet sich im Staatsvertrag mit Nicaragua die Bestimmung, daß der in Deutschland geborene Sohn eines Nicaraguaners als Deutscher angesehen werden kann, wenn er nicht im ersten Jahr der Volljährigkeit den Nachweis erbringt, daß er seine militärischen Verpflichtungen erfüllt hat oder sie zu erfüllen im Begriff ist.

Der Grundsatz, daß der Ort der Geburt für die Nationalität bestimmend sein soll, hat namentlich in den romanischen Ländern und in den Vereinigten Staaten Anerkennung gefunden. Das französische Gesetz *Sur la nationalité* von 1889 und 1893 enthält die Vorschrift, daß das in Frankreich geborene Kind ausländischer Eltern als Franzose gilt, sofern auch nur ein Elternteil in Frankreich geboren ist. Trifft diese Voraussetzung nur in der Person der Mutter zu, so ist dem Kind das Optionsrecht, das heißt die Befugnis eingeräumt in dem auf die Volljährigkeit folgenden Jahr die französische Staatsangehörigkeit auszuschlagen. Ist der Vater in Frankreich geboren, so steht ihm das Optionsrecht nicht zu. Als Franzosen werden ferner die in Frankreich geborenen Kinder ausländischer Eltern behandelt, sofern sie im Zeitpunkt der Volljährigkeit ihren Wohnsitz in Frankreich haben. Auch England anerkennt das Territorialprinzip: Wer auf britischem Boden geboren ist, ist britischer Untertan, sofern er nicht für ein anderes Bürgerrecht sich entscheidet. Schweden und Dänemark stehen auf dem selben Boden, verlangen aber noch, daß die betreffende Person von der Geburt bis zum 22. Jahr ununterbrochen im Inland gewohnt haben muß. Die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten stellt den Grundsatz auf, daß alle in den Staaten geborenen Personen Bürger der Vereinigten Staaten und Bürger desjenigen Bundesstaates sind, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Eine ganz besondere Bedeutung hat die Einbürgerungsfrage für die Schweiz erlangt, wo die Zahl der Ausländer in den letzten Jahrzehnten sich viel stärker vermehrt hat als die schweizerische Bevölkerung. Die Volkszählung von 1910 ergab bei einer Gesamtbevölkerung von 3 741 971 Personen 565 296 Ausländer, so daß also von je 1000 Einwohnern 151 Ausländer sind. Namentlich in den Grenzkantonen hat sich das Verhältnis zwischen Inländern und Ausländern sehr zuungunsten jener verschoben. In Genf sind von je 1000 Einwohnern 414 Aus-

länder, in Baselstadt 384, im Tessin 283. Es läßt sich mit Sicherheit der Zeitpunkt berechnen, bis zu dem in manchen Gebietsteilen die Zahl der Ausländer diejenige der Inländer übertreffen wird, sofern nicht durch eine radikale Änderung der Einbürgerungspolitik Wandel geschaffen wird. Die Neigung des Ausländers sich einbürgern zu lassen ist in der Schweiz lange nicht so groß wie etwa in Deutschland, wo er viel mehr polizeiliche Plackereien zu gewärtigen hat. Aber für die Schweiz ergeben sich aus diesem großen Anteil des ausländischen Elements mannigfache Gefahren wirtschaftlicher und politischer Art. Die Einsicht, daß diesen durch das Mittel der Zwangseinbürgerung begegnet werden muß, ist in allen Parteien vorhanden. Der Reichstag hat sich mit einer Revision des veralteten Staatszugehörigkeitsgesetzes von 1870 beschäftigt. Das Ergebnis der Beratungen ist sehr unerfreulich. Namentlich ist zu bedauern, daß in mehrfacher Richtung die Erwerbung der Staatsangehörigkeit erschwert wird. Alle Versuche das Gesetz freiheitlicher auszugestalten und den kulturellen und rein menschlichen Anforderungen neben den engherzig politischen zur Anerkennung zu verhelfen blieben erfolglos. Jetzt ist die Verleihung der Staatszugehörigkeit Sache der einzelnen Bundesstaaten. Nun soll in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach gegen die Einbürgerung eines Ausländers jeder Bundesstaat Bedenken erheben darf, über deren Berechtigung der Bundesrat zu entscheiden hat. Das bedeutet nichts anderes als die Übertragung der engherzigen Praxis der preußischen Oberpräsidenten auf das ganze Reich. Es sei noch hinzugefügt, daß im Jahr 1910 in Deutschland 1 259 873 Ausländer gezählt worden sind, gegenüber 778 737 im Jahr 1900. Von je 1000 Einwohnern waren also im Jahr 1900 nur 14 Ausländer, im Jahr 1910 waren es 19. In dem 10jährigen Zeitraum hat sich die gesamte Bevölkerung um 15 % vermehrt, die Zahl der Ausländer dagegen um 62 %.

× **Todesstrafe** ×
 In den 5 Jahren von 1907 bis 1911 sind in Preußen 3976 Personen durch Mord oder Totschlag ums Leben gekommen, im Jahresdurchschnitt also 795 Personen. Im gleichen Zeitraum sind 85 Todesurteile vollstreckt worden (81 an männlichen und 4 an weiblichen Personen), das sind im Jahresdurchschnitt 17. Auf

die einzelnen Jahre verteilen die Hinrichtungen sich sehr ungleichmäßig; im Jahr 1908 waren es 10, im Jahr 1910 waren es 22. Die Zahl der Todesurteile, die nicht vollstreckt sondern in lebenslängliche Freiheitsstrafe umgewandelt wurden, mag etwa doppelt so groß sein. Überblickt man einen längeren Zeitraum, so ergibt sich, daß die Zahl der Todesurteile eine starke Abnahme erfahren hat. In den Jahren 1882 bis 1886 sind durchschnittlich 76 Todesurteile gefällt worden, in den Jahren 1897 bis 1901 nur noch 42, und im Jahrfünft 1902 bis 1906 sank die durchschnittliche Zahl auf 37. Also in 20 Jahren eine Verminderung um 100 %. Da im geltenden Strafgesetzbuch die Todesstrafe nicht wahlweise sondern absolut angedroht ist, und heute die Zahl der Mörder, die nicht entdeckt werden, verhältnismäßig nicht größer sein wird als früher, so darf unbedenklich aus dem Rückgang der Zahl der Todesurteile auf eine entsprechende Abnahme der todeswürdigen Verbrechen geschlossen werden. Nun ist das Anwendungsgebiet der Todesstrafe in den letzten 40 Jahren nicht erweitert worden, und auch die Aussicht auf die Begnadigung wird heute nicht größer sein als früher. Daraus ergibt sich, daß die geringere Häufigkeit der Mordtaten nicht etwa auf die abschreckende Wirkung der Todesstrafe zurückgeführt werden darf, sondern daß sie ihre Ursache in anderen Momenten hat, die außerhalb des Strafrechts liegen. Anlaß zu diesen und ähnlichen Betrachtungen geben die Bemerkungen, die manchenorts an den Fall Sternickel geknüpft worden sind. Nicht nur in der Tagespresse sondern auch in wissenschaftlichen Zeitschriften stieß man auf die Behauptung, jener Fall beweise die Unentbehrlichkeit der Todesstrafe. Der Satz ist gerade so unrichtig wie es die gegenteilige Behauptung wäre: die Todesstrafe sei entbehrlich, weil ihre Androhung von der Verübung so schwerer Verbrechen nicht abgehalten habe.

× **Bestrafte Personen** ×
 Eine interessante Untersuchung hat Dr. Finkelnburg, der Direktor des Gefängnisses in Moabit, angestellt. Er versuchte zu ermitteln, wie viele Personen der gegenwärtigen Bevölkerung in Deutschland wegen Vergehen oder Verbrechen gegen Reichsgesetze schon einmal bestraft worden sind. Seine Berechnung baut sich auf folgenden Zahlen auf: Die Zahl der Personen, die von 1882 bis

1910 von den deutschen Gerichten wegen Verbrechen oder Vergehen erstmalig verurteilt worden sind, wird von der Statistik auf 7 541 284 angegeben (Rückfällige sind also dabei nicht mitgerechnet worden). Davon ist natürlich ein erheblicher Teil gestorben. Von der etwas willkürlichen Annahme ausgehend, daß die Sterblichkeit unter den bestraften Personen etwa doppelt so groß wie die durchschnittliche Sterblichkeit sei, schätzt Finkelnburg die Zahl der Verstorbenen auf 2 569 178 und die Zahl der noch Lebenden auf 4 492 106. Da von diesen ein Teil ausgewandert ist, und da ferner vermutet werden muß, daß unter denjenigen Verurteilten, die die Statistik als Erstbestrafte aufführt, sich manche befinden, die ihre Vorstrafe verheimlichten, so macht der Verfasser einen weitem Abzug von 622 339. Danach befanden sich unter der Bevölkerung des Jahres 1911 ungefähr 4 Millionen, die wegen Vergehen oder Verbrechen gegen Reichsgesetze bestraft worden sind. Setzt man diese Zahl ins Verhältnis zur strafmündigen Bevölkerung, so ergibt sich, daß jede 12. Person schon einmal eine Strafe erlitten hat. Unterscheidet man nach Geschlechtern, so verschiebt sich das Verhältnis begreiflicherweise sehr zu ungunsten der Männer. Von den männlichen Strafmündigen hat, wenn anders nicht starke Fehler in Finkelnburgs Rechnung sich eingeschlichen haben, fast jede 6. Person eine Strafe in ihrem Leumundszeugnis, von den weiblichen Strafmündigen etwa jede 25.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Zahlen unwahrscheinlich hoch, und dennoch sieht man nicht ein, wo eine das Ergebnis erheblich beeinflussende Korrektur anzubringen wäre. Bestätigen die weiteren Untersuchungen, zu denen Finkelnburgs Buch hoffentlich den Anstoß geben wird, dieses Resultat, so wird daraus für Rechtsprechung und Gesetzgebung eine Reihe wichtiger Konsequenzen zu ziehen sein. Die wichtigste ist die Mahnung mit dem Erlaß neuer Strafandrohungen sparsamer zu verfahren.

× **Kurze Chronik** Auch in den letzten Jahren hat laut der mit dem Jahr 1911 abschließenden Statistik derjenigen Gefängnisse, die der Justizverwaltung unterstellt sind, der Gefangenbestand wiederum erheblich abgenommen. Es gilt das namentlich von den Frauen und den Jugendlichen. Die Zahl der Frauen, die eine Gefängnisstrafe verbüßen, ist seit 20

Jahren von rund 57 000 auf 23 000 zurückgegangen; die Zahl der männlichen Sträflinge von 172 000 auf 155 000. Eine starke Verminderung erfuhr auch die Zahl der Untersuchungsgefangenen: Sie betrug 1908 163 933, im Jahr 1911 dagegen nur 144 811. × Aus der Antwort des Bundesrats auf die vom Reichstag gefaßte Resolution gegen das Duellwesen geht hervor, daß der Regierung jeder Wille zur Anwendung wirksamer Mittel fehlt. Die Vertröstung auf die künftige Strafrechtsreform kommt einer Absage gleich. × Der Versuch Mecklenburg zu einer neuen Verfassung zu verhelfen ist neuerdings am Widerstand der Ritterschaft gescheitert. Einen Ausweg aus dieser Kalamität weist Artikel 76 der Reichsverfassung. Er bestimmt, daß Verfassungsstreitigkeiten im Weg der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen sind, wenn nach der Verfassung des betreffenden Bundesstaats die Entscheidung nicht einer Behörde übertragen ist. × Wie erinnerlich, wurden die Landtagsabgeordneten Borchardt und Leinert seinerzeit wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 100 und 50 Mark Buße verurteilt. Sie sollten sich dieser Vergehen dadurch schuldig gemacht haben, daß sie sich der Aufforderung des Präsidenten den Sitzungssaal zu verlassen widersetzen. Das Reichsgericht hat nun die Revision dieses Urteils mit einer sehr anfechtbaren Begründung verworfen. × An den juristischen Fakultäten der preussischen Hochschulen studierten im letzten Winter 30 Frauen.

× **Literatur** In 11 Abhandlungen erschien *Das gemeine Recht Englands and Nordamerikas* von Dr. O. W. Holmes (den die Berliner Universität kürzlich zum Ehrendoktor ernannte), übersetzt von Professor Dr. R. Leonhard /Leipzig, Duncker & Humblot/. Den Eindruck der Überlegenheit der amerikanischen Jurisprudenz über die deutsche wird das Buch nicht erwecken. × *Widersprüche in der Literatur und Praxis des schweizerischen Staatsrechts* /Zürich, Orell-Füßli/ behandelt der Baseler Professor Dr. H. von Frisch. In der Hauptsache handelt es sich weniger um Widersprüche als um Kompetenzüberschreitungen der Behörden, zu denen das praktische Bedürfnis verleitet. × Mit den Gewerkschaften beschäf-

tigt sich Dr. Sophie Klärman in den von Schmoller und Sering herausgegebenen *Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen* /Leipzig, Duncker & Humblot/ (*Die freien Gewerkschaften in Gesetzgebung und Politik*). Im 1. Teil schildert sie das Verhalten des Reichstags zu den Gewerkschaften, der 2. schildert (unter Verzicht auf alle theoretischen, grundsätzlichen Erörterungen) das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei. Nach dem Vorwort soll diese Untersuchung, in der das einschlägige Material mit großem Fleiß zusammengestellt ist, die Grundlage für die Beantwortung der Frage schaffen, ob »eine Abwehrstellung gegen Arbeiterberufsvereine als sozialdemokratische Hilfsorgane« heute noch Berechtigung habe. Die Antwort wird schüchtern (wie es sich für eine Dissertation geziemt) und nicht sehr klar am Schluß des Buches in 10 Zeilen dahin gegeben, die Gesetzgebung werde sich heute anders zu den Gewerkschaften stellen müssen als vor 10 Jahren. × In der Monographie *Verrufe* /Leipzig, Duncker & Humblot/ gibt Paul Dehn eine fleißig bearbeitete geschichtliche Darstellung der wichtigsten Verrufe, zunächst der Verrufe in den wirtschaftlichen Kämpfen, und im Anschluß daran die Stellung der Gesetzgebung und der Rechtsprechung zum Verruf, sodann die Verrufe im Völkerleben und das Verhalten der Diplomatie zu diesem Kampfmittel. × *Das Organisationsrecht der Arbeitnehmer* ist ein anregender Vortrag betitelt, den Rechtsanwalt Dr. Halpert auf dem 4. Parteitag der *Demokratischen Vereinigung* zu Nürnberg gehalten hat, und der von der *Demokratischen Verlagsanstalt* in Berlin herausgegeben wurde. × Mit dem gleichen Thema beschäftigt sich Dr. Hugo Heinemann in der Studie *Neue Fesseln für das Proletariat durch die Strafgesetzgebung* /Berlin, Vorwärts/. Auch er weist auf die Gefahren hin, die dem Koalitionsrecht in der Strafrechtsreform drohen. × Eine kurze und lesbare, vom Arbeitersekretär Paul Block verfaßte *Geschichte des Koalitionsrechts* enthält das 23. Heft der *Volksschriften des Nationalvereins für das liberale Deutschland* /München, Nationalverein/. × Von dem von Professor J. Jastrow herausgegebenen *Textbüchern zum Studium über Wirtschaft und Staat* /Berlin, G. Reimer/ ist unter dem Titel *Arbeiterschutz* das 2. Bändchen erschienen. Es enthält außer den gesetzlichen Vor-

schriften über den Dienstvertrag, den Arbeiterschutz und die Gewerbegerichte eine größere Zahl von Dokumenten zur Geschichte des Arbeiterschutzes, wie die die Handwerker und Zünfte angehenden Vorschriften des preußischen Landrechts von 1794, das erste englische Arbeiterschutzgesetz von 1802, die päpstliche Enzyklika über die Arbeiterfrage und andere Urkunden, die zur Hand zu haben man oft froh ist. × Der Verlag C. L. Hirschfeld in Leipzig hat eine Textausgabe der *Gewerbeordnung* nach dem Stand vom 1. April 1912 veranstaltet, deren Brauchbarkeit dadurch erhöht wird, daß die die Gewerbeordnung ergänzenden Gesetze, wie das Kinderschutzgesetz, das Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz mit abgedruckt wurden. Das 300 Seiten starke Buch empfiehlt sich auch durch den sehr billigen Preis von 1,20 Mark. × In der von Emil Roth (Gießen) verlegten *Sammlung deutscher Reichsgesetze* ist das *Reichsversicherungs-gesetz* für Angestellte und das *Strafgesetzbuch* mit der Novelle vom 19. Juni 1912 erschienen. Die Ausgaben zeichnen sich durch die zweckmäßige typographische Ausstattung aus. × Dr. Walter Kaskee und Dr. Fritz Sitzler, Hilfsarbeiter im Reichsversicherungsamt, haben einen *Grundriß des sozialen Versicherungsrechts* veröffentlicht /Berlin, Springer/, der als Führer auf diesem weitschichtigen Gebiet vortreffliche Dienste leistet. Der 1. Teil enthält die allgemeine Lehre vom Entschädigungsanspruch; die folgenden Teile behandeln die Krankenversicherung, die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, die Unfallversicherung und den Versicherungsprozeß. Der Stoff ist übersichtlich gruppiert, die Darstellung klar und verständlich. × In dem *Jahrbuch des Versicherungsrechts* /Stuttgart, Kohlhammer/ sammelt Dr. H. Th. Soergel alle Entscheidungen zum Arbeiterversicherungsrecht, übersichtlich nach der Paragraphenfolge geordnet. × *Die Rechtsansprüche des Arztes aus der Arbeiterversicherung* hat Dr. Franz Xaver Full zum Gegenstand einer Monographie gemacht /Jena, G. Fischer/, in der er auch eine ausführliche Schilderung des Kampfes zwischen den Ärzten und Krankenkassen gibt. × Die Erinnerung an die gerichtlichen Nachspiele des Bergarbeiterstreiks wird durch 2 vom Bergarbeiterver-

band herausgegebenen Broschüren festgehalten: *Die Streikjustiz im Ruhrrevier* und *Stenographischer Bericht vom Prozeß des Dr. Levi, Neumann und Schoreck*. × *Der Neue Frankfurter Verlag* veröffentlichte, als Streitschrift gegen den Katholizismus, einen ausführlichen Bericht über den *Klosterprozeß von Czentochau*, auf Grundlage der Gerichtsverhandlung dargestellt von P. Laskowski.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Berlin: Große Kunstausstellung 1913 Mit der *Großen* ist es immer wieder das selbe

Ding. Immer wieder fragt man sich: Woher diese trostlose Langleiwe, die einen fast in allen Sälen nicht losläßt, und die die vielen wirklich guten Bilder, die da sind, einfach entwertet? Eines zieht das andere herunter, und nie scheint einem die Kunst so sinnlos und so zwecklos wie hier. Und das alles, wie gesagt, trotz der sehr vielen guten Bilder. Ich kann es mir nur damit erklären, daß alle diese Bilder auf Dinge Antwort geben, die wir jetzt gar nicht wissen wollen. Jede Zeit muß doch ihre bestimmten Themen haben, an denen sie arbeitet, so in der Wissenschaft, im Gesellschaftsleben wie in der Kunst, und die Ewigkeitswerte der Kunst, von denen man so viel spricht, können ihren Sinn wohl nur in den weitesten Überblicken behalten. Was wir jetzt von der Kunst merken, ist ein ständiges Kämpfen. Als die *Sezession* sich gründete, gab die *Große Berliner Kunstausstellung* wohl noch Piloty oder Anton von Werner und andere, und da jetzt die Ziele der damaligen *Sezession* gangbare Münze geworden sind, finden wir sie an allen Wänden der *Großen* wieder vertreten. Gute Landschaften in Menge. Und ganz bestimmte Motive sind es, die auch wieder so gut und ausgiebig bearbeitet sind; zum Beispiel die sehr starken, kräftigen dunkeltonigen Farben, wie sie bei nasser Luft zu sehen sind, die die Formen dabei vereinfachen und zusammenschließen, wie auf den ausgezeichneten Bildern von Hartig. Oder man denke an das oft wiederholte Motiv von Häusern und Bäumen von der Abendsonne beschienen, auf denen das Licht vollständig zur Farbe geworden ist, oder auch Schneebilder in Sonne. Das sind alles Dinge, die so gut gegeben sind wie es eben nur möglich ist,

und was diese Maler wollten, was sie sahen, haben sie auch nachgeschaffen, voll von Leben und wahrer Beobachtung. Und doch geht man schließlich an ihnen vorbei wie auf der Suche nach etwas anderm, das vielleicht, auch bei viel geringerm Können, doch uns mehr berühren würde, wenn wir es sähen. Es mag wohl ähnlich sein, wie wenn wir im März, mit Frühling in den Gliedern, noch schöne Wintertage haben. So schön sie auch sind, man sieht sie nicht. Übrigens ist es doch auffällig, daß das, was wir so lebhaft als moderne Kunstprobleme empfinden, sich doch fast ganz auf Paris und Berlin zu beschränken scheint, und daß unsere *Sezession* in erster Reihe wohl als Ausdruck ihrer Tendenzen zu nehmen ist. Wenigstens scheint es so nach der *Großen Kunstausstellung*, die zum Teil nach Städten gruppiert ist. Die kleineren Städte bestreiten keineswegs ihr Leben vorwiegend von den Ausstrahlungen der großen Zentren, sondern es findet sich in ihnen oft durchaus selbständig gerichtete Lebenskraft. Wenn auch München, nach dieser Ausstellung wenigstens, recht abgestorben scheint (es bleibt immer in seiner schönfärberischen, oberflächlichen Art), so liegt es doch mit Weimar und Karlsruhe wesentlich anders. Besonders in den Werken der Weimarer Gruppe ist lebhaftes und gegenwärtiges Leben voll kräftiger Arbeit, und dabei ist ihre Arbeit ganz anderswohin gerichtet als wir hier es kennen. Sie sind ein Zentrum für sich, außerhalb des Stroms, und verlangen mit Recht für sich Einstellung und Anpassung auf ihr Wesen. Vor allem ist da Egger-Lienz mit seinem Hausbau, ein gutes Bild von Klemm, dann zwei sehr angenehme Mädchenakte von Gari Melchers, fabelhaft einfach und wahr, ohne alle Mache und Routine. Und diesen selben wahren Eindruck, vielleicht in noch höherm Maß, gibt das große Bild von Lamprecht. Es sind nur Birkenstämme im Schnee, fast in wirklicher Größe und mit Strenge und Ehrfurcht gemalt.

Immer wieder die selben Rätsel aber gibt die retrospektive Abteilung auf; wir sehen da Bilder von einstigen Revolutionären der Kunst hängen, wie zum Beispiel das Porträt von Gussow, und fühlen nicht einen Schimmer mehr von dem Sturm, der damals durch ihre Seele gegangen sein muß. Die Bilder sind uns nur traditionell und fast konziliant, und höchstens das Porträt

Stauffer-Berns von dem Musiker Löwe zeigt in seiner Strenge eine gewisse Halsstarrigkeit. Und Klingers *Pietà*? Sie ist sicherlich schön, mit der ruhigen weißen Mauer und dem Kranz von Baumwipfeln im Hintergrund, und doch bleibt auch sie uns heute fremd. Nur mit Anton von Werner liegt es komischerweise anders. Er, an den man in keiner Weise mehr mit Kunstansprüchen herangeht, und gegen den zu polemisieren keiner mehr nötig hat, hat entschieden gewonnen. Wir sehen ihn jetzt an wie ein altmödisches harmloses Bilderbuch und freuen uns über die Maßen, wie deutlich alles gemacht ist, und wie schön es zu erkennen ist. Die *pièce de résistance* ist diesmal *Stuck*, und er hat jedenfalls, so viel sich gegen ihn sagen läßt, den Vorzug nicht langweilig zu sein. Er vermag die Leidenschaftlichkeit seiner Seele und die Kraft der Lust durchaus auf uns zu übertragen, und das ist schon immer etwas, wofür man dankbar sein kann. Überall fühlen wir die stark bewegten und verliebten Sinne durch. Nur in den Bildern, die ins Pathetische gehen, ist die Roheit seiner Mache nicht zu ertragen. Es sind das Theatereffekte der allerschlimmsten Sorte, sowohl in der oberflächlichen Stilisierung der Formen als auch in der Beleuchtung. Überhaupt hat er in seinen Beleuchtungen eigentlich durchgehend Theaterlicht, und das Dekorative, das er in Farben und Licht gibt, steht für mich in unangenehmem Kontrast zu der starken Modellierung seiner Körper, wodurch die dekorative Wirkung fast immer in das Theaterhafte gezerzt, und auch zugleich die Raumwirkung fast ganz zerstört wird. Übrigens gibt es ein Bild aus seinen jungen Jahren, das nichts von diesen Schwächen an sich hat. Es heißt *Zweikampf*: Eine kahle weißliche Halle, in der Mitte von einer Säule getragen, vor der das Mädchen steht, frech und stolz, getragen von dem Bewußtsein, daß die beiden schwarzen Männer rechts und links ihretwegen gleich aufeinanderfahren werden. Dieser Moment, so ruhig er an sich ist, hat kolossal viel latente Kraft und Spannung. Auch ist an *Stuck* noch durchaus lobend hervorzuheben, daß er meines Wissens der erste gewesen ist, der die Antike so ganz ohne die Distanz des großen Stils gesehen hat, und das Witzige, zum Beispiel ihrer Vasenzeichnungen, verstand und benutzte. Vor allem hat er auch in der Polychromie der Plastik viele sehr ge-

scheite Versuche gemacht, über die wir vielleicht noch gar nicht hinausgekommen sind.

× **Mohammedanische Kunst** ×
Cassirer hat zum zweitenmal eine Ausstellung mohammedanischer Kunst veranstaltet. Nachdem vor 2 Jahren in erster Reihe Keramiken zu sehen waren, ist jetzt eine sehr große Anzahl von Buchillustrationen ausgestellt. Die Wirkung, die sie auf mich ausüben, ist wieder die selbe starke, und wenn ich versuche den Grund von diesem ganz überlebendigen Eindruck zu fassen, scheint weiter nichts übrigzubleiben als ein im Innersten ganz verschiedenes Verhältnis zur Kunst: Es ist gerade, als sei sie in unseren Lebensregistern ganz woanders eingetragen als dort, und diese Vorstellung drängt sich mir jetzt allenthalben auf. Was ich meine, ist etwa dies: Die Kunst des Islam hat die großen Wandlungen der Renaissance, die die Kunst eigentlich vom Leben abschneidet, sie als Selbstzweck postulierte und in gewissem Sinn damit die ganze Welt zum Modell degradierte, nicht mitgemacht. Ihre Stellung ist dort eine erheblich bescheidenere geblieben und in ihrem Wesen wohl vielfach ähnlich unserer Kunst des Mittelalters. An tausenderlei Beziehungen knüpft sich die Kunst in beiden Fällen an. Entweder erzählt sie etwas wie in diesen Buchillustrationen und spielt mit Phantasie und Empfindung, oder sie untersteht sich vollständig der Kirche. Sie macht dann Heiligenbilderchen, und um sie uns möglichst nahe zu halten und nichts dazwischen zu lassen, zieht sie ihnen oft Kleider und Flitterkram an, der aus unseren Kleidern genommen ist. Oder auch sie erzählt die Wunder eines Heiligen und will weiter nichts als sie nur glaubhaft machen. Ein andermal baut sie auch allerhand kleine Spielereien auf, wie von den mittelalterlichen Museen erzählt wird, wo im Kleinen ein ganzes Bergwerk etwa zu sehen ist, wenn möglich noch von einem Uhrwerk bewegt. Im *Grünen Gewölbe* zu Dresden gibt es eine Miniatur, bei der wie auf einer Theaterbühne die Hochzeit eines indischen Fürsten in Porzellan, Email und Edelsteinen zu sehen ist. Gewiß wäre es auch möglich sie zu malen, aber hier kann man sich doch in den Raum hineindenken, man kann hierhin und dorthin gehen, und es ist keine visuelle Täuschung mehr sondern im gewissen Sinn doch gegenständlich wahr.

Und diese Freude am Gegenständlichen, die meist mit argem Hochmut abgetan wird, sitzt doch einmal im Blut der Menschen, und sie lugt an allen Ecken und Kanten immer wieder hervor. Sie ist es auch gerade, die jene Kunst so durchaus lebendig macht. Ob künstlerisch gut oder nicht gut, fragt man vorerst gar nicht, sondern man ist eben von ihr eingeschlossen und an tausend Fäden gehalten, darum auch gottlob nicht gelangweilt wie etwa auf unserer *Großen Berliner Kunstausstellung*. Und das ist eben das überaus Entzückende an den Islambüchern, daß sie durchaus darauf gerichtet sind zu erzählen, und daß wir viel zu wenig von ihrem Geschichtsgeschwirr kennen, um sie wirklich ganz zu verstehen.

Übrigens hängt mit dem Erzählungszweck dieser Kunst in gewissem Sinn wohl auch die hohe Wertung der Lokalfarbe und die bei weitem größere Nuancierung auf diesem Gebiet zusammen. Denn schließlich muß ja der Subjektivismus der modernen Malerei eine gewisse Verarmung mit sich bringen. Wenn alles ausschließlich vom Beschauer ausgedacht ist und in Beziehung zu ihm, dann muß die Farbe sich im Grunde auf bestimmt präzierte Eindrücke reduzieren, die aber dann natürlich nur ein viel flüchtigeres und visionärer Leben haben können als wir der Lokalfrage zuschreiben würden. Eigentlich müßte ja ein Tafelbild in seiner Farbenharmonie sich mit einem Blick überschauen lassen, während diese Kunst fast immer ein Nacheinander verlangt. Sie will im einfachsten Sinn besehen werden, will zeigen, wie schön die und jene Frau gewesen ist, und was sie etwa für Kleider hatte, und nicht nur die Augen soll man auf tun sondern auch seine ganze Fabulierlust und alle seine Sinne. Oft soll man sogar noch zu sehen bekommen, was hinter manchen Ecken geschieht, und darum diese kindliche Vergrößerung des Gesichtsfeldes, die, um möglichst wenig eingeschränkt zu sein, alles über einander aufbaut. So ist der Horizont meist von einem hohen Hügel gebildet, über den oft noch Menschen und Tiere hinübergucken. Das Terrain ist übrigens meist nicht hell wie bei den Japanern sondern dunkel und mit äußerster Liebe in das Detail ausgeführt. Hierdurch erscheinen natürlich die Menschen viel mehr in ihr Umher aufgenommen und in nichts isoliert. Merkwürdig sind die Männer mit ihren süßen Frauengesichtern, besonders die jungen Prin-

zen auf den Kampfbildern. Und wenn auch, in dieser Auswahl wenigstens, verhältnismäßig wenig von Liebesdingen gehandelt ist, so macht alles doch einen stark erotisch durchtränkten Eindruck.

× **Berliner Ausstellungen** × Aus den selben Gründen, die mir diese lebendige Kleinkunst so lieb sein lassen, möchte ich auch auf die Plastiken hinweisen, die Klara Siewert bei Caspar ausgestellt hat. Außer den geistreichen kleinen Wachsfiguren bringt sie jetzt in dem selben Format Porzellanporträtstatuetten, aus denen ganz das selbe bewegliche Leben spricht, wengleich sie durch die Vereinfachung der Farbe ein klein wenig mehr in Distanz gehalten sind. Dafür hat aber das Material sehr lustigen Reiz, und für Porträtzwecke ist die Art sicher besonders gut geeignet. Es wird eben nur der Eindruck von Haltung, Bewegung und überhaupt von dem ganzen Habitus gegeben, wodurch sicherlich oft das Erinnerungsbild lebendiger getroffen ist als mit dem Versuch einer Wiedergabe aller geistigen und seelischen Qualitäten.

H. Walden hat als letzte Jahresausstellung eine Kollektion Severini gebracht. Mir ist es doch unverständlich, wie eine lebenskräftige junge Kunst, die sich meinewegen unter dem Namen der Expressionisten zusammenfassen läßt, in irgendeiner Weise mit den Futuristen zusammengehen mag. Ich sehe in den Formen Severinis nicht etwa Symbole, wie er es nennt, sondern bestenfalls Schulbeispiele für irgendwelche physiologischen Experimente. Daß diese Beispiele in ihrem Schulsinn richtig und auch geistreich sind, ist klar, aber es ist auch klar, daß sie nichts von Kunsterfassen in sich haben. Im Gegenteil, sie sind intellektuell, so einzeln herausgeschnitten wie nur irgend möglich.

× **Kurze Chronik** × Unter dem Namen *Freunde graphischer Kunst* hat sich eine Vereinigung von Künstlern und Kunstfreunden zusammengetan, deren Ziel die Förderung der Originalgraphik ist. Der Jahresbeitrag beträgt 20 Mark, und eine Reihe Originalwerke unserer besten Graphiker gelangen jährlich zur Verteilung. × In Dresden plant man einen Museumsneubau für moderne Kunst. × In Harlem ist ein neues *Frans Hals-Museum* eröffnet

worden. × Das Berliner Kupferstichkabinett stellt eine große Sammlung von Radierungen aus der Gruppe Barbizon aus. × Der *Neue Kunstsalon* in München hat eine ständig wechselnde Ausstellung der Expressionisten eröffnet. × Der *Inselverlag* hat die *Faustillustrationen* des Delacroix, an denen damals Goethe ein außergewöhnliches Interesse bezeugte, neu herausgegeben. × In der Vorhalle der Berliner Hochschule für Musik ist das Denkmal Joachims von Hildebrand enthüllt.

× **Literatur** Das Buch *Deutsche Museen* von Valentin Scherer /Jena, Diederichs/ gibt eine Geschichte der Museen, speziell der deutschen. Scherer leitet sie letzten Endes von den Sammlungen ab, die die Kirchen in ihren Sakristeien veranstalteten, die allerdings immer in unmittelbarem Zusammenhang zu religiösen Angelegenheiten standen. Diese engen Beziehungen lösten sich erst in Italien in der Zeit der Renaissance, als die Sammlungen sich in erster Reihe auf die Antike basierten und auch zu allerlei Schulzwecken benutzt wurden. Die Entwicklung der deutschen Museen ist viel unsystematischer und verworrener. Die unendlichen Sammlungen, die die Fürsten jener Zeit anlegten, dienten den verschiedensten Interessen, wie das ja wohl bei dem unübersehbaren Wissensmaterial, das auf allen Seiten aufschob, selbstverständlich war. Überall neue Ausblicke, die die märchenhaftesten Perspektiven zu eröffnen schienen, und einstweilen nirgend eine Begrenzung. Guicheberg stellte 1665 eine Anweisung für Sammler in 10 Abschnitten zusammen, wonach von Religion als der Grundlage ausgegangen werden soll. Dann bildet den Hauptkern die Verherrlichung dynastischer Interessen, auch Landeserzeugnisse aller Art und Kuriositäten sind zu sehen, als da sind allerhand menschliche Abnormitäten, technisch witzige Kunststücke, Miniaturen von Bergwerken mit Uhrwerk, in denen die Arbeit von langen Jahren steckte. Es sollten jedenfalls die Sammlungen ein kleines Abbild des großen *Theatrum mundi* geben, und stets wurde noch ein Versuch angeknüpft an die lange Reihe großer Herrscher den gegenwärtigen als letztes Glied anzugliedern. Aus allem spricht das selbe kindliche Staunen, das ohne alle Sonderung und Wahl aufnimmt

und bewundert. Erst unter August dem Starken vollzog sich eine Spezialisierung, und im Rokoko finden wir bereits die eigentlichen Liebhabersammlungen. Die Zeit unserer deutschen Klassik kann man vielleicht, so unvollkommen die Sammlungen auch waren, doch als die Glanzzeit der Museumsbestrebungen ansehen; denn die Erwartungen, mit denen man damals an das Studium der Kunstgeschichte ging, an die neuen Ausblicke auf die Kunst des Auslands und Mittelalters, sind doch seither wesentlich zurückgegangen. Die Museen sind dann verschiedene Wege gegangen. Von dem Typus einer eigentlichen Studienanstalt gingen sie, um populär zu werden, ab und griffen zu allerhand dekorativen Wirkungen, was nun aber auch aufgegeben ist. Das Kaiser Friedrich Museum als erstes versuchte eine Aufstellung der Werke ungefähr nach dem Muster einiger Privatsammlungen. Es werden Exemplare der verschiedenen Kunstgattungen zusammengestellt, und die Beziehungen zu einander sollen nur in einer gegenseitigen Klärung und Hebung der Wirkung bestehen; gleichzeitig verlangt man auch ein räumliches Auseinanderrücken, um das Auffassen des einzelnen Werks besser zu ermöglichen. In anderer Richtung und in einer ebenso fruchtbaren haben die städtischen Sammlungen zu gehen, deren Aufgabe nach Lichtwarck in einer Zusammenfassung der Ziele und Wege der einheimischen Kunst besteht. × Die Schrift *Giftblasen aus dem preußischen Kunstsumpf* von F. R. Fleischer /Berlin, Fleischer/ ist durch alle ihre Blätter hindurch nichts als heftigstes Gezank und Geschimpf eines durch sein ganzes Leben Verkannten. Der Verfasser klagt über den Konkurrenzneid der Malerclique, und er schlägt zur Abhilfe staatliche Prüfungen nach Art der wissenschaftlichen vor und mit dem Befähigungsnachweis eine Anwartschaft auf Ausstellungswand. Er meint ein neues Aquarellverfahren gefunden zu haben, das die Vorzüge der Öltechnik an sich hat (das heißt Tiefe und Leuchtkraft der Farbe), und er verlangt, daß der Staat es ihm abkauft.

KULTUR

Kolonisation / Ludwig Quessel

Afrikanischer Wie im Jahr 1904 in Zü-
Baumwollbau rich so hat sich auch der
diesjährige internationale
Baumwollkongreß, der im Juni in Sche-

veningen tagte, sehr eingehend mit dem afrikanischen Baumwollbau beschäftigt. Daß die Baumwollindustriellen ganz Europas dem afrikanischen Baumwollbau ein so großes Interesse zuwenden und für seine Förderung erhebliche finanzielle Opfer bringen, muß zunächst wundernehmen, da die afrikanische Baumwollerzeugung, wenn man von Ägypten absieht, noch in den Kinderschuhen steckt, während in Ostindien sowohl geeigneter Boden als auch eine klimafeste Bauernrasse für den Baumwollbau vorhanden ist, so daß zur Bekämpfung des amerikanischen Baumwollmonopols und der mit ihm verbundenen ungeheuren Preisschwankungen die Blicke aller europäischen Baumwollinteressenten von Rechts wegen sich nach Ostindien wenden müßten. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Krätzig, der unlängst seine Ansichten über den Baumwollbau in zwei Artikeln der *Neuen Zeit* darlegte, glaubt denn auch meine Ansicht, daß es im Interesse der proletarischen Haushaltungen liegt den Baumwollanbau in den afrikanischen Kolonien zu fördern, schlagend durch den Hinweis widerlegen zu können, daß die ostindische Baumwollproduktion noch sehr entwickelungsfähig sei. Die Entwicklungsfähigkeit des ostindischen Baumwollbaus soll nicht in Abrede gestellt werden. Nur ist es sehr fraglich, ob dadurch das amerikanische Monopol erschüttert werden kann. Dem Genossen Krätzig ist nämlich die, auch dem oberflächlichen Kenner der Baumwollfrage bekannte Tatsache ganz entgangen, daß die europäische Textilindustrie sich von dem ostindischen Markt mehr und mehr abwendet. Von der ostindischen Ernte im Betrag von 4,07 Millionen Ballen gelangten nur 0,68 Millionen Ballen nach dem europäischen Kontinent. In wachsendem Maß versorgt Ostindien die außereuropäischen Länder, besonders Ostasien, während der europäische Export eine fühlbare Neigung zur Abschwächung verrät. Soweit ich die Dinge zu überblicken vermag, ist die Erscheinung, daß zum Beispiel Deutschland bei einem Verbrauch von 422 Millionen Kilo nur 63 Millionen aus Ostindien, den übrigen Teil aber aus Amerika und Afrika bezieht, im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß den proletarischen Haushaltungen die Qualität der ostindischen Baumwolle nicht mehr genügt. Alle Versuche aber in Ostindien bessere Baumwollsorten zu erzielen sind bisher ergebnislos geblieben. Kein Wunder also, daß unsere Baumwollindustriellen

ihr Interesse weit mehr dem schwarzen Kontinent als dem indischen Kaiserreich zuwenden, da man hier nur Enttäuschungen erlebt hat, während in Afrika merkwürdige Erfolge, die in der Tat zu schönen Hoffnungen berechtigen, erzielt worden sind.

In einem äußerst instruktiven Referat, das der Chemnitzer Forschungsreisende und Kolonialpolitiker Moritz Schanz auf dem letzten internationalen Baumwollkongreß in Scheveningen im Auftrag des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees* erstattete, werden für die Erfolge des afrikanischen Baumwollbaus sehr interessante Zahlen mitgeteilt. Im Verlauf von nur 3 Jahren hat die afrikanische Baumwollproduktion folgenden Aufschwung genommen:

Kolonieen	Mengen in Ballen von 500 Pfund		
	1910	1911	1912 (Schätzung)
Englische	32300	44500	58000
Deutsche	4400	6400	11000
Italienische	2400	3600	4800
Französische	1400	1900	2700
zusammen	40500	56400	76500

Man wird auf Grund dieser Zahlen Schanz zustimmen können, wenn er sagt, daß man angesichts der großen zu überwindenden Schwierigkeiten mit dem bislang Erreichten, wenn es auch den teilweise zu hoch gespannten Erwartungen nicht entspricht, wohl zufrieden sein kann. Wenn man nun die Erfolge, die in den deutschen Kolonien mit dem Baumwollanbau von 1910 bis 1912 erzielt worden sind, in Vergleich stellt mit den Ergebnissen in den anderen Kolonien, so hat speziell die deutsche Sozialdemokratie alle Ursache zur Zufriedenheit. Es ist bekannt, daß sozialdemokratische Kolonialpolitiker, zum Beispiel Genosse Ledebour, sowohl in der Budgetkommission wie im Plenum energisch die Förderung der Eingeborenenkulturen verlangt haben. In gewissem Sinn kann es nun als ein Erfolg sozialdemokratischer Kolonialpolitik betrachtet werden, daß das *Kolonialwirtschaftliche Komitee* in Berlin das, was die Sozialdemokratie verlangte, praktisch zur Ausführung brachte. Als der um die Förderung der tropischen Landwirtschaft hochverdiente Leiter des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees*, K. Supf, an die Schaffung von Baumwollkulturen herantrat, stellte er sich (ob bewußt oder unbewußt, bleibe dahingestellt) konsequent auf den sozialdemokratischen Standpunkt, daß dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb in den

Tropen die Zukunft gehört. Die Summen, die dem *Kolonialwirtschaftlichen Komitee* zur Förderung des Baumwollbaus von den deutschen Baumwollindustriellen zur Verfügung gestellt wurden (von 1907 bis 1912: 525 000 Mark), fanden Verwendung zur Beschaffung von Baumwollsaat, die kostenfrei an die Eingeborenen verteilt wurde, sowie zur Verteilung von Prämien an die kleinen schwarzen Landwirte (in Ostafrika und Togo in der Höhe von 30 000 Mark). Der Erfolg ist nicht ausgeblieben, wie das ununterbrochene Anwachsen des Anbaus deutlich erkennen läßt. Während die erste, 1902 erzeugte Baumwollmenge in unseren afrikanischen Kolonien noch nicht 100 Ballen ausmachte, betrug 10 Jahre später das Ernteergebnis 11 000 Ballen. Sehr fördernd auf den Anbau hat neben der kostenfreien Verteilung von Saat und der Gewährung von Prämien auch die Garantie von Mindestpreisen zum Schutz der farbigen Landwirte gegen plötzlichen Preissturz gewirkt, wobei zu bemerken ist, daß diese Maßregel dem *Kolonialwirtschaftlichen Komitee* bisher finanzielle Opfer nicht verursacht hat.

× **Kurze Chronik** In der *Kolonialen Rundschau* untersucht Genosse Gerhard Hildebrand, welchen Einfluß die Pflückmaschine auf die Preisbildung der Baumwolle haben kann. Hildebrand kommt zu dem Schluß, daß an eine Verbilligung der nordamerikanischen Baumwollproduktion durch die Pflückmaschine nicht zu denken sei. × Es ist noch nicht so lange her, daß die Sozialisten, die auch von einer zivilisatorischen Kolonialpolitik in Afrika nichts wissen wollen, die Bedeutung der afrikanischen Landwirtschaft für die Versorgung der proletarischen Haushaltungen in Europa mit Nahrungs- und Genußmitteln sehr gering anschlugen. Sie erwarteten alles Heil von Amerika, weil dies als ein *Land des weißen Mannes* nur noch ökonomisch, aber nicht mehr politisch als Kolonialland anzusehen ist. Daß diese Erwartungen trügerisch waren, dafür liefert jedes Jahr neue Beweise. Was zum Beispiel die Versorgung der proletarischen Haushaltungen mit Kakao betrifft, so weist der *Gordian* darauf hin, daß Afrika als Produktionsgebiet für Kakao sich im stürmischen Aufstieg befindet, so daß die Zeit vielleicht nicht mehr fern ist, wo es den ersten Platz einnehmen wird. Die Ausfuhrziffern in Tonnen sind folgende:

Amerika: 1900 82 000, 1912 135 000,
Afrika: 1900 18 000, 1912 87 000. Hier-
nach ist der Kakaoertrag von Amerika
in den letzten 12 Jahren um 53 000 Ton-
nen oder etwa 65 % gestiegen. Dagegen
konnte Afrika im gleichen Zeitraum seine
Kakaoausfuhr um 69 000 Tonnen oder
über 380 % anwachsen lassen.

× **Literatur** Das Urteil über Australien schwankt in Extremen bis zum heutigen Tag. In den Berichten der einen wird es als das *Land der sozialen Wunder* gepriesen, während die Schilderungen der anderen uns Bilder sozialer Not bieten, wie sie auch in Europa kaum krasser zu finden sind. Was uns Hans von Lippa, der in jungen Jahren als mittelloser Kaufmann nach Australien kam, in seinem Buch *Oben und unten: 20 Jahre in Australien* /Wien, Konegen/ schildert, ist nicht gerade geeignet uns Australien als das Land sozialer Wunder erscheinen zu lassen. Allerdings ist dabei zu beachten, daß es Kaufleuten und ungelerten Industriearbeitern in Ländern mit kolonialem Charakter erfahrungsgemäß immer am schlechtesten geht. Die furchtbare Geißel der Arbeitslosigkeit trifft sie mit besonderer Wucht, da in kolonialen Ländern wohl eine erhebliche Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern und Handwerkern, nicht aber nach Kaufleuten und ungelerten Industriearbeitern besteht. Während die Arbeitsbedingungen für ungelernete Gelegenheitsarbeiter in den australischen Städten vielfach schlechter als in Europa sind, brauchen landwirtschaftliche Arbeiter in Australien, das lehnen uns Lippas Erfahrungen auf seiner *Buschreise*, nicht Not zu leiden. Der Lohn für diese beträgt nie weniger als 15 Shilling pro Woche bei freier Station, die sehr reichlich bemessen wird; Fleisch fehlt bei keiner Mahlzeit. Doch die Wohnungsverhältnisse sind erbärmlich. Sie stehen in einem seltsamen Kontrast zu der reichen Ernährung. Bei der extensiven Landwirtschaft Australiens, die über ungeheure Flächen verfügt (Australien weist zurzeit auf einer Fläche, die etwa so groß ist wie Italien, Spanien, Frankreich, Österreich-Ungarn und Rußland zusammengekommen, nur eine Bevölkerung auf, die der der Rheinprovinz gleichkommt), spielt bei der Erzeugung der Nahrungsmittel die Natur als Produktionsfaktor die Hauptrolle, woraus sich die Wohlfelheit der Nahrungsmittel ergibt.